

**Goebel/Walter**

AnwaltFormulare Zivilprozessrecht



AnwaltFormulare

# Zivilprozessrecht

---

4. Auflage 2019

herausgegeben von  
VRiOLG Frank-Michael Goebel,  
Koblenz  
und  
RiOLG Dr. Alexander Walter,  
Koblenz



Deutscher**Anwalt**Verlag

**Zitiervorschlag:**

Goebel/Walter/Bearbeiter, *AnwaltFormulare Zivilprozessrecht*, § 1 Rn 1

**Hinweis**

Die Ausführungen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt und nach bestem Wissen erstellt. Sie stellen jedoch lediglich Arbeitshilfen und Anregungen für die Lösung typischer Fallgestaltungen dar. Die Eigenverantwortung für die Formulierung von Verträgen, Verfügungen und Schriftsätzen trägt der Benutzer. Herausgeber, Autoren und Verlag übernehmen keinerlei Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Buch enthaltenen Ausführungen.

---

Anregungen und Kritik zu diesem Werk senden Sie bitte an

**[kontakt@anwaltverlag.de](mailto:kontakt@anwaltverlag.de)**

Autoren und Verlag freuen sich auf Ihre Rückmeldung.

---

Copyright 2019 by Deutscher Anwaltverlag, Bonn

Satz: Cicero Computer GmbH, Bonn

Druck: Kösel GmbH & Co.KG, Krugzell

Umschlaggestaltung: gentura, Holger Neumann, Bochum

ISBN 978-3-8240-1369-2

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

## Vorwort zur 4. Auflage

Seit der 3. Auflage sind nun neun Jahre vergangen. Das mag als Ausdruck der großen Stabilität des Zivilprozessrechtes verstanden werden. Kleine und größere gesetzliche Änderungen, es sei nur der elektronische Rechtsverkehr genannt, und die Fülle an Rechtsprechung haben Verlag und Herausgeber nun veranlasst, die 4. Auflage des Hand- und Formularbuches zum Zivilprozessrecht anzugehen.

Ein solch langer Zeitraum bringt auch personelle Umbrüche mit sich. Herr Dr. Alexander Walter konnte als weiterer Herausgeber gewonnen werden und hat sogleich die wesentlichen Arbeiten für die Neuauflage übernommen. Wie das Autorenverzeichnis zeigt, hat sich auch der Kreis der Autoren verändert, ohne dass sich an dem Grundsatz „Von Praktikern für Praktiker“ etwas geändert hat. Zugleich wurde das Werk auch inhaltlich um ein neues Kapitel zum obligatorischen außergerichtlichen Streitverfahren nach § 15a EGZPO erweitert.

Der Richter mag im Zivilprozess das letzte Wort haben. Worüber gesprochen wird, bestimmen aber die Parteien und mit Ihnen ihre Bevollmächtigten. Weder der Gerichtssaal noch der Zivilprozess gehören dem Gericht. Der Zivilprozess muss vielmehr in der Auseinandersetzung zwischen den Parteien und in Achtung vor der Rolle des Gerichtes als (Schieds-)Richter von den Bevollmächtigten gestaltet werden. Diese Gestaltung geschieht durch Anträge der Bevollmächtigten. Dabei darf ihre Aufgabe im Rechtsstaat, gleichermaßen für Rechtsfrieden, Rechtssicherheit und Gerechtigkeit zu sorgen, von den Bevollmächtigten als selbständigen Organen der Rechtspflege nicht vernachlässigt werden.

Die Zivilprozessordnung lässt in diesem Spannungsfeld Gestaltungsspielraum für Rechtsanwendung und Taktik. Vor dem Hintergrund eines an enge Voraussetzungen geknüpften Rechtsmittelrechtes muss der Bevollmächtigte um seine prozessualen Möglichkeiten und ihre Wirkungen wissen, Chancen und Risiken eines bestimmten Vorgehens abschätzen und den Mandanten an den richtigen Stellen führen, warnen und ermutigen. Wie Schachspieler müssen die Bevollmächtigten wechselseitig schon die denkbaren Züge des Prozessgegners kennen und bedenken.

In diesem Sinne soll das Werk weiterhin dem jungen Rechtsanwalt Anregungen für taktische Überlegungen geben und dem erfahrenen Praktiker Hilfestellungen geben, um sein taktisches Verständnis auf der Höhe von Rechtsprechung und Literatur fortzubilden. Die Zahl der Muster und taktischen Hinweise ist so erneut gestiegen. Mit den inzwischen bereits in 5. Auflage erschienenen Anwaltformularen Zwangsvollstreckungsrecht vernetzen sich so auch die vorgerichtliche Forderungsbeitreibung mit der gerichtlichen Titulierung und der nachfolgenden effektiven Zwangsvollstreckung.

Die Neuauflage berücksichtigt nicht nur die Rechtsprechung bis Mitte 2018 und teilweise darüber hinaus, sondern insbesondere auch viele gesetzliche Änderungen. Zu nennen sind die Gesetze zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs, die Reform des

Bauvertragsrechtes und des Arzthaftungsrechtes mit ihren zivilprozessualen Auswirkungen, das Gesetz zur Änderung des Sachverständigenrechts und zur weiteren Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes, der Verwaltungsgerichtsordnung, der Finanzgerichtsordnung und des Gerichtskostengesetzes (SachVRÄndG), das Gesetz zur Änderung des Prozesskostenhilfe- und des Beratungshilferechtes, das Gesetz zur Intensivierung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Verfahren (VidVerfG), das Gesetz zur Einführung einer Rechtsbehelfsbelehrung im Zivilprozess und zur Änderung anderer Vorschriften (RechtsBehEG), das Gesetz zur Reform der Sachaufklärung, das 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz, das Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung (MediationsGEG) oder auch das Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren (ÜVerfBesG).

Das vorliegende Werk folgt weiter dem Ziel, als Handbuch und Formularbuch in einem, ein wichtiges Arbeitsmittel im Alltag des Praktikers zu sein. Die sich in der täglichen Prozesspraxis stellenden Fragen sollen schnell und konzentriert beantwortet und die für die Bewältigung der gestellten Aufgaben notwendigen Muster zur Verfügung gestellt werden.

Das vorliegende Werk dient und lebt von der täglichen Prozesspraxis. Insoweit sind Verlag, Herausgeber und Autoren für Hinweise, Anregungen und Wünsche der Praxis dankbar. In diesem Sinne hoffen wir, dass auch die 4. Auflage von der Praxis angenommen wird. Abschließend gilt es den Mitarbeitern des Verlages, allen voran unserer unermüdlichen Triebfeder und Lektorin, Frau Stöcker-Pritz, sowie den Autoren und ihren immer verständnisvollen Familien zu danken. Ein solches Werk ist ohne viele helfende Hände nicht möglich.

Koblenz, im November 2018

*Frank-Michael Goebel*

*Dr. Alexander Walter*

### **Aus dem Vorwort zur 1. Auflage**

Die Führung des Zivilprozesses ist ein Kernbereich der anwaltlichen Tätigkeit. Gleichwohl zeigt die Praxis des universitären Studiums und des juristischen Vorbereitungsdienstes, dass der junge Jurist hierauf nur unzureichend vorbereitet wird. Hieran wird – so zeigt sich immer stärker – auch die Reform der juristischen Ausbildung im Jahre 2002 mit einer deutlicheren Orientierung auf das Berufsbild der rechtsberatenden Berufe nur wenig ändern.

Demgegenüber bietet der Zivilprozess vielfältige Facetten, deren Kenntnis dem Mandanten bei der Durchsetzung seiner Rechte oder der Abwehr unberechtigter Ansprüche hilft. Das vorliegende Werk will hier die rechtlichen Grundlagen aufzeigen und mit der

rechtlichen und taktischen Erfahrung von zehn Praktikern verbinden, die allesamt mitten in ihrem Berufsleben stehen. Umgesetzt in Musterformulare, Checklisten und andere Arbeitshilfen kann diese Erfahrung durch den Anwender schnell und effizient genutzt werden.

Das Werk soll von seiner Konzeption her vor allem den jungen Rechtsanwälten einen kompetenten und an den täglichen Bedürfnissen orientierten Zugang zur Rechtsmaterie bieten. Zugleich wird aber auch der erfahrene Praktiker noch den einen oder anderen hilfreichen Hinweis finden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die ZPO-Reform, das OLG-Vertretungsänderungsgesetz, das Zustellungsreformgesetz, das Gesetz zur Anpassung von Formvorschriften des Privatrechts an den modernen Rechtsgeschäftsverkehr, aber etwa auch die Schuldrechtsreform mit ihrer gänzlichen Neufassung des Verjährungsrechtes oder die Schadensersatzrechtsreform mit den auch prozessrechtlich relevanten Eingriffen in das System des immateriellen Schadensersatzes – um nur einige Beispiele zu nennen – und die dadurch erfolgten Änderungen in den rechtlichen Voraussetzungen und der Praxis des Zivilprozesses. Die Autoren hoffen, dass der Praktiker insbesondere die Vielzahl taktischer und praktischer Hinweise und die deutlichen Verweise – mit Lösungshinweisen – auf die immer mehr zunehmende Haftungsrechtsprechung der Obergerichte zu schätzen weiß. In diesem Sinne bieten die AnwaltFormulare Zivilprozessrecht weit mehr als nur Formulare.

Die einzelnen Kapitel geben zu Beginn eine praxisnahe Literaturübersicht, bevor eine Feingliederung – neben der Gesamtgliederung und dem Stichwortverzeichnis – die gezielte Suche nach einzelnen Fragestellungen erleichtert. Das den Kapiteln vorangestellte Literaturverzeichnis soll jeweils einen vertiefenden Einstieg in die Materie erleichtern, wenn im Einzelfall Sonderprobleme zu Tage treten. Es folgt die „auf den Punkt gebrachte“ Darstellung der jeweiligen Prozesssituation mit ihren rechtlichen Grundlagen und in der Folge mit allen für die unmittelbare Mandatsbearbeitung und Prozessführung notwendigen Musterformularen, Checklisten und Arbeitshilfen. Dabei waren die Autoren bemüht, so weit wie möglich Formulare aufeinander abzustimmen, so dass Ihr Handeln und Ihr Vortrag auch bei einem mehrstufigen Vorgehen in sich schlüssig ist. Es wurde deshalb auch weitgehend auf Querverweise verzichtet, um die Anwendungsfreundlichkeit des Werkes zu erhalten. Wiederholungen innerhalb der Kapitel und über diese hinweg wurden so bewusst in Kauf genommen.

Die Autoren haben die gängigen Kommentare zum Zivilprozessrecht ausgewertet und versucht, die dortigen Darstellungen in den Formularen, Mustern, Checklisten und sonstigen Arbeitshilfen umzusetzen und dort, wo Streitfragen bleiben, dem Rechtsanwalt auf der Grundlage des „Grundsatzes des sichersten Weges“ Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Auch die AnwaltFormulare Zivilprozessrecht stellen sich damit dar als ein notwendiger Unterbau der Kommentare und der sonstigen Fachliteratur sowie der Grundsätze der höchstrichterlichen Rechtsprechung.

Dem Mandanten ist nicht nur die erfolgreiche Prozessführung, sondern auch die anschließende Realisierung seines Anspruchs, notfalls auch im Wege der Zwangsvollstreckung,

wichtig. Das vorliegende Werk versucht deshalb, an den Stellen, wo die Zwangsvollstreckung im Erkenntnisverfahren vorbereitet wird, die Querverbindungen zu den AnwaltFormularen Zwangsvollstreckungsrecht herzustellen.

Ein solches Werk wäre heute nicht mehr vollständig, wenn Sie die Formulare nicht zugleich auch auf einer CD-ROM finden würden, die dem Buch beigelegt ist. Über die Vorlagenfunktion der gängigen Textverarbeitungsprogramme können diese so in Ihre tägliche Arbeit unmittelbar Eingang finden und müssen nicht immer wieder mühevoll abdiktiert und abgeschrieben werden.

Als Herausgeber habe ich den Autoren dieses Werkes zu danken, die einerseits als Praktiker in der anwaltlichen und gerichtlichen Praxis, aber auch als vielfach bewährte Referenten und Autoren von Fachbeiträgen und Büchern ihr Wissen um die rechtlichen Fragen, gepaart mit taktischen Überlegungen, in dieses Buch eingebracht haben. Der gemeinsame Dank gilt dem Lektor, Herrn Dr. Miroslav Gwozdz, der dem Herausgeber und den Autoren nicht nur mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat, sondern auch immer Triebfeder für die fristgerechte Vorlage des Buches war. In den Dank einzuschließen sind die Familien aller Beteiligten, die in den letzten Wochen und Monaten – nicht zuletzt nach der ebenso arbeitsreichen und zeitintensiven Vorlage der AnwaltFormulare Zwangsvollstreckungsrecht kurz zuvor – immer wieder Verständnis aufbringen und zurückstecken mussten.

Das Zivilprozessrecht, vor allem aber die Prozesswirklichkeit, ist einem ständigen Wandel unterworfen. So zeigt sich für den Herausgeber als Referent in vielen Teilen Deutschlands, dass die Praxis der ZPO-Reform von der Ignorierung bis zur konsequenten Umsetzung noch ein breites Spektrum hat. Auch die veröffentlichte Rechtsprechung zeigt hier noch ein breites Feld. Aber nicht alle Probleme und Lösungsansätze finden sich in der veröffentlichten Rechtsprechung wieder, so dass die Autoren für Hinweise, Anregungen und Kritik aus dem Kreise der Leser und Nutzer jederzeit dankbar sind.

Ich wünsche mir, dass am Ende dieses Projektes steht, dass die AnwaltFormulare Zivilprozessrecht Ihre Formulare im Zivilprozessrecht sind.

Rhens im Oktober 2003

*Frank-Michael Goebel*

Richter am Landgericht

# Inhaltsübersicht

<b>§ 1 Das obligatorische außergerichtliche Schlichtungsverfahren nach § 15a EGZPO</b> . . . . .	121
<i>Dr. Christian Deckenbrock/Dr. Roman Jordans</i>	
A. Ziele des Gesetzgebers . . . . .	123
B. Anwendungsbereich . . . . .	124
C. Voraussetzungen für die Durchführung eines Schlichtungsverfahrens im Einzelnen . . . . .	136
D. Prozessuale Fragestellungen . . . . .	143
E. Verjährung . . . . .	151
F. Kostenfragen . . . . .	153
G. Abgrenzung der obligatorischen vorgerichtlichen Streitschlichtung nach § 15a EGZPO von anderen Arten der Streitbeilegung . . . . .	155
<b>§ 2 Das Mandatsverhältnis und die Vorbereitung des Zivilprozesses</b> . . . . .	163
<i>Jochen H. Schatz</i>	
A. Einleitung . . . . .	168
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	169
C. Muster . . . . .	217
<b>§ 3 Prozesskosten- und Beratungshilfe</b> . . . . .	237
<i>Tamara Henkes/Björn Folgmann</i>	
1. Teil Prozesskostenhilfe . . . . .	242
2. Teil: Die Vergütung des im Rahmen der Prozesskostenhilfe beigeordneten Rechtsanwalts . . . . .	325
3. Teil: Beratungshilfe . . . . .	353
4. Teil: Muster . . . . .	365
<b>§ 4 Mahnverfahren und Vollstreckungsbescheid</b> . . . . .	399
<i>Uwe Salten</i>	
A. Einleitung . . . . .	401
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	403
C. Muster . . . . .	449
<b>§ 5 Klageerhebung</b> . . . . .	507
<i>Herbert Krumscheid</i>	
A. Einleitung . . . . .	510
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	511
C. Notwendiger Inhalt der Klageschrift . . . . .	517
D. Muster . . . . .	571

<b>§ 6 Die Klageerwiderung</b> . . . . .	613
<i>Frank-Michael Goebel/Thorsten Lühl</i>	
A. Einleitung . . . . .	616
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	617
C. Muster . . . . .	669
<b>§ 7 Die Streitverkündung</b> . . . . .	713
<i>Bernhard M. Schiffers/Dr. Alexander Walter</i>	
A. Einleitung . . . . .	715
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	716
C. Muster . . . . .	728
<b>§ 8 Die Widerklage und die Aufrechnung im Prozess</b> . . . . .	737
<i>Frank-Michael Goebel/Thorsten Lühl</i>	
A. Einleitung . . . . .	740
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	740
C. Muster . . . . .	784
<b>§ 9 Der Urkunden- und Wechselprozess</b> . . . . .	821
<i>Frank-Michael Goebel/Thorsten Lühl</i>	
A. Einleitung . . . . .	824
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	826
C. Muster . . . . .	869
<b>§ 10 Das Zustellungsrecht im Zivilprozess</b> . . . . .	889
<i>Frank-Michael Goebel/Regine Förger</i>	
A. Einleitung . . . . .	891
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	892
C. Muster . . . . .	956
<b>§ 11 Das Beweisrecht</b> . . . . .	975
<i>Frank-Michael Goebel/Regine Förger</i>	
A. Einleitung . . . . .	982
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	983
C. Muster . . . . .	1112
<b>§ 12 Das selbstständige Beweisverfahren</b> . . . . .	1177
<i>Bernhard M. Schiffers/Dr. Alexander Walter</i>	
A. Einleitung . . . . .	1180
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	1181
C. Muster . . . . .	1207

<b>§ 13 Sondersituationen im Prozessverlauf</b> .....	1217
<i>Frank-Michael Goebel/Regine Förger</i>	
A. Einleitung .....	1228
B. Rechtliche Grundlagen .....	1229
C. Muster .....	1348
<b>§ 14 Das Verfahren vor den Amtsgerichten und das Fortsetzungsverfahren nach § 321a ZPO</b> .....	1429
<i>Peter Mönnig</i>	
A. Einleitung .....	1430
B. Rechtliche Grundlagen .....	1432
C. Muster .....	1454
<b>§ 15 Verfahrensanträge nach Urteilserlass</b> .....	1469
<i>Frank-Michael Goebel/Regine Förger</i>	
A. Einleitung .....	1471
B. Rechtliche Grundlagen .....	1472
C. Muster .....	1508
<b>§ 16 Vorläufiger Rechtsschutz</b> .....	1541
<i>Dr. Hans-Joachim David</i>	
A. Einleitung .....	1545
B. Rechtliche Grundlagen .....	1547
C. Muster .....	1613
<b>§ 17 Das Berufungsrecht</b> .....	1649
<i>Dr. Michael Thielemann/Dr. Alexander Walter</i>	
A. Einleitung .....	1657
B. Rechtliche Grundlagen .....	1657
C. Muster .....	1773
<b>§ 18 Das Beschwerderecht</b> .....	1821
<i>Frank-Michael Goebel/Martina Kohlmeyer</i>	
A. Einleitung .....	1824
B. Rechtliche Grundlagen .....	1825
C. Muster .....	1864
<b>§ 19 Das Revisionsrecht – die Übergabe an den Revisionsanwalt</b> .....	1911
<i>Dr. Michael Thielemann/Dr. Hans-Joachim David</i>	
A. Einleitung .....	1913
B. Rechtliche Grundlagen .....	1914
C. Muster .....	1935

<b>§ 20 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand</b> . . . . .	1953
<i>Frank-Michael Goebel/Regine Förger</i>	
A. Einleitung . . . . .	1955
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	1956
C. Muster . . . . .	1998
<b>§ 21 Die Wiederaufnahme des Verfahrens</b> . . . . .	2021
<i>Dr. Michael Thielemann/Dr. Alexander Walter</i>	
A. Einleitung . . . . .	2023
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	2024
C. Muster . . . . .	2049
<b>§ 22 Das familiengerichtliche Verfahren</b> . . . . .	2061
<i>Dr. Birgit Wilhelm-Lenz/Jochem Schausten</i>	
1. Teil: Mandatierung in der Trennungssituation . . . . .	2066
2. Teil: Das Scheidungsverfahren . . . . .	2149
3. Teil: Elterliche Sorge und Umgangsrecht . . . . .	2227
4. Teil: Haushaltsgegenstände und Ehewohnung . . . . .	2251
5. Teil: Gewaltschutzsachen . . . . .	2278
<b>§ 23 Die Kostenfestsetzung</b> . . . . .	2289
<i>Frank-Michael Goebel</i>	
A. Einleitung . . . . .	2292
B. Das Kostenfestsetzungsverfahren . . . . .	2293
C. Muster . . . . .	2335
Stichwortverzeichnis . . . . .	2343
Installations- und Benutzerhinweise CD-ROM . . . . .	2381

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	5
Vorwort zur 1. Auflage . . . . .	7
Inhaltsübersicht . . . . .	9
Musterverzeichnis . . . . .	75
Bearbeiterverzeichnis . . . . .	97
Allgemeines Literaturverzeichnis . . . . .	99
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	103
<b>§ 1 Das obligatorische außergerichtliche Schlichtungsverfahren</b>	
<b>nach § 15a EGZPO . . . . .</b>	<b>121</b>
A. Ziele des Gesetzgebers . . . . .	123
B. Anwendungsbereich . . . . .	124
I. Überblick über die bundesrechtlichen Vorgaben . . . . .	124
II. Überblick über die landesrechtlichen Ausführungsgesetze . . . . .	126
C. Voraussetzungen für die Durchführung eines Schlichtungsverfahrens im Einzelnen . . . . .	136
I. Vermögensrechtliche Streitigkeiten . . . . .	136
II. Nachbarstreitigkeiten . . . . .	136
III. Ehrverletzungsstreitigkeiten . . . . .	140
IV. Anwendungsbereich im Rahmen des AGG . . . . .	142
D. Prozessuale Fragestellungen . . . . .	143
I. Keine Nachholbarkeit eines Schlichtungsverfahrens . . . . .	144
II. Klagehäufung . . . . .	146
III. Klageerweiterung und -änderung . . . . .	147
IV. Besonderheiten bei Verweisung des Rechtsstreits wegen sachlicher Unzuständigkeit . . . . .	150
E. Verjährung . . . . .	151
F. Kostenfragen . . . . .	153
G. Abgrenzung der obligatorischen vorgerichtlichen Streitschlichtung nach § 15a EGZPO von anderen Arten der Streitbeilegung . . . . .	155
I. Gerichtliche Maßnahmen . . . . .	155
1. Gütliche Einigung nach § 278 Abs. 1 ZPO . . . . .	155
2. Obligatorischer Gütetermin nach § 278 Abs. 2 ZPO . . . . .	155
3. Exkurs: Sonderfall gerichtsinterne Mediation . . . . .	155
4. Exkurs: Schuldnerberatung/Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	156
II. Freiwillige Schlichtung . . . . .	156
1. Auf gesetzlicher Basis . . . . .	156
a) Schiedsamt . . . . .	156
b) Sonstige gesetzesgemäß verordnete Schlichtungen . . . . .	156
aa) ODR-VO . . . . .	157

bb) ADR-Richtlinie . . . . .	157
cc) VSBG . . . . .	157
2. Auf privater Basis . . . . .	159
a) Ombudsmann-Verfahren . . . . .	159
aa) Ombudsmann privater Banken . . . . .	159
bb) Schlichtungsstelle DSGV . . . . .	159
cc) Schlichtungsstelle Volksbanken Raiffeisenbanken . . . . .	159
dd) Schlichtungsstelle der Deutschen Bundesbank . . . . .	160
ee) Ombudsmann für private Versicherungen . . . . .	160
ff) Ombudsmann in der PKV . . . . .	160
b) Weitere verbraucherschützende Stellen . . . . .	160
III. Freiwillige Streitbeilegung ohne Entscheidungsbefugnis – Mediation . . . . .	160
IV. Freiwillige Streitbeilegung mit Entscheidungsbefugnis – Schiedsgerichtsbarkeit . . . . .	161
<b>§ 2 Das Mandatsverhältnis und die Vorbereitung des Zivilprozesses . . . . .</b>	<b>163</b>
A. Einleitung . . . . .	168
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	169
I. Der Anwaltsvertrag . . . . .	169
1. Die Ziele und Interessen des Mandanten klären . . . . .	169
2. Zwang und Ausschluss der Mandatsübernahme . . . . .	171
3. Der eigentliche Anwaltsvertrag . . . . .	180
4. Die anwaltliche Vergütung und der Abschluss einer Honorarvereinbarung . . . . .	188
II. Die Vollmacht des Rechtsanwaltes . . . . .	193
III. Die Haftung des Rechtsanwaltes und deren Beschränkung . . . . .	199
1. Besondere Anforderungen an die Fristenkontrolle . . . . .	199
2. Die Beratungspflichten des Rechtsanwaltes . . . . .	202
3. Zwei Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung . . . . .	205
IV. Die Niederlegung des Mandates . . . . .	208
V. Der Kontakt des Rechtsanwaltes mit der Rechtsschutzversicherung . . . . .	213
C. Muster . . . . .	217
I. Muster: Mandatsbestätigung gegenüber dem Mandanten . . . . .	217
II. Muster: Antrag auf Aufhebung der Pflichtbeordnung . . . . .	218
III. Muster: Mandatsablehnung aufgrund widerstreitender Interessen . . . . .	219
IV. Muster: Honorarvereinbarung – Vereinbarung eines höheren Streitwertes . . . . .	219
V. Muster: Honorarvereinbarung – Pauschalvergütung . . . . .	220
VI. Muster: Honorarvereinbarung – Zeithonorar . . . . .	221
VII. Muster: Honorarvereinbarung – prozentualer Aufschlag auf die gesetzlichen Gebühren . . . . .	222
VIII. Muster: Grundmuster einer allgemeinen Vollmacht . . . . .	222
IX. Muster: Einfache Vollmacht in Mietstreitigkeiten . . . . .	223
X. Muster: Vollmacht zur Beendigung eines Arbeitsverhältnisses . . . . .	223
XI. Muster: Allgemeine Prozessvollmacht . . . . .	224

XII. Muster: Erweiterte Vollmacht unter Einschluss einer Geldempfangsvollmacht, des Rechtes zur Bestellung eines Unterbevollmächtigten und der Vollmacht zur Abgabe materiell-rechtlicher Erklärungen . . . . .	224
XIII. Muster: Einfache Geldempfangsvollmacht . . . . .	225
XIV. Muster: Auf die außergerichtliche Interessenwahrnehmung beschränkte Vollmacht . . . . .	225
XV. Muster: Untervollmacht . . . . .	226
XVI. Muster: Terminsvollmacht . . . . .	226
XVII. Muster: Mitteilung Terminvertretung an Gericht . . . . .	227
XVIII. Muster: Individualvereinbarung über eine Haftungsbeschränkung nach § 51a Abs. 1 BRAO . . . . .	227
XIX. Muster: Haftungsbeschränkung in vorformulierten Vertragsbedingungen . .	228
XX. Muster: Haftungsbeschränkung auf einzelne Mitglieder der Sozietät . . . .	228
XXI. Muster: Mandatsniederlegung gegenüber dem Mandanten . . . . .	229
XXII. Muster: Anzeige der Mandatsniederlegung gegenüber dem Gericht . . . . .	230
XXIII. Muster: Anzeige der Niederlegung an den Gegner . . . . .	231
XXIV. Muster: Mitteilung an den bisherigen Mandanten nach der Niederlegung des Mandates . . . . .	231
XXV. Muster: Anzeige der Mandatsaufnahme durch einen neuen Rechtsanwalt . . . . .	232
XXVI. Muster: Anforderung der Handakten von dem bisherigen Bevollmächtigten durch den neuen Bevollmächtigten . . . . .	232
XXVII. Muster: Deckungsschutzanfrage an die Rechtsschutzversicherung des Mandanten . . . . .	233
XXVIII. Muster: Stichentscheid nach Ziffer 3.5 ARB 2012 . . . . .	234
<b>§ 3 Prozesskosten- und Beratungshilfe . . . . .</b>	<b>237</b>
1. Teil: Prozesskostenhilfe . . . . .	242
A. Allgemeines . . . . .	242
B. Prozesskostenhilfe als Grundrecht in der gesamten Europäischen Union . . . . .	243
I. Ausgehende Ersuche . . . . .	245
II. Eingehende Ersuche . . . . .	245
C. Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	247
D. Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	257
I. Parteien . . . . .	257
1. Streitgenossenschaft . . . . .	258
2. Ehegatten als Streitgenossen . . . . .	259
3. Zession . . . . .	260
4. Prozesstandschaft . . . . .	261
5. Parteien kraft Amtes . . . . .	262
II. Wirtschaftliche Leistungsvoraussetzungen . . . . .	264
1. Einsatz von Einkommen . . . . .	264
2. Einsatz von Vermögen . . . . .	274
a) Allgemeines . . . . .	274
b) Verwertbarkeit . . . . .	274
c) Schonvermögen . . . . .	275

3. Schmerzensgeld . . . . .	282
III. Erfolgsaussicht . . . . .	282
IV. Mutwilligkeit . . . . .	285
E. Antrag . . . . .	289
F. Besonderheit: Gerichtskostenvorschussbefreiung . . . . .	291
G. Umfang der Prozesskostenhilfebewilligung . . . . .	293
H. Prozesskostenhilfe in der Zwangsvollstreckung . . . . .	295
I. Erfolgsaussicht . . . . .	295
II. Grundsätzlich keine Pauschalbewilligung . . . . .	295
III. Prozesskostenhilfe für den Schuldner . . . . .	297
IV. Beiordnung eines Rechtsanwalts ist umstritten . . . . .	297
V. Zuständigkeiten . . . . .	300
I. Wirkungen der Prozesskostenhilfe . . . . .	301
I. Wirkungen im Verhältnis zur Partei . . . . .	301
II. Anwaltsbeiordnung . . . . .	301
1. Parteiprozess . . . . .	301
2. Anwaltsprozess . . . . .	302
3. Einschränkungen der Beiordnung . . . . .	303
a) Beiordnung für bestimmte Funktionen bzw. Prozesshandlungen . . . . .	303
b) Beiordnung für bestimmte Verfahrensabschnitte . . . . .	306
c) Teil-Prozesskostenhilfe . . . . .	306
III. Gerichts- und Gerichtsvollzieherkosten . . . . .	306
IV. Übergegangene Ansprüche der beigeordneten Rechtsanwälte . . . . .	308
V. Befreiung von einer Sicherheitsleistung . . . . .	308
VI. Kostenerstattungsanspruch des Gegners . . . . .	308
VII. Wirkungen im Verhältnis zum beigeordneten Anwalt . . . . .	309
1. Ansprüche des beigeordneten Rechtsanwalts gegen die PKH-Partei . . . . .	309
2. Ansprüche des beigeordneten Rechtsanwalts gegen den unterlegenen Gegner . . . . .	310
VIII. Wirkungen im Verhältnis zum Gegner . . . . .	310
1. Kläger . . . . .	310
2. Beklagter . . . . .	311
J. Entscheidungsmöglichkeiten im Rahmen der Prozesskostenhilfe . . . . .	312
I. Prozesskostenhilfe ohne Ratenzahlung . . . . .	312
II. Anordnung von Ratenzahlungen . . . . .	313
K. Nachträgliche Änderung der Verhältnisse . . . . .	313
I. Allgemeines . . . . .	313
II. Änderung bei Verbesserung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse . . . . .	315
III. Vorläufige Einstellung der Zahlungen . . . . .	316
IV. Änderung bei Verschlechterung der Verhältnisse . . . . .	318
V. Aufhebung der Bewilligung . . . . .	318
1. Aufhebungstatbestände . . . . .	318
2. Folgen der Aufhebung . . . . .	321

L. Verfahrenskostenhilfe nach dem FamFG . . . . .	322
I. Allgemeines . . . . .	322
II. Voraussetzungen . . . . .	323
III. Beiordnung des Rechtsanwalts . . . . .	324
IV. Rechtsmittel . . . . .	325
2. Teil: Die Vergütung des im Rahmen der Prozesskostenhilfe beigeordneten Rechtsanwalts . . . . .	325
A. Mindestanspruch gegen die Staatskasse nach § 49 RVG . . . . .	325
B. Weitere Vergütung, § 50 RVG . . . . .	326
I. Allgemeines . . . . .	326
II. Höhe des Vergütungsanspruchs . . . . .	327
III. Antrag . . . . .	328
IV. Vorgehensweise bei Fristversäumnis . . . . .	328
V. Einfluss der Ratenanzahl auf Vergütungsanspruch . . . . .	329
C. Ansprüche gegen den unterlegenen Gegner . . . . .	330
D. Anrechnung von Vorschüssen und sonstigen Zahlungen . . . . .	332
E. Anrechnung der Geschäftsgebühr . . . . .	334
I. Allgemeines . . . . .	334
II. Anrechnung im Rahmen des § 15a RVG bei bewilligter Prozesskostenhilfe . . . . .	335
III. Anwendung der Regelung auf sog. „Altfälle“ . . . . .	339
F. Teil-Prozesskostenhilfe . . . . .	341
I. Allgemeines . . . . .	341
II. Meinungsstand . . . . .	342
1. § 15 Abs. 3 RVG analog . . . . .	342
2. Differenz zwischen Wahlanwaltsvergütung aus Gesamtstreitwert und Prozesskostenhilfe-Vergütung aus Prozesskostenhilfe-Wert . . . . .	343
3. Differenz zwischen Wahlanwaltsvergütung aus Gesamtwert und Wahlanwaltsvergütung aus Prozesskostenhilfe-Wert . . . . .	344
G. Prozesskostenhilfe-Prüfungsverfahren . . . . .	344
I. Allgemeines . . . . .	344
II. Verfahrensgebühr . . . . .	346
III. Terminsgebühr . . . . .	346
IV. Einigungsgebühr . . . . .	346
V. Vergütung bei anschließender Tätigkeit in der Hauptsache . . . . .	347
1. Uneingeschränkte Prozesskostenhilfe-Bewilligung . . . . .	347
2. Teilweise Prozesskostenhilfe-Bewilligung . . . . .	347
a) Die Partei führt den Rechtsstreit in vollem Umfang, obwohl Prozesskostenhilfe nur teilweise bewilligt worden ist . . . . .	347
b) Nach teilweiser Prozesskostenhilfe-Bewilligung wird der Rechtsstreit nur im Rahmen der bewilligten Prozesskostenhilfe durchgeführt . . . . .	348
VI. Mehrere Prozesskostenhilfe-Verfahren . . . . .	350
VII. Gegenstandswert . . . . .	350
1. Allgemeines . . . . .	350
2. Hauptsachewert bei Verfahren nach § 124 Nr. 1 ZPO . . . . .	351

3. Fälle § 124 Nr. 2–4 ZPO . . . . .	352
4. Keine Wertaddition . . . . .	353
3. Teil: Beratungshilfe . . . . .	353
A. Allgemeines . . . . .	354
B. Gegenstand der Beratungshilfe . . . . .	354
C. Voraussetzungen . . . . .	355
I. Mittellosigkeit . . . . .	355
II. Keine andere Möglichkeit zur Hilfe . . . . .	355
III. Besonderheiten in Berlin, Hamburg, Bremen . . . . .	358
IV. Keine Mutwilligkeit . . . . .	359
D. Antrag . . . . .	359
I. Unmittelbare Antragstellung beim Amtsgericht . . . . .	359
II. Nachträgliche Antragstellung durch Rechtsanwalt . . . . .	360
E. Anwaltliche Vergütungsansprüche . . . . .	360
I. Beratungshilfengebühr (Nr. 2500 VV) . . . . .	360
II. Beratungsgebühr (Nr. 2501 VV) . . . . .	361
1. Entstehen . . . . .	361
2. Anrechnung . . . . .	362
3. Tätigkeit im Rahmen der Schuldenbereinigung (Nr. 2502 VV) . . . . .	362
III. Geschäftsgebühr (Nr. 2503 VV) . . . . .	363
1. Entstehen . . . . .	363
2. Anrechnung . . . . .	363
a) Gerichtliches oder behördliches Verfahren . . . . .	363
b) Anschließendes Verfahren auf Vollstreckbarerklärung eines Vergleichs . . . . .	363
c) Mehrere Auftraggeber . . . . .	363
d) Tätigkeit im Rahmen der Schuldenbereinigung (Nr. 2504–2507 VV) . . . . .	363
IV. Einigungs- und Erledigungsgebühr (Nr. 2508 VV) . . . . .	364
V. Schutzgebühr . . . . .	365
4. Teil: Muster . . . . .	365
I. Muster: Anträge auf Prozesskostenhilfe in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union . . . . .	365
II. Muster: Übermittlung eines Antrags auf Prozesskostenhilfe . . . . .	372
III. Muster: Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe bei Klageentwurf . . . . .	374
IV. Muster: Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe bei gleichzeitiger Klageerhebung . . . . .	375
V. Muster: Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe bei Klage- änderung . . . . .	376
VI. Muster: Antrag auf Verfahrenskostenstundung im Verbraucherinsolvenz- verfahren . . . . .	376
VII. Muster: Antrag auf Zustellung der Klage ohne Zahlung eines Kosten- vorschusses (§ 14 GKG) . . . . .	377
VIII. Muster: Isolierter Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe bei Widerklage . . . . .	378

IX. Muster: Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe bei Widerklage und gleichzeitiger Klageerwiderung . . . . .	379
X. Muster: Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe bei Klageerweiterung . . . . .	379
XI. Muster: Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe durch Berufungskläger . . . . .	380
XII. Muster: Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe durch Berufungsbeklagten . . . . .	380
XIII. Muster: Antrag auf Prozesskostenhilfe bei Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung (§ 707 ZPO) . . . . .	381
XIV. Muster: Antrag auf Prozesskostenhilfe bei Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung bei eingelegtem Rechtsmittel/Einspruch (§ 719 Abs. 1 ZPO) . . . . .	382
XV. Muster: Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe für nicht rechtsabhängige Ansprüche bei Vergleichsabschluss . . . . .	383
XVI. Muster: Ermittlung der Ratenhöhe bei Prozesskostenhilfe . . . . .	383
XVII. Muster: Antrag auf Feststellung der Erforderlichkeit von Reisekosten (§ 46 Abs. 2 RVG) . . . . .	385
XVIII. Muster: Antrag auf Abänderung der Ratenzahlung nach § 120 Abs. 4 ZPO wegen Verschlechterung der Verhältnisse . . . . .	386
XIX. Muster: Antrag auf Beratungshilfe . . . . .	387
XX. Muster: Antrag auf Vergütungsfestsetzung im Rahmen der Beratungshilfe . . . . .	389
XXI. Muster: Antrag auf Festsetzung der Kosten im Rahmen der Prozesskostenhilfe . . . . .	391
XXII. Muster: Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Rahmen eines Prozesskostenhilfeantrages . . . . .	393
XXIII. Muster: Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Rahmen eines Verfahrenskostenhilfeantrages . . . . .	395
XXIV. Muster: Antrag auf Prozesskostenhilfe bei Antrag auf einstweilige Anordnung nach § 769 Abs. 2 ZPO . . . . .	397
<b>§ 4 Mahnverfahren und Vollstreckungsbescheid . . . . .</b>	<b>399</b>
A. Einleitung . . . . .	401
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	403
I. Allgemeines . . . . .	403
II. Zuständigkeit . . . . .	404
1. Allgemeines . . . . .	404
2. Die örtliche Zuständigkeit . . . . .	404
a) Ausnahmen . . . . .	405
aa) Auslandsverfahren . . . . .	405
bb) WEG-Verfahren . . . . .	406
cc) Arbeitsgerichtliches Verfahren . . . . .	406
dd) Europäisches Mahnverfahren und Europäischer Vollstreckungstitel . . . . .	406
b) Zentrale Mahngerichte – Automatisiertes Mahnverfahren . . . . .	406
III. Die Anträge und Formvorschriften . . . . .	413
1. Die wichtigsten Anträge im Mahnverfahren . . . . .	413

2. Der Antrag auf Erlass des Mahnbescheids . . . . .	413
3. Der Antrag auf Erlass des Vollstreckungsbescheids . . . . .	414
4. Die Neuzustellungsanträge . . . . .	414
5. Der Widerspruch . . . . .	414
6. Der Einspruch . . . . .	414
IV. Das Ausfüllen des Antrages auf Erlass eines Mahnbescheids . . . . .	415
1. Allgemeines . . . . .	415
2. Einzelheiten . . . . .	416
a) Die Daten . . . . .	416
b) Die Parteien . . . . .	416
c) Gesamtschuldnerschaft . . . . .	419
d) Bezeichnung des Anspruches . . . . .	419
e) Abgetretene Ansprüche . . . . .	421
f) Abhängigkeit von einer Gegenleistung . . . . .	421
g) Das Mahngericht . . . . .	421
h) Das Streitgericht . . . . .	421
i) Die Unterschrift . . . . .	422
j) Die Vollmacht . . . . .	423
V. Das Prüfungsverfahren . . . . .	424
1. Allgemeines . . . . .	424
2. Monierung . . . . .	424
3. Die Zurückweisung . . . . .	426
4. Der Erlass des Mahnbescheids . . . . .	427
VI. Der Widerspruch . . . . .	430
1. Frist . . . . .	430
2. Ausnahmen . . . . .	431
3. Form . . . . .	431
4. Begründung . . . . .	432
5. Wirkung des Widerspruchs . . . . .	432
6. Streit Antrag . . . . .	433
a) Grundsatz . . . . .	433
b) Erste Ausnahme . . . . .	433
c) Zweite Ausnahme . . . . .	433
7. Abgabe an das Streitgericht . . . . .	434
8. Das Verfahren beim Streitgericht . . . . .	435
a) Begründung des Anspruchs . . . . .	435
b) Frist . . . . .	435
VII. Der Antrag auf Erlass des Vollstreckungsbescheids . . . . .	437
1. Frist . . . . .	437
2. Antragsinhalt . . . . .	438
3. Teilwiderspruch . . . . .	438
4. Das Prüfungsverfahren . . . . .	439
5. Die Zustellung . . . . .	439
a) Zustellung von Amts wegen . . . . .	439
b) Zustellung im Parteibetrieb . . . . .	439

c) Öffentliche Zustellung . . . . .	440
d) Zustellung im Ausland . . . . .	440
6. Zurückweisung des Antrages . . . . .	440
7. Der Erlass des Vollstreckungsbescheids . . . . .	440
VIII. Der Einspruch . . . . .	441
1. Frist . . . . .	441
2. Ausnahmen . . . . .	441
3. Form . . . . .	442
4. Unterschrift . . . . .	442
5. Die Abgabe an das Streitgericht . . . . .	442
6. Das Verfahren bei dem Streitgericht . . . . .	442
IX. Die Kosten . . . . .	445
1. Allgemeines . . . . .	445
2. Gerichtskosten . . . . .	445
3. Anwaltskosten des Antragstellers . . . . .	446
a) Mahnbescheid . . . . .	446
b) Vollstreckungsbescheid . . . . .	447
4. Anwaltskosten des Antragsgegners . . . . .	447
5. Prozesskostenhilfe . . . . .	448
C. Muster . . . . .	449
I. Muster: Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids im maschinellen Verfahren (grün) – nicht für Rechtsanwälte und registrierte Inkassounternehmen . . . . .	449
II. Muster: Online-Mahnantrag – auch für Rechtsanwälte und registrierte Inkassounternehmen . . . . .	454
III. Muster: Neuzustellungsantrag zum Mahnbescheid . . . . .	481
IV. Muster: Widerspruch . . . . .	482
V. Muster: Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids im maschinellen Verfahren (blau) . . . . .	484
VI. Muster: Neuzustellungsantrag zum Vollstreckungsbescheid . . . . .	486
VII. Muster: Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid . . . . .	487
VIII. Muster: Antrag auf Abgabe an das Streitgericht . . . . .	487
IX. Muster: Europäisches Mahnverfahren . . . . .	488
<b>§ 5 Klageerhebung . . . . .</b>	<b>507</b>
A. Einleitung . . . . .	510
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	511
I. Schriftformerfordernis . . . . .	511
II. Vorliegen von Prozessvoraussetzungen . . . . .	516
C. Notwendiger Inhalt der Klageschrift . . . . .	517
I. Bezeichnung des angerufenen Gerichts . . . . .	517
II. Angabe der Parteien . . . . .	522
1. Parteifähigkeit . . . . .	524
a) Natürliche Personen . . . . .	524
b) Juristische Personen des Privatrechts . . . . .	524
c) Vereine . . . . .	526
d) Juristische Personen des öffentlichen Rechts . . . . .	526

e) Personengesellschaften/GbR . . . . .	526
f) Politische Parteien und Verbände . . . . .	527
g) Gemeinschaften . . . . .	528
h) Partei kraft Amtes . . . . .	528
2. Prozessfähigkeit . . . . .	529
3. Prozessführungsbefugnis . . . . .	530
a) Gesetzliche Prozessstandschaft . . . . .	530
b) Gewillkürte Prozessstandschaft . . . . .	531
4. Ordnungsgemäße Vertretung . . . . .	535
5. Angabe des Prozessbevollmächtigten des Beklagten . . . . .	536
6. Streitgenossenschaft . . . . .	536
III. Bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs . . . . .	538
IV. Bestimmte Anträge . . . . .	540
1. Leistungsklage . . . . .	540
2. Feststellungsklage . . . . .	540
3. Gestaltungsklage . . . . .	541
V. Einzelne Anträge . . . . .	541
1. Zahlungsantrag . . . . .	541
2. Unbezahlter Zahlungsantrag . . . . .	542
3. Antrag auf Leistung Zug-um-Zug . . . . .	543
4. Sonstige Leistungsanträge . . . . .	544
5. Fristbestimmung im Urteil . . . . .	545
6. Klage auf künftige Leistung . . . . .	546
7. Teilklage . . . . .	546
8. Stufenklage . . . . .	547
9. Haupt- und Hilfsanträge . . . . .	548
10. Feststellungsantrag . . . . .	549
11. Besondere Klageart: Urkunden-, Wechsel- und Scheckprozess . . . . .	551
VI. Anträge zu Nebenforderungen und sonstige prozessuale Anträge . . . . .	552
1. Zinsantrag . . . . .	552
2. Anwaltsgebühren für außergerichtliche Anwaltstätigkeit . . . . .	553
3. Kostenantrag . . . . .	556
4. Anträge zur vorläufigen Vollstreckbarkeit und Vollstreckungsschutz- anträge . . . . .	556
5. Anträge auf Anerkenntnis- bzw. Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren . . . . .	557
6. Weitere Anträge . . . . .	557
VII. Eventueller Inhalt einer Klageschrift . . . . .	557
1. Angabe des Wertes des Streitgegenstandes . . . . .	557
2. Äußerung zur Übertragung der Sache auf den Einzelrichter . . . . .	558
a) Die originäre Zuständigkeit des Einzelrichters . . . . .	559
b) Die originäre Zuständigkeit der Kammer . . . . .	560
c) Die wesentliche Änderung der Prozesslage . . . . .	561

3.	Hinweise zur Durchführung der außergerichtlichen Streitschlichtung gem. § 15a EGZPO . . . . .	561
4.	Anregung auf Absehen von der Güteverhandlung . . . . .	563
5.	Gerichtskostenvorschuss . . . . .	564
6.	Erforderliche Anzahl von Abschriften . . . . .	566
VIII.	Klageerweiterung, Klageänderung, Parteiänderung . . . . .	566
1.	Klageerweiterung . . . . .	566
2.	Klageermäßigung . . . . .	567
3.	Klageänderung . . . . .	567
4.	Parteiwechsel und Parteierweiterung . . . . .	568
a)	Parteiwechsel auf Klägerseite . . . . .	569
b)	Parteiwechsel auf Beklagtenseite . . . . .	569
c)	Parteierweiterung . . . . .	570
D.	Muster . . . . .	571
I.	Muster: Gerichtsstandsvereinbarung (für den Einzelfall) . . . . .	571
II.	Muster: Formulklausel Gerichtsstandsvereinbarung in Verkaufs- oder Lieferbedingungen . . . . .	571
III.	Muster: Antrag auf gerichtliche Bestimmung der Zuständigkeit . . . . .	572
IV.	Muster: Abwandlungen des Parteirubrics, insbesondere bei juristischen Personen . . . . .	572
1.	Gesellschaft bürgerlichen Rechts . . . . .	572
2.	Klage für eine GbR . . . . .	573
3.	Klage gegen eine OHG . . . . .	573
4.	Klage gegen eine KG . . . . .	573
5.	Klage gegen eine GmbH . . . . .	574
6.	Klage gegen eine GmbH & Co. KG . . . . .	574
7.	Klage gegen eine AG . . . . .	574
8.	Klagen eines Aktionärs gem. §§ 246, 249 AktG . . . . .	574
9.	Klage gegen einen Verein . . . . .	574
10.	Klage gegen eine Partnerschaftsgesellschaft . . . . .	575
11.	Klage gegen eine Wohnungseigentümergeinschaft . . . . .	575
12.	Klage eines minderjährigen Kindes . . . . .	575
V.	Muster: Antrag auf Registerauskunft (Handelsregister oder Grundbuch) . . . . .	576
VI.	Muster: Antrag auf Erzwingung der Vorlage von Jahresabschlüssen . . . . .	576
VII.	Muster: Antrag auf Einleitung des Betreuungsverfahrens . . . . .	577
VIII.	Muster: Antrag auf Bestellung eines Prozesspflegers . . . . .	577
IX.	Muster: Klage in Prozessstandschaft . . . . .	578
X.	Muster: Leistungsklage mit beziffertem Zahlungsantrag . . . . .	579
XI.	Muster: Abwandlungen des Zinsantrages in Muster X . . . . .	581
1.	Zinsstaffel . . . . .	581
2.	Zinsstaffelantrag bei erfolgter Teilzahlung . . . . .	582
3.	Zahlungsantrag mit Begründung für Zinssatz gem. § 288 Abs. 2 BGB . . . . .	582
XII.	Muster: Leistungsklage mit unbeziffertem Antrag . . . . .	583
XIII.	Muster: Leistungsklage bei Zug-um-Zug-Leistung . . . . .	585

XIV. Muster: Leistungsklage auf Vornahme einer Handlung . . . . .	586
XV. Muster: Klage auf Vornahme einer Handlung (bei Wahlrecht des Schuldners) . . . . .	587
XVI. Muster: Klage auf Unterlassung . . . . .	589
XVII. Muster: Klage auf Herausgabe (verbunden mit Antrag auf Fristsetzung gem. § 255 ZPO und Klage auf Leistung von zukünftigem Schadensersatz gem. § 259 ZPO) . . . . .	590
XVIII. Muster: Klage auf Räumung . . . . .	592
XIX. Muster: Klage auf Abgabe einer Willenserklärung . . . . .	593
XX. Muster: Klage auf Duldung . . . . .	595
XXI. Muster: Klage auf künftige Leistung . . . . .	596
XXII. Muster: Teilklage . . . . .	597
XXIII. Muster: Stufenklage . . . . .	598
XXIV. Muster: Haupt- und Hilfsantrag . . . . .	600
XXV. Muster: Positive Feststellungsklage . . . . .	602
XXVI. Muster: Negative Feststellungsklage . . . . .	603
XXVII. Muster: Zwischenfeststellungsklage . . . . .	604
XXVIII. Muster: Klage im Urkundenprozess . . . . .	605
XXIX. Muster: Klage im Wechselprozess . . . . .	607
XXX. Muster: Antrag auf vorläufige Streitwertbestimmung . . . . .	608
XXXI. Muster: Äußerung zur Übertragung des Rechtsstreites auf den Einzelrichter (Textbausteine) . . . . .	609
1. Anregung der Übertragung des Rechtsstreites auf die Kammer . . . . .	609
2. Einverständnis mit Übertragung auf den Einzelrichter . . . . .	609
XXXII. Muster: Anregung zum Absehen von der Güteverhandlung (Textbaustein) . . . . .	610
XXXIII. Muster: Anregung, vom persönlichen Erscheinen zu entbinden (Textbaustein) . . . . .	610
XXXIV. Muster: Klageerweiterung . . . . .	610
XXXV. Muster: Klageänderung . . . . .	611
XXXVI. Muster: Parteiänderung (Auswechslung auf Beklagtenseite) . . . . .	612
<b>§ 6 Die Klageerwiderung . . . . .</b>	<b>613</b>
A. Einleitung . . . . .	616
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	617
I. Taktische Überlegungen zur Klageerwiderung . . . . .	617
1. Die Klärung der Erfolgsaussichten der Rechtsverteidigung . . . . .	617
2. Das Anerkenntnis des Klageanspruchs . . . . .	619
3. Der Verzicht auf die Verteidigungsanzeige und der Erlass eines Versäumnisurteils im schriftlichen Vorverfahren . . . . .	624
4. Gerichtliche und außergerichtliche Vergleichsverhandlungen . . . . .	626
5. Die Verzögerung des Verfahrens . . . . .	629
II. Prozessklärungen des Beklagten vor und mit der Klageerwiderung . . . . .	634
1. Die Bestimmung eines frühen ersten Termins . . . . .	634
a) Die Rüge der Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts . . . . .	635
b) Die Güteverhandlung vor dem frühen ersten Termin . . . . .	635
c) Der Antrag auf Verlegung des frühen ersten Termins . . . . .	636

2.	Die Anordnung des schriftlichen Vorverfahrens . . . . .	637
a)	Die Verteidigungsanzeige . . . . .	637
b)	Die Klageerwiderungsfrist und deren Verlängerung . . . . .	639
III.	Prozessuale Anträge des Beklagten vor oder mit der Klageerwiderung . . . . .	640
1.	Die Verweisung an die Kammer für Handelssachen . . . . .	640
2.	Die Verweisung von der Kammer für Handelssachen an die Zivil- kammer . . . . .	642
3.	Anträge betreffend die Zuständigkeit des Einzelrichters . . . . .	643
a)	Die originäre Zuständigkeit des Einzelrichters . . . . .	643
b)	Die originäre Zuständigkeit der Kammer . . . . .	645
c)	Die wesentliche Änderung der Prozesslage . . . . .	645
4.	Die Rüge der örtlichen oder sachlichen Unzuständigkeit . . . . .	646
5.	Die Rüge der nicht ordnungsgemäßen Klageerhebung . . . . .	648
6.	Der Einwand der fehlenden Prozesskostensicherheit . . . . .	648
7.	Die Einrede des Schiedsvertrages . . . . .	651
8.	Vollstreckungsschutzanträge . . . . .	653
9.	Die Beschränkung der Haftung des Beklagten . . . . .	654
10.	Der Hilfsantrag zur Zug-um-Zug-Verurteilung . . . . .	656
11.	Klageerwiderung bei ganzer oder teilweiser Erfüllung . . . . .	657
a)	Die Erfüllung der Klageforderung zwischen Anhängigkeit und Rechtshängigkeit . . . . .	657
b)	Die Erfüllung nach Rechtshängigkeit . . . . .	659
IV.	Inhalt und Aufbau der Klageerwiderung . . . . .	659
1.	Die Formalien und die Struktur der Klageerwiderung . . . . .	659
2.	Angriffe gegen die Zulässigkeit der Klage . . . . .	661
3.	Einwände gegen das tatsächliche Vorbringen des Klägers . . . . .	663
4.	Rechtsausführungen zum Klageanspruch und zu den Einwendungen und Einreden des Beklagten . . . . .	668
C.	Muster . . . . .	669
I.	Muster: Rüge der Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts . . . . .	669
II.	Muster: Rüge der sachlichen Unzuständigkeit in Amtshaftungssachen gem. § 71 Abs. 2 Nr. 2 GVG . . . . .	671
III.	Muster: Uneingeschränktes Anerkenntnis . . . . .	672
IV.	Muster: Anerkenntnis unter Verwahrung gegen die Kostenlast . . . . .	672
V.	Muster: Anerkenntnis nach gewandelter Prozesssituation . . . . .	673
VI.	Muster: Teilanerkennntnis . . . . .	674
VII.	Muster: Anerkenntnis mit der Einschränkung der Zug-um-Zug- Verurteilung . . . . .	676
VIII.	Muster: Mitteilung der Einigungsbereitschaft in der Güteverhandlung . . . . .	677
IX.	Muster: Bestellung bei Bestimmung des frühen ersten Termins . . . . .	678
X.	Muster: Isolierter Antrag auf Verlegung des frühen ersten Termins . . . . .	679
XI.	Muster: Bestellungsschriftsatz mit Antrag auf Anberaumung einer Güte- verhandlung . . . . .	680
XII.	Muster: Vertretungs- und Verteidigungsanzeige im schriftlichen Vor- verfahren gem. § 276 ZPO . . . . .	681

XIII. Muster: Wiedereinsetzungsantrag für die Frist zur Abgabe der Verteidigungsanzeige im schriftlichen Vorverfahren . . . . .	682
XIV. Muster: Isolierter Antrag auf Verlängerung der Klageerwiderungsfrist . . . . .	684
XV. Muster: Verweisungsantrag an die Kammer für Handelssachen nach § 98 GVG . . . . .	684
XVI. Muster: Antrag auf Übertragung des Rechtsstreites auf die Kammer nach § 348 Abs. 3 ZPO . . . . .	685
XVII. Muster: Antrag auf Übertragung des Rechtsstreites auf den Einzelrichter gem. § 348a ZPO . . . . .	687
XVIII. Muster: Antrag auf Übertragung der Sache auf die Kammer nach § 348a Abs. 2 ZPO wegen der Änderung der Prozesslage . . . . .	688
XIX. Muster: Klageerwiderung wegen Verjährung oder einer Ausschlussfrist wegen einer nicht ordnungsgemäßen Klageschrift . . . . .	689
XX. Muster: Verlangen auf Prozesskostensicherheit nach § 110 ZPO . . . . .	692
XXI. Muster: Antrag auf Feststellung der Klagerücknahme gem. § 113 S. 2 ZPO . . . . .	693
XXII. Muster: Einrede der Schiedsvereinbarung . . . . .	693
XXIII. Muster: Vollstreckungsschutzantrag nach § 712 Abs. 1 S. 1 ZPO . . . . .	694
XXIV. Muster: Vollstreckungsschutzantrag nach § 712 Abs. 1 S. 2 ZPO . . . . .	696
XXV. Muster: Klageerwiderung mit dem Vorbehalt der Beschränkung der Haftung auf den Nachlass . . . . .	698
XXVI. Muster: Isolierter Antrag auf Vorbehalt der Erbenhaftung nach dem Erbfall während des Erkenntnisverfahrens . . . . .	701
XXVII. Muster: Klageerwiderung mit dem hilfsweisen Vorbehalt der Zug-um-Zug-Einrede . . . . .	701
XXVIII. Muster: Kostenantrag des Beklagten bei Erfüllung zwischen Anhängigkeit und Rechtshängigkeit . . . . .	703
XXIX. Muster: Klageerwiderung mit dem Hinweis auf ganze oder teilweise Erfüllung nach Anhängigkeit aber vor Rechtshängigkeit der Klage . . . . .	705
XXX. Muster: Klageerwiderung nach ganzer oder teilweiser Erfüllung nach Rechtshängigkeit . . . . .	707
XXXI. Muster: Grundmuster einer materiellen Klageerwiderung . . . . .	710
<b>§ 7 Die Streitverkündung . . . . .</b>	<b>713</b>
A. Einleitung . . . . .	715
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	716
I. Zulässigkeit der Streitverkündung . . . . .	716
1. Gesetzliche Voraussetzungen . . . . .	716
2. Anhängigkeit eines Rechtsstreits; besondere Verfahren . . . . .	719
3. Exkurs: Streitverkündungsvereinbarung . . . . .	719
II. Form der Streitverkündung . . . . .	720
III. Wirkung der Streitverkündung . . . . .	721
1. Bindungswirkung . . . . .	721
a) Grundlagen . . . . .	721
b) Umfang der Bindung im Folgeprozess . . . . .	721
c) Grenzen der Bindungswirkung . . . . .	722

2. Verbot widersprechender Handlungen zur Hauptpartei . . . . .	722
3. Hemmung der Verjährung . . . . .	723
4. Stellung des Streitverkündungsempfängers . . . . .	724
IV. Beitritt oder Nichtbeitritt . . . . .	724
V. Kosten der Streitverkündung . . . . .	726
1. Gesonderte Kostenentscheidung im Urteil . . . . .	726
2. Berichtigung falscher Kostenentscheidungen . . . . .	727
3. Streitwert . . . . .	727
C. Muster . . . . .	728
I. Muster: Streitverkündungsschrift des Klägers . . . . .	728
II. Muster: Streitverkündungsschrift des Beklagten . . . . .	729
III. Muster: Streitverkündungsschrift im selbstständigen Beweisverfahren . . . . .	730
IV. Muster: Ablehnung des Sachverständigen durch den Streithelfer . . . . .	731
V. Muster: Berufung durch den Streithelfer . . . . .	732
VI. Muster: Streitverkündungsvereinbarung . . . . .	733
VII. Muster: Rüge der unzulässigen Streitverkündung im Folgeprozess . . . . .	734
VIII. Muster: Antrag auf Urteilsergänzung wegen fehlerhafter Kostenentscheidung . . . . .	735
<b>§ 8 Die Widerklage und die Aufrechnung im Prozess . . . . .</b>	<b>737</b>
A. Einleitung . . . . .	740
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	740
I. Die Widerklage und die Aufrechnung als prozesstaktische Instrumente . . . . .	740
1. Die Vorteile der Widerklage . . . . .	741
2. Die Vorteile der Aufrechnung im Prozess . . . . .	747
3. Die hilfsweise Aufrechnung und Widerklage . . . . .	749
II. Die Widerklage im Prozess . . . . .	749
1. Der zulässige zeitliche Rahmen für die Erhebung der Widerklage . . . . .	749
2. Die Bestimmung des Gerichtsstandes der Widerklage . . . . .	750
a) Die örtliche Zuständigkeit für die Widerklage . . . . .	750
b) Die sachliche Zuständigkeit für die Widerklage . . . . .	753
c) Die internationale Zuständigkeit für die Widerklage . . . . .	756
3. Der Gegenstand der Widerklage . . . . .	757
a) Die allgemeinen Voraussetzungen der Widerklage . . . . .	757
b) Die Widerklage gegen einen Dritten . . . . .	757
c) Die Hilfs- oder Eventualwiderklage . . . . .	761
4. Die Kosten bei der Widerklage . . . . .	763
5. Die Widerklage in der Berufungsinstanz . . . . .	764
III. Die Aufrechnung im Prozess . . . . .	766
1. Die Erklärung der Aufrechnung im Prozess . . . . .	767
2. Kein Einwand der anderweitigen Rechtshängigkeit . . . . .	769
3. Die Voraussetzungen der Aufrechnung im Prozess . . . . .	770
a) Die Aufrechnungslage . . . . .	770
b) Das Vorliegen und die Wirkung von Aufrechnungsverboten . . . . .	772
4. Besondere prozessuale Situationen . . . . .	773
a) Die Verspätung der Aufrechnungserklärung . . . . .	773
b) Die Aufrechnung im Urkundenprozess . . . . .	773

c) Die Vorbehaltsentscheidung über die Klage . . . . .	774
d) Die Präklusion der Aufrechnung gegen den titulierten Anspruch . . . . .	775
e) Die Aufrechnung gegenüber einem ausländischen Kläger . . . . .	776
5. Das Verhältnis der Aufrechnung zu anderen Verteidigungsmitteln . . . . .	777
6. Die Kombination von (Hilfs-)Aufrechnung und Hilfswiderklage . . . . .	778
7. Die Aufrechnung mit mehreren Forderungen . . . . .	779
8. Die Folgen der Aufrechnung im Prozess für die Verjährung . . . . .	781
9. Die erstmalige Aufrechnung in der Berufungsinstanz . . . . .	782
C. Muster . . . . .	784
I. Muster: Klageerwiderung und Widerklage . . . . .	784
II. Muster: Verweisungsantrag nach Rüge der sachlichen Zuständigkeit durch den Widerbeklagten . . . . .	787
III. Muster: Klageerwiderung und Hilfswiderklage . . . . .	787
IV. Muster: Klageerwiderung, Hilfsaufrechnung und Hilfswiderklage . . . . .	790
V. Muster: Klageerwiderung, Widerklage und Hilfswiderklage . . . . .	792
VI. Muster: Klageerwiderung, Widerklage und Drittwiderklage . . . . .	795
VII. Muster: Replik und Widerklageerwiderung bei einem örtlich oder sachlich unzuständigen Gericht für die Widerklage . . . . .	798
VIII. Muster: Drittwiderklageerwiderung bei Einbeziehung des Dritten am nicht zuständigen Gerichtsstand . . . . .	799
IX. Muster: Antrag des Beklagten und Widerklägers auf Trennung des Verfah- rens und Verweisung des Rechtsstreites bei unzulässiger Drittwiderklage . . . . .	800
X. Muster: Antrag des Beklagten und Widerklägers auf Trennung des Verfah- rens und Verweisung des Rechtsstreites bei ausschließlicher Zuständigkeit für die Widerklage . . . . .	801
XI. Muster: Klageerwiderung und negative Feststellungswiderklage . . . . .	801
XII. Muster: Klageerwiderung mit Abweisungsantrag allein aufgrund einer er- klärten Aufrechnung . . . . .	804
XIII. Muster: Klageerwiderung mit Hilfsaufrechnung . . . . .	805
XIV. Muster: Klageerwiderung mit Hilfsaufrechnung und Hilfswiderklage . . . . .	807
XV. Muster: Klageerwiderung und Widerklage bei einer Zug-um-Zug-Klage . . . . .	810
XVI. Muster: Anerkenntnis und Widerklage bei einem Zug-um-Zug-Anspruch . . . . .	813
XVII. Muster: Antrag auf Aussetzung des Verfahrens wegen der anderweitigen Aufrechnung mit der Forderung . . . . .	814
XVIII. Muster: Erklärung der Hauptsache für erledigt nach erfolgreicher Aufrech- nung mit der Klageforderung in einem anderen Verfahren . . . . .	815
XIX. Muster: Antrag auf Trennung der Verfahren nach § 145 Abs. 3 ZPO . . . . .	816
XX. Muster: Schadensersatzklage nach § 302 Abs. 4 S. 4 ZPO im Nachverfahren . . . . .	817
<b>§ 9 Der Urkunden- und Wechselprozess . . . . .</b>	<b>821</b>
A. Einleitung . . . . .	824
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	826
I. Der Urkundenprozess . . . . .	826
1. Der Gegenstand eines Urkundenprozesses . . . . .	826
2. Praxisnahe Anwendungsfelder für den Urkundenprozess . . . . .	828
a) Durchsetzung von Mietzinsansprüchen im Urkundenprozess . . . . .	828

b)	Zahlungsansprüche aus Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden und einer Schiffshypothek . . . . .	831
c)	Zahlungsansprüche aus einer Bürgschaft . . . . .	831
3.	Die Formalien im Urkundenprozess . . . . .	832
a)	Die Bezeichnung der Klage . . . . .	832
b)	Der Urkundenbeweis . . . . .	833
c)	Die Vorlage der Urkunde . . . . .	837
d)	Die Ausnahmen vom Urkundenbeweis . . . . .	839
e)	Die weiteren Formalien der Klage . . . . .	840
f)	Die Folgen des missglückten Urkundenbeweises . . . . .	841
4.	Die Klageerwiderung im Urkundenprozess . . . . .	842
a)	Die Verteidigungsmöglichkeiten des Beklagten . . . . .	842
b)	Die Beschränkung der Verteidigungsmöglichkeiten . . . . .	846
c)	Die Widerklage und die Aufrechnung im Urkundenprozess . . . . .	847
d)	Der Vorbehalt der Rechte für das Nachverfahren . . . . .	847
5.	Der eigentliche Urkundenprozess . . . . .	849
a)	Einwendungen des Beklagten in der Sache . . . . .	849
b)	Das Bestreiten der Echtheit der vorgelegten Urkunden . . . . .	849
c)	Der Übergang in das ordentliche Erkenntnisverfahren . . . . .	850
d)	Die Wirkungen des Vorbehaltsurteils . . . . .	852
e)	Die Klageabweisung im Urkundenprozess . . . . .	853
f)	Die Säumnis des Beklagten . . . . .	855
g)	Die Kosten des Verfahrens . . . . .	856
6.	Das Nachverfahren zum Urkundenprozess . . . . .	857
a)	Die Einleitung des Nachverfahrens . . . . .	857
b)	Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung . . . . .	859
c)	Das eigentliche Nachverfahren und die Bindung des Gerichts an das Vorverfahren . . . . .	860
d)	Die Kosten des Nachverfahrens . . . . .	863
II.	Die Besonderheiten des Scheck- und Wechselprozesses . . . . .	863
1.	Gegenstand des Scheck- und Wechselprozesses . . . . .	864
a)	Gegenstand des Wechselprozesses . . . . .	864
b)	Gegenstand des Scheckprozesses . . . . .	864
2.	Die Formalien der Klage . . . . .	864
3.	Der Scheck- und Wechselprozess im Mahnverfahren . . . . .	865
4.	Die örtliche und sachliche Zuständigkeit . . . . .	865
5.	Die abgekürzte Ladungsfrist und die Einlassungsfrist . . . . .	866
6.	Beweiserleichterungen und Verfahren im Scheck- und Wechselprozess . . . . .	867
C.	Muster . . . . .	869
I.	Muster: Klage im Urkundenprozess . . . . .	869
II.	Muster: Klageerwiderung im Urkundenprozess mit Einwendungen . . . . .	870
III.	Muster: Antrag auf Ergänzung des Urteils im Urkundenprozess nach §§ 599 Abs. 2, 321 ZPO . . . . .	872

IV. Muster: Einspruch gegen ein Versäumnisurteil mit gleichzeitigem Vorbehalt der Rechte für das Nachverfahren und Antrag auf Einleitung des Nachverfahrens . . . . .	873
V. Muster: Schriftsatz zur Überleitung des Urkundenverfahrens in das ordentliche Erkenntnisverfahren nach § 596 ZPO . . . . .	874
VI. Muster: Schriftsatz zur Durchführung des Nachverfahrens auf Antrag des Beklagten . . . . .	876
VII. Muster: Schriftsatz zum Verzicht auf das Nachverfahren . . . . .	877
VIII. Muster: Schriftsatz zur Durchführung des Nachverfahrens auf Antrag des Klägers . . . . .	878
IX. Muster: Isolierter Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 707 ZPO nach Überleitung des Prozesses in das Nachverfahren . . . . .	879
X. Muster: Klage im Wechselprozess oder Scheckprozess . . . . .	880
XI. Muster: Antrag auf Abkürzung der Einlassungsfrist nach § 226 ZPO . . . . .	882
XII. Muster: Vorbehalt der Rechte im Nachverfahren im Wechselprozess . . . . .	883
XIII. Muster: Widerspruch gegen den Wechsel mit begründeten Einwendungen . . . . .	883
XIV. Muster: Erwiderung des Klägers im Wechselprozess auf den nicht mit Urkunden belegten Widerspruch des Beklagten . . . . .	885
XV. Muster: Überleitung der Wechselklage in das ordentliche Erkenntnisverfahren . . . . .	885
XVI. Muster: Vorbehalt im Scheckprozess ohne Einwendungen . . . . .	886
XVII. Muster: Vorbehalt im Scheckprozess mit Einwendungen . . . . .	887
XVIII. Muster: Überleitung der Scheckklage in das ordentliche Erkenntnisverfahren . . . . .	888
<b>§ 10 Das Zustellungsrecht im Zivilprozess . . . . .</b>	<b>889</b>
A. Einleitung . . . . .	891
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	892
I. Die Zustellung von Amts wegen . . . . .	894
1. Der Begriff der Zustellung . . . . .	894
2. Der Gegenstand der Zustellung . . . . .	894
3. Der Adressat der Zustellung . . . . .	896
4. Die Zustellung an den Adressaten . . . . .	903
a) Die Veranlassung und Durchführung der Zustellung . . . . .	903
b) Zustellung an der Amtsstelle . . . . .	903
c) Zustellung durch Übergabe per Zustellungsurkunde . . . . .	904
d) Zustellung per Einschreiben mit Rückschein . . . . .	906
e) Zustellung per Empfangsbekanntnis . . . . .	907
f) Telefaxübersendung im Zustellungsrecht . . . . .	910
g) Die Zustellung als elektronisches Dokument . . . . .	910
5. Die Ersatzzustellung . . . . .	914
a) Die Ersatzzustellung an einen Empfänger . . . . .	914
b) Keine Ersatzzustellung an Gegner des Adressaten . . . . .	920
c) Die Ersatzzustellung durch Einlegen in den Briefkasten . . . . .	922
6. Die Annahmeverweigerung . . . . .	925
7. Die Niederlegung . . . . .	927

8.	Die öffentliche Zustellung . . . . .	929
9.	Die Zustellung im Ausland . . . . .	937
	a) Die Zustellung nach § 183 Abs. 1 ZPO außerhalb der Europäischen Union . . . . .	939
	b) Die Zustellung nach der EU-Zustellungsverordnung in der Europäischen Union . . . . .	941
	c) Die Aufgabe der Bestellung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten . . . . .	943
10.	Der Nachweis der Zustellung . . . . .	944
II.	Die Zustellung im Parteibetrieb . . . . .	946
	1. Anwendungsfälle der Zustellung im Parteibetrieb . . . . .	946
	2. Die Zustellung durch den Gerichtsvollzieher . . . . .	947
	3. Die Zustellung von Anwalt zu Anwalt . . . . .	949
	4. Die Zustellung im Ausland im Parteibetrieb . . . . .	950
III.	Die Heilung von Zustellungsmängeln . . . . .	951
IV.	Checkliste zur Zustellung . . . . .	954
C.	Muster . . . . .	956
	I. Muster: Adressenanfrage an das Einwohnermeldeamt für Zustellungs- zwecke . . . . .	956
	II. Muster: Adressenanfrage an das Handelsregister für Zustellungs- zwecke . . . . .	957
	III. Muster: Adressenanfrage an das Gewereregister für Zustellungs- zwecke . . . . .	958
	IV. Muster: Antrag auf Bestellung eines Prozesspflegers nach § 57 ZPO . . . . .	958
	V. Muster: Zustimmung zur Zustellung von elektronischen Dokumenten an einen sonstigen Verfahrensbeteiligten . . . . .	959
	VI. Muster: Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Zustellung durch Niederlegung wegen des Nichterhaltens eines Benachrichtigungs- scheins . . . . .	960
	VII. Muster: Antrag auf öffentliche Zustellung bei unbekanntem Aufenthalt des Adressaten, § 185 Nr. 1 ZPO . . . . .	961
	VIII. Muster: Antrag auf öffentliche Zustellung, wenn bei juristischen Personen, die zur Anmeldung einer inländischen Geschäftsanschrift zum Handelsregis- ter verpflichtet sind, eine Zustellung weder unter der eingetragenen An- schrift noch unter einer im Handelsregister eingetragenen Anschrift einer für Zustellungen empfangsberechtigten Person oder einer ohne Ermittlungen be- kannten anderen inländischen Anschrift möglich ist, § 185 Nr. 2 ZPO . . . . .	963
	IX. Muster: Antrag auf öffentliche Zustellung, wenn eine Zustellung im Ausland nicht möglich ist oder keinen Erfolg verspricht, § 185 Nr. 3 ZPO . . . . .	964
	X. Muster: Antrag auf öffentliche Zustellung, weil der Ort der Zustellung der deutschen Gerichtsbarkeit nicht unterliegt . . . . .	965
	XI. Muster: Antrag auf Erteilung einer Zustellbescheinigung . . . . .	966
	XII. Muster: Antrag auf Zustellung an den Gerichtsvollzieher am Wohnsitz des Adressaten . . . . .	967
	XIII. Muster: Antrag auf Zustellung an den Gerichtsvollzieher am Wohnsitz der zustellenden Partei . . . . .	968
	XIV. Muster: Empfangsbekanntnis . . . . .	969

XV. Muster: Zustellbescheinigung nach § 195 Abs. 2 S. 3 ZPO . . . . .	969
XVI. Muster: Antrag auf Auslandszustellung verbunden mit dem Antrag von einer Verfahrensweise nach § 184 ZPO abzusehen . . . . .	970
XVII. Muster: Ersuchen auf Zustellung eines Schriftstückes im Parteibetrieb im Ausland . . . . .	971
XVIII. Muster: Antrag auf Zustellung eines Schriftstückes im Parteibetrieb nach der EU-Zustellungsverordnung . . . . .	972
<b>§ 11 Das Beweisrecht . . . . .</b>	<b>975</b>
A. Einleitung . . . . .	982
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	983
I. Die Beweislast . . . . .	983
1. Die Darlegungslast steht vor der Beweislast . . . . .	983
2. Die Grundzüge der Beweislastverteilung . . . . .	984
3. Die Erörterung der Beweislastverteilung mit dem Mandanten . . . . .	986
II. Maßnahmen zur Verbesserung der Beweislage und taktische Möglich- keiten bei Prozessrisiken aufgrund der Beweislage . . . . .	991
1. Die Geltendmachung von Auskunftsansprüchen . . . . .	991
2. Die gerichtliche Anordnung auf Vorlage von Urkunden, Akten und Augenscheinsobjekten, §§ 142 ff. ZPO . . . . .	992
3. Die Führung von Vergleichsgesprächen . . . . .	997
4. Die Erhebung einer Teilklage zur Verminderung des Kostenrisikos . . . . .	998
5. Zeugen des Gegners ausschalten . . . . .	1000
6. Prozesstandschaft als taktisches Element für die Beweisführung . . . . .	1002
7. Die richtige aktive Prozesspartei bestimmen . . . . .	1004
III. Die Beweismittel im Einzelnen . . . . .	1004
1. Der Zeugenbeweis . . . . .	1004
a) Wer kann Zeuge sein? . . . . .	1007
b) Die Geeignetheit des Zeugen als Beweismittel . . . . .	1012
c) Der Beweisantrag . . . . .	1014
aa) Die Bezeichnung des Zeugen . . . . .	1015
bb) Die Bezeichnung der in das Wissen des Zeugen gestellten Tatsachen . . . . .	1018
cc) Der Hinweis auf einzusehende und mitzuführende Unter- lagen . . . . .	1021
dd) Die Anregung der schriftlichen Beantwortung der Beweis- frage . . . . .	1022
ee) Der fremdsprachige Zeuge . . . . .	1024
ff) Der sachverständige Zeuge . . . . .	1026
d) Die Zeugenladung und die Unerreichbarkeit des Zeugen . . . . .	1028
e) Der Auslagenvorschuss für den Zeugen . . . . .	1029
f) Das Ausbleiben des Zeugen im Termin zur Beweisaufnahme und die Ordnungsmittel gegen den Zeugen . . . . .	1031
g) Die Vernehmung des Zeugen durch den gesetzlichen Richter . . . . .	1038
aa) Die Vernehmung des Zeugen vor dem beauftragten Richter . . . . .	1038
bb) Die Vernehmung des Zeugen vor einem ersuchten Richter . . . . .	1039

h) Die Vernehmung des Zeugen . . . . .	1041
aa) Die Belehrung und Vernehmung des Zeugen durch das Gericht . . . . .	1041
bb) Die Zeugnisverweigerungsrechte . . . . .	1042
cc) Die Geltendmachung des Zeugnisverweigerungsrechtes . . . . .	1047
dd) Die Vernehmung des Zeugen und das Fragerecht der Parteien . . . . .	1049
2. Der Sachverständigenbeweis . . . . .	1050
a) Die Anordnung der Einholung eines Sachverständigengutach- tens . . . . .	1051
b) Die Auswahl des Sachverständigen . . . . .	1054
c) Der Auslagenvorschuss für das Sachverständigengutachten . . . . .	1058
d) Die formalen Anforderungen an den Begutachtungsvorgang und das Sachverständigengutachten . . . . .	1060
e) Mündliches oder schriftliches Gutachten . . . . .	1066
f) Ordnungsmittel gegen den Sachverständigen bei nicht fristgerech- ter Erstattung des Gutachtens . . . . .	1067
g) Die Stellungnahme zum Gutachten des Sachverständigen ein- schließlich der Erläuterung des Gutachtens und des Antrages auf ein neues Gutachten (oft als „Obergutachten“ bezeichnet) . . . . .	1068
h) Die Ablehnung des Sachverständigen . . . . .	1074
3. Der Urkundenbeweis . . . . .	1077
a) Der Begriff der Urkunde . . . . .	1078
b) Die Beweiskraft von Urkunden . . . . .	1079
c) Der Beweisantritt . . . . .	1081
aa) Die Urkunde im Besitz des Beweisführers . . . . .	1081
bb) Die Urkunde im Besitz des Beweisgegners . . . . .	1083
cc) Die Verpflichtung zur Vorlage von Urkunden durch Dritte . . . . .	1085
dd) Die Beziehung von Akten anderer Gerichte oder Behör- den . . . . .	1088
ee) Schriftvergleichung . . . . .	1090
d) Die Echtheit von Urkunden . . . . .	1090
4. Der Beweis durch Augenschein . . . . .	1092
a) Der Augenschein nach den §§ 371, 144 ZPO . . . . .	1093
b) Die Duldung der Untersuchung zur Feststellung der Abstammung nach § 372a ZPO . . . . .	1096
c) Die Augenscheinnahme eines elektronischen Dokumentes . . . . .	1096
5. Die Parteivernehmung . . . . .	1097
a) Die Vernehmung des Beweisgegners auf Antrag nach § 445 ZPO . . . . .	1098
b) Die Vernehmung des Beweisführers als Partei . . . . .	1100
c) Die Parteivernehmung von Amts wegen . . . . .	1101
d) Die Anhörung nach § 141 ZPO . . . . .	1103
e) Das Verfahren der Parteivernehmung . . . . .	1106
f) Besondere Fälle der Parteivernehmung . . . . .	1108

6. Der Freibeweis nach dem Justizmodernisierungsgesetz . . . . .	1110
IV. Die Anordnung der Beweisaufnahme . . . . .	1111
C. Muster . . . . .	1112
I. Muster: Antrag auf Vernehmung von Zeugen . . . . .	1112
II. Muster: Antrag auf Vernehmung von Zeugen mit der Aufforderung nach § 378 Abs. 1 ZPO . . . . .	1113
III. Muster: Antrag auf Vernehmung eines Zeugen mit der Möglichkeit, die Beweisfrage schriftlich zu beantworten . . . . .	1114
IV. Muster: Antrag des Zeugen, die Beweisfrage schriftlich beantworten zu dürfen . . . . .	1115
V. Muster: Antrag auf Vernehmung eines Zeugen, der der deutschen Sprache nicht mächtig ist . . . . .	1116
VI. Muster: Antrag auf Vernehmung eines sachverständigen Zeugen . . . . .	1117
VII. Muster: Antrag auf Vernehmung eines Zeugen, dessen Bezeichnung dem Beweisführer nicht möglich ist . . . . .	1118
VIII. Muster: Anregung an das Gericht, dem Beweisführer gem. § 356 ZPO eine Ausschlussfrist zur ordnungsgemäßen Benennung eines Zeugen zu setzen . . . . .	1119
IX. Muster: Antrag auf Vernehmung eines Zeugen im Wege der Rechts- hilfe . . . . .	1120
X. Muster: Protest gegen die Auslagenvorschusspflicht wegen der Bewilli- gung von PKH . . . . .	1121
XI. Muster: Gegenvorstellung gegen die Anordnung der Auslagenvorschuss- pflicht nach § 379 ZPO . . . . .	1122
XII. Muster: Antrag auf Vorführung eines Zeugen . . . . .	1123
XIII. Muster: Auslagen- und Gebührenverzichtserklärung des Zeugen . . . . .	1123
XIV. Muster: einverständlicher Vorschlag eines Sachverständigen . . . . .	1124
XV. Muster: Schweigepflichtentbindungserklärung . . . . .	1124
XVI. Muster: Antrag gem. § 18 Abs. 2 2. Hs BNotO . . . . .	1125
XVII. Muster: Vorherige Entschuldigung des Zeugen für einen Beweis- aufnahmetermin . . . . .	1126
XVIII. Muster: Nachträgliche Entschuldigung des Zeugen wegen seines Fern- bleibens zu einem Beweisaufnahmetermin . . . . .	1127
XIX. Muster: Sofortige Beschwerde des Zeugen gegen die Auferlegung der Kosten und die Verhängung von Ordnungsmitteln nach § 380 Abs. 3 ZPO . . . . .	1128
XX. Muster: Antrag auf Entscheidung über ein Zeugnisverweigerungsrecht nach § 387 ZPO . . . . .	1130
XXI. Muster: Sofortige Beschwerde des Zeugen nach § 387 Abs. 3 ZPO gegen ein Zwischenurteil über das Bestehen eines Zeugnisverweigerungs- rechtes . . . . .	1131
XXII. Muster: Sofortige Beschwerde des Beweisführers nach § 387 Abs. 3 ZPO gegen ein Zwischenurteil über das Bestehen eines Zeugnis- verweigerungsrechtes . . . . .	1133

XXIII. Muster: Antrag auf Einholung eines Sachverständigengutachtens – Grundmuster . . . . .	1135
XXIV. Muster: Antrag auf Einholung eines ärztlichen Sachverständigengutach- tens mit Schweigepflichtentbindungserklärung . . . . .	1136
XXV. Muster: Antrag auf Einholung eines Sachverständigengutachtens unter Erteilung von gerichtlichen Weisungen . . . . .	1137
XXVI. Muster: Antrag auf Einholung eines Sachverständigengutachtens mit dem Erfordernis besonderer Spezialkenntnis . . . . .	1138
XXVII. Muster: Antrag auf Einholung eines Sachverständigengutachtens in Form einer amtlichen Auskunft (Behördenauskunft) . . . . .	1139
XXVIII. Muster: Antrag auf Ladung des Sachverständigen zur Erläuterung seines Gutachtens . . . . .	1139
XXIX. Muster: Antrag auf Erläuterung des gerichtlichen Sachverständigengut- achtens nach Vorlage eines Privatgutachtens . . . . .	1140
XXX. Muster: Antrag auf Einholung eines weiteren Gutachtens . . . . .	1141
XXXI. Muster: Sachstandsanfrage an das Gericht nach Ablauf der Frist zur Er- stattung des schriftlichen Gutachtens . . . . .	1142
XXXII. Muster: Antrag auf Fristsetzung für die Vorlage des Sachverständigen- gutachtens . . . . .	1143
XXXIII. Muster: Antrag auf Festsetzung einer gerichtlichen Nachfrist zur Erstat- tung des Gutachtens . . . . .	1144
XXXIV. Muster: Antrag auf Festsetzung eines Ordnungsgeldes gegen den Sach- verständigen . . . . .	1145
XXXV. Muster: Sofortige Beschwerde des Sachverständigen gegen die Festset- zung eines Ordnungsgeldes nach §§ 411 Abs. 2, 409 Abs. 2 ZPO . . . . .	1146
XXXVI. Muster: Antrag auf Entziehung des Gutachtauftrages und Beauftra- gung eines neuen Gutachters wegen der fehlenden Vorlage des Gutach- tens . . . . .	1148
XXXVII. Muster: Ablehnungsantrag gegen den Sachverständigen . . . . .	1149
XXXVIII. Muster: Antrag auf Ablehnung des Sachverständigen bei nachträglichem Ablehnungsgrund . . . . .	1150
XXXIX. Muster: Antrag auf Ablehnung des Sachverständigen und Versagung der Vergütung . . . . .	1151
XL. Muster: Sofortige Beschwerde gegen die Zurückweisung des Antrages auf Ablehnung des Sachverständigen . . . . .	1152
XLI. Muster: Beweisantritt durch Urkunden . . . . .	1154
XLII. Muster: Antrag auf Vorlegung der Urkunde durch den Beweisgegner . . . . .	1155
XLIII. Muster: Antrag auf Vernehmung des Beweisgegners über den Verbleib der vorzulegenden Urkunde nach § 426 ZPO . . . . .	1156
XLIV. Muster: Antrag zur Vorlegung einer Urkunde durch einen Dritten . . . . .	1157
XLV. Muster: Antrag auf ein Ersuchen an eine Behörde oder ein anderes Ge- richt zur Vorlage einer Beweisurkunde nach § 432 ZPO . . . . .	1158
XLVI. Muster: Antrag auf Einholung eines schriftvergleichenden Gutachtens nach § 441 ZPO . . . . .	1159
XLVII. Muster: Antrag auf Beweiserhebung durch Augenschein . . . . .	1160

XLVIII. Muster: Antrag auf Anordnung der Vorlage eines Augenscheinsobjektes durch den Gegner . . . . .	1161
XLIX. Muster: Antrag auf Anordnung der Vorlage eines Augenscheinsobjektes durch einen Dritten . . . . .	1162
L. Muster: Antrag auf Anordnung der Duldung, Verpflichtung zur Untersuchung zur Feststellung der Abstammung . . . . .	1163
LI. Muster: Antrag auf Entscheidung über die Berechtigung zur Verweigerung der Herausgabe eines Augenscheinsobjektes durch einen Dritten . . .	1164
LII. Muster: Sofortige Beschwerde gegen die Verpflichtung zur Vorlage eines Augenscheinsobjektes nach §§ 371, 144, 387 Abs. 3 ZPO . . . . .	1165
LIII. Muster: Antrag auf Festsetzung eines Ordnungsgeldes wegen der unrechtmäßigen Verweigerung der Vorlage eines Augenscheinsobjektes . . . . .	1167
LIV. Muster: Antrag auf Festsetzung eines Ordnungsgeldes wegen der Weigerung, eine Untersuchung zur Feststellung der Abstammung zu dulden . . .	1168
LV. Muster: Antrag auf Anwendung unmittelbaren Zwangs zum Zwecke der Untersuchung zur Feststellung der Abstammung . . . . .	1169
LVI. Muster: Antrag auf Vernehmung des Beweisgegners als Partei . . . . .	1170
LVII. Muster: Antrag auf Vernehmung des Beweisführers als Partei . . . . .	1171
LVIII. Muster: Zustimmung zur Erhebung des Freibeweises nach § 284 S. 2 ZPO . . . . .	1172
LIX. Muster: Eingeschränkte Zustimmung zur Erhebung des Freibeweises nach § 284 S. 2 und 3 ZPO . . . . .	1173
LX. Muster: Gegenvorstellung gegen einen Beweisbeschluss . . . . .	1174
<b>§ 12 Das selbstständige Beweisverfahren . . . . .</b>	<b>1177</b>
A. Einleitung . . . . .	1180
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	1181
I. Gesetzliche Voraussetzungen . . . . .	1181
1. Das Eilverfahren gem. § 485 Abs. 1 ZPO . . . . .	1182
a) Antrag . . . . .	1182
b) Voraussetzungen . . . . .	1182
2. Das isolierte Beweisverfahren gemäß § 485 Abs. 2 ZPO . . . . .	1183
a) Ausgangslage . . . . .	1183
b) Antrag . . . . .	1184
c) Voraussetzungen . . . . .	1186
d) Beweisanordnung des Gerichts . . . . .	1186
3. Zuständiges Gericht . . . . .	1188
4. Sonstige Verfahrensfragen . . . . .	1190
a) Anwaltszwang . . . . .	1190
b) Beweisverfahren gegen Unbekannt . . . . .	1191
c) Mitwirkung und Beweisanträge des Antragsgegners . . . . .	1191
d) Sachverständigenbeweis . . . . .	1192
e) Verbindung, Ruhen, Unterbrechung und Aussetzung des Verfahrens . . .	1194
f) Antragsänderung, Rücknahme und Parteiwechsel . . . . .	1194
g) Prozesskostenhilfe . . . . .	1195
h) Rechtsmittel . . . . .	1195

II.	Hemmung der Verjährung . . . . .	1195
1.	Eintritt und Umfang der Hemmung . . . . .	1195
2.	Ende der Hemmung . . . . .	1196
III.	Prozessrechtliche Wirkungen . . . . .	1198
IV.	Die Streitverkündung im selbstständigen Beweisverfahren . . . . .	1199
V.	Die Insolvenz im selbstständigen Beweisverfahren . . . . .	1200
VI.	Streitwertberechnung . . . . .	1200
VII.	Die Kosten im selbstständigen Beweisverfahren . . . . .	1201
1.	Rechtsanwaltskosten . . . . .	1201
2.	Gerichtskosten . . . . .	1203
VIII.	Entscheidung über die Kosten des selbstständigen Beweisverfahrens . . . . .	1203
1.	Kostenausspruch nach § 494 Abs. 2 ZPO . . . . .	1203
2.	Kostenausspruch im Hauptsacheprozess . . . . .	1205
3.	Sonstige Fälle . . . . .	1205
a)	Vollständige Zurückweisung des Antrags . . . . .	1205
b)	Rücknahme des Antrags/einseitige Erledigungserklärung . . . . .	1205
c)	Übereinstimmende Erledigungserklärung . . . . .	1206
C.	Muster . . . . .	1207
I.	Muster: Antrag im Eilverfahren gem. § 485 Abs. 1 ZPO während eines Rechtsstreites . . . . .	1207
II.	Muster: Antrag im Eilverfahren gem. § 485 Abs. 1 ZPO außerhalb eines Rechtsstreites . . . . .	1208
III.	Muster: Antrag auf Anordnung des isolierten Beweisverfahrens gem. § 485 Abs. 2 ZPO . . . . .	1209
IV.	Muster: Antragserwiderung und Streitverkündungsschrift im selbstständigen Beweisverfahren . . . . .	1211
V.	Muster: Antrag auf Anordnung einer Frist zur Klageerhebung gem. § 494a ZPO . . . . .	1212
VI.	Muster: Antrag auf Verwerfung des Antrages gem. § 494a ZPO bei fehlendem Rechtsschutzbedürfnis des Antragsgegners . . . . .	1213
VII.	Muster: Sofortige Beschwerde gegen den ablehnenden Beschluss des Gerichts nach einem Antrag auf selbstständiges Beweisverfahren . . . . .	1214
VIII.	Muster: Ablehnung eines Sachverständigen wegen Befangenheit . . . . .	1215
IX.	Muster: Antrag auf Anhörung des Sachverständigen . . . . .	1216
<b>§ 13</b>	<b>Sondersituationen im Prozessverlauf . . . . .</b>	<b>1217</b>
A.	Einleitung . . . . .	1228
B.	Rechtliche Grundlagen . . . . .	1229
I.	Klagerücknahme und Verzicht . . . . .	1229
1.	Die Klagerücknahme bei Erledigung der Hauptsache zwischen Anhängigkeit und Rechtshängigkeit der Klage . . . . .	1238
2.	Die Klagerücknahme nach Rechtshängigkeit und vor der mündlichen Verhandlung . . . . .	1241
3.	Die Klagerücknahme nach mündlicher Verhandlung . . . . .	1243
a)	Das Erfordernis der Zustimmung des Beklagten zur Klagerücknahme . . . . .	1243

b) Die Fiktion der Zustimmung des Beklagten . . . . .	1244
c) Die Folgen der verweigerten Zustimmung zur Klagerücknahme . . . . .	1245
II. Die Erledigung in der Hauptsache . . . . .	1246
1. Die Erledigungserklärung des Klägers . . . . .	1247
2. Die Reaktion des Beklagten . . . . .	1250
3. Die Kostenentscheidung des Gerichts und weitere Folgen . . . . .	1252
4. Streitentscheidungen aus der Rechtsprechung . . . . .	1255
III. Das Versäumnisverfahren . . . . .	1257
1. Das Versäumnisurteil gegen den Beklagten im schriftlichen Vorverfahren nach § 331 ZPO . . . . .	1258
2. Die Säumnis im Termin zur mündlichen Verhandlung . . . . .	1262
3. Das Versäumnisurteil gegen den Kläger . . . . .	1266
4. Besondere Problemlagen beim Erlass eines Versäumnisurteils . . . . .	1269
a) Versäumnisurteil gegen einen Streitgenossen . . . . .	1269
b) Die Stufenklage . . . . .	1270
c) Die Säumnis in Ehesachen . . . . .	1270
d) Beide Parteien bleiben säumig . . . . .	1270
e) Versäumnisurteil im Berufungsverfahren . . . . .	1271
f) Die Anwaltsgebühren und die sonstigen Kosten bei Erlass eines Versäumnisurteils . . . . .	1272
5. Der Einspruch gegen das Versäumnisurteil . . . . .	1273
6. Das zweite Versäumnisurteil . . . . .	1278
IV. Entscheidung nach Lage der Akten . . . . .	1281
V. Anerkenntnis . . . . .	1285
1. Die drei Möglichkeiten eines Anerkenntnisses . . . . .	1286
2. Die Kostenentscheidung nach einem Anerkenntnis . . . . .	1289
3. Die Kosten des Verfahrens bei Erlass eines Anerkenntnisurteils . . . . .	1291
4. Das Rechtsmittel gegen die Kostenentscheidung im Anerkenntnisurteil . . . . .	1293
VI. Prozessvergleich . . . . .	1293
1. Die Vorteile eines Prozessvergleichs . . . . .	1294
2. Zu beachtende Kriterien beim Vergleichsabschluss . . . . .	1296
3. Das Verfahren zum Abschluss des Prozessvergleichs . . . . .	1298
4. Der Vorbehalt des Widerrufs des Vergleichs . . . . .	1301
5. Der Vergleich im schriftlichen Verfahren nach § 278 Abs. 6 ZPO . . . . .	1304
6. Der (mögliche) Inhalt eines Vergleichs . . . . .	1306
7. Die Kosten eines Vergleichs . . . . .	1310
VII. Aussetzung, Unterbrechung und Ruhen des Verfahrens . . . . .	1311
1. Die Unterbrechung des Verfahrens . . . . .	1312
a) Die Unterbrechung des Verfahrens wegen des Todes einer Partei, § 239 ZPO . . . . .	1312
b) Die Unterbrechung wegen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens, § 240 ZPO . . . . .	1313
c) Weitere Fälle der Verfahrensunterbrechung . . . . .	1317

2.	Die Aussetzung des Verfahrens . . . . .	1318
a)	Die Aussetzung des Verfahrens nach § 148 ZPO . . . . .	1318
b)	Die Aussetzung des Verfahrens bei Verdacht einer Straftat nach § 149 ZPO . . . . .	1321
c)	Die Aussetzung des Verfahrens nach § 246 ZPO . . . . .	1323
d)	Die Aussetzung des Hauptprozesses nach § 65 ZPO . . . . .	1325
3.	Das Ruhen des Verfahrens . . . . .	1326
4.	Die Rechtsmittel gegen die Anordnung der Aussetzung oder des Ruhens des Verfahrens . . . . .	1329
VIII.	Richterablehnung . . . . .	1330
1.	Der Ausschluss des Richters kraft Gesetzes . . . . .	1331
2.	Die Ablehnung des Richters wegen Besorgnis der Befangenheit . . .	1332
a)	Enge Beziehungen des Richters zu einer Partei als Ablehnungsgrund . . . . .	1333
b)	Die Ablehnung des Richters wegen richterlicher Hinweise . . . .	1334
c)	Die Besorgnis der Befangenheit wegen der Verfahrensführung . .	1336
d)	Die Ablehnung des Richters wegen Unsachlichkeit . . . . .	1338
e)	Besorgnis der Befangenheit wegen Meinungsäußerungen des Richters . . . . .	1339
3.	Das Ablehnungsverfahren . . . . .	1340
IX.	Das Recht auf Akteneinsicht . . . . .	1344
1.	Die Akteneinsicht nach § 299 Abs. 1 ZPO durch die Prozessparteien . . . . .	1344
2.	Die Akteneinsicht nach § 299 Abs. 2 ZPO durch Dritte . . . . .	1345
3.	Das Verfahren zur Gewährung von Akteneinsicht . . . . .	1346
C.	Muster . . . . .	1348
I.	Muster: Klagerücknahme (Grundmuster) . . . . .	1348
II.	Muster: Klagerücknahme wegen der Erledigung der Hauptsache zwischen Anhängigkeit und Rechtshängigkeit . . . . .	1349
III.	Muster: Klagerücknahme bei Erledigung der Hauptsache zwischen Anhängigkeit und Rechtshängigkeit bei noch nicht zugestellter Klage mit Kostenantrag des Klägers nach § 269 Abs. 3 S. 3 ZPO . . . . .	1350
IV.	Muster: Kostenantrag des Beklagten nach Erledigung der Hauptsache zwischen Anhängigkeit und Rechtshängigkeit bei noch nicht zugestellter Klage, § 269 Abs. 3 S. 3 ZPO . . . . .	1351
V.	Muster: Klageänderung nach Erledigung zwischen Anhängigkeit und Rechtshängigkeit . . . . .	1352
VI.	Muster: Klagerücknahme mit dem Antrag der gesonderten Kostenscheidung wegen einer vorherigen Säumnis des Beklagten . . . . .	1353
VII.	Muster: Kostenantrag des Beklagten nach Klagerücknahme . . . . .	1354
VIII.	Muster: Erwidern des Klägers auf den Kostenantrag des Beklagten bei vorheriger Säumnis des Beklagten . . . . .	1354
IX.	Muster: Kostenantrag des Beklagten und Stellungnahme zur Kostentragungspflicht im Fall des § 269 Abs. 3 S. 3 ZPO . . . . .	1355

X. Muster: Antrag auf Erklärung eines vor der Klagerücknahme ergangenen Urteils als wirkungslos . . . . .	1356
XI. Muster: Klagerücknahme nach mündlicher Verhandlung mit gleichzeitigem Klageverzicht . . . . .	1357
XII. Muster: Wiedereinsetzungsantrag nach der Versäumung der Notfrist zur Verweigerung der Zustimmung zur Klagerücknahme . . . . .	1357
XIII. Muster: Verweigerung der Einwilligung des Beklagten in die Klagerücknahme . . . . .	1358
XIV. Muster: Einwilligung des Beklagten in die Klagerücknahme nach Klageverzicht . . . . .	1359
XV. Muster: Klagerücknahme nach mündlicher Verhandlung . . . . .	1360
XVI. Muster: Klageverzicht nach § 306 ZPO . . . . .	1360
XVII. Muster: Antrag des Beklagten auf Erlass eines Verzichturteils . . . . .	1361
XXVIII. Muster: Schriftliche Ankündigung des Klageverzichts nach § 306 ZPO . . . . .	1361
XIX. Muster: Sofortige Beschwerde gegen die Kostenentscheidung nach § 269 Abs. 3 S. 3 ZPO . . . . .	1362
XX. Muster: Antrag des Beklagten auf Durchführung des streitigen Verfahrens . . . . .	1364
XXI. Muster: Erledigungserklärung des Klägers . . . . .	1366
XXII. Muster: Erledigungserklärung des Klägers mit dem Antrag auf Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung . . . . .	1367
XXIII. Muster: Erklärung des Beklagten über die Anschließung zur Erledigungserklärung . . . . .	1368
XXIV. Muster: Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bezüglich der Widerspruchsfrist . . . . .	1369
XXV. Erklärung des Beklagten, dass er der Erledigungserklärung widerspricht . . . . .	1370
XXVI. Muster: Klageumstellung nach Widerspruch des Beklagten zur Erledigungserklärung des Klägers . . . . .	1371
XXVII. Muster: Sofortige Beschwerde nach § 91a Abs. 2 ZPO . . . . .	1372
XXVIII. Muster: Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils im schriftlichen Vorverfahren . . . . .	1374
XXIX. Muster: Anzeige der Verteidigungsbereitschaft nach Versäumung der Frist des § 276 Abs. 1 S. 1 ZPO . . . . .	1374
XXX. Muster: Ankündigung eines Antrags auf Erlass eines Versäumnisurteils . . . . .	1375
XXXI. Muster: Sofortige Beschwerde gegen die Vertagung des Rechtsstreits und die Zurückweisung des Antrags auf Erlass eines Versäumnisurteils . . . . .	1376
XXXII. Muster: Einspruch des Beklagten gegen ein Versäumnisurteil . . . . .	1377
XXXIII. Muster: Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Versäumung der Einspruchsfrist gegen ein Versäumnisurteil . . . . .	1378
XXXIV. Muster: Vollständiges Anerkenntnis im schriftlichen Vorverfahren . . . . .	1380

XXXV. Muster: Vollständiges Anerkenntnis unter Verwahrung gegen die Kostenlast . . . . .	1381
XXXVI. Muster: Teilanerkennntnis im schriftlichen Vorverfahren . . . . .	1381
XXXVII. Muster: Anerkenntnis Zug um Zug . . . . .	1382
XXXVIII. Muster: Anerkenntnis im weiteren Verfahrensablauf mit Hinweis auf § 307 S. 2 ZPO . . . . .	1383
XXXIX. Muster: Ankündigung eines Versäumnisurteils statt Anerkenntnisses aus Kostengründen . . . . .	1384
XL. Muster: Schriftsatz des Klägers nach Anerkenntnis des Beklagten . . . . .	1384
XLI. Muster: Schriftsatz des Klägers nach Ankündigung des Anerkenntnis- ses durch den Beklagten mit der Anregung, nach § 307 S. 2 ZPO zu verfahren . . . . .	1385
XLII. Muster: Sofortige Beschwerde nach § 99 Abs. 2 ZPO . . . . .	1386
XLIII. Muster: Antrag auf Erlass eines Anerkenntnisurteils mit Tatbestand und Entscheidungsgründen nach § 313b Abs. 3 ZPO . . . . .	1387
XLIV. Muster: Antrag auf Erklärung der Wirkungslosigkeit eines Urteils nach einem Prozessvergleich . . . . .	1388
XLV. Muster: Protokollberichtigungsantrag . . . . .	1389
XLVI. Muster: Antrag auf Bestimmung eines Termins zur mündlichen Ver- handlung nach einem unwirksamen Prozessvergleich . . . . .	1390
XLVII. Muster: Vergleich mit Widerrufsvorbehalt . . . . .	1391
XLVIII. Muster: Verlängerung der Widerrufsfrist . . . . .	1391
XLIX. Muster: Widerrufserklärung . . . . .	1392
L. Muster: Antrag auf Protokollierung oder Feststellung eines außerge- richtlich ausgehandelten Vergleichs . . . . .	1393
LI. Muster: Vergleichstext mit Kostenregelung . . . . .	1394
LII. Muster: Prozessvergleich unter Einbeziehung der Kosten des Neben- intervenienten . . . . .	1394
LIII. Muster: Vergleich und Übertragung der Kostenentscheidung auf das Gericht . . . . .	1395
LIV. Muster: Vergleich mit Ratenzahlungsabrede . . . . .	1396
LV. Muster: Vergleich mit Ratenzahlungsabrede und einer Verfallsklausel . . . . .	1396
LVI. Muster: Vergleich mit Verfallsklausel . . . . .	1397
LVII. Muster: Vergleich mit einer Grundstücksübertragung . . . . .	1398
LVIII. Muster: Endgültiger Abfindungsvergleich in Verkehrsunfallsachen . . . . .	1399
LIX. Muster: Vergleich über eine Zahlungsverpflichtung Zug-um-Zug ge- gen Erbringung einer Gegenleistung . . . . .	1400
LX. Muster: Vergleich über eine Verpflichtung zur Herausgabe . . . . .	1401
LXI. Muster: Vergleich nach Beendigung eines Arbeits- oder Dienstverhält- nisses . . . . .	1401
LXII. Muster: Vergleich zur Beendigung eines Mietverhältnisses . . . . .	1402
LXIII. Muster: Vergleich über die Unterlassung einer Handlung mit gleich- zeitiger Vereinbarung einer Vertragsstrafe . . . . .	1404
LXIV. Muster: Vergleichsweise Regelung einer Duldungsverpflichtung . . . . .	1405
LXV. Muster: Vergleich zur Abgabe einer Willenserklärung . . . . .	1405

LXVI. Muster: Beitrittserklärung eines Dritten zum Abschluss eines Vergleichs . . . . .	1406
LXVII. Muster: Vergleich in der Berufungsinstanz unter Verzicht auf die Rechte aus einem noch nicht rechtskräftigen Urteil erster Instanz . . . . .	1407
LXVIII. Muster: Anzeige der Unterbrechung des Verfahrens nach § 239 ZPO . . . . .	1407
LXIX. Muster: Antrag auf Fortsetzung des Verfahrens im Fall des § 241 ZPO . . . . .	1408
LXX. Muster: Antrag auf Aufnahme des Verfahrens nach § 244 Abs. 2 ZPO . . . . .	1409
LXXI. Muster: Erklärung über die Aufnahme des Verfahrens durch den Kläger gegen den (beklagten) Insolvenzverwalter . . . . .	1410
LXXII. Muster: Antrag auf Bestimmung eines Termins zur mündlichen Verhandlung bei verzögerter Aufnahme des Rechtsstreits durch den Insolvenzverwalter . . . . .	1411
LXXIII. Muster: Antrag auf Streitwertfestsetzung nach Aufnahme des Rechtsstreites durch den Insolvenzverwalter . . . . .	1412
LXXIV. Muster: Antrag auf Aussetzung des Verfahrens nach § 148 ZPO i.V.m. §§ 152 ff. ZPO . . . . .	1412
LXXV. Muster: Antrag auf Aussetzung des Verfahrens wegen Aufrechnung . . . . .	1413
LXXVI. Muster: Antrag auf Aussetzung des Verfahrens nach § 149 ZPO . . . . .	1414
LXXVII. Muster: Antrag auf Wiederaufnahme eines Verfahrens nach § 149 Abs. 2 ZPO . . . . .	1415
LXXVIII. Muster: Antrag auf Aufnahme des gem. § 149 ZPO ausgesetzten Verfahrens nach dem Ende der strafrechtlichen Ermittlungen . . . . .	1416
LXXIX. Muster: Antrag auf Aussetzung des Verfahrens nach § 246 ZPO . . . . .	1417
LXXX. Muster: Anzeige der Aufnahme des Rechtsstreits gem. § 246 Abs. 2 ZPO . . . . .	1417
LXXXI. Muster: Aussetzungsantrag nach § 65 ZPO . . . . .	1418
LXXXII. Muster: Antrag auf Ruhen des Verfahrens unter gleichzeitiger Beantragung der Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist . . . . .	1419
LXXXIII. Muster: Antrag auf Ruhen des Verfahrens nach § 251 ZPO . . . . .	1420
LXXXIV. Muster: Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens nach dem Ruhen des Verfahrens gem. § 251 ZPO . . . . .	1420
LXXXV. Muster: Sofortige Beschwerde gegen eine Entscheidung nach §§ 239 ff., 148 ff. ZPO . . . . .	1421
LXXXVI. Muster: Ablehnung eines Richters wegen Besorgnis der Befangenheit in der Frist des § 43 ZPO . . . . .	1423
LXXXVII. Muster: Ablehnungsgesuch aufgrund eines Ablehnungsgrundes nach mündlicher Verhandlung, § 44 Abs. 4 ZPO . . . . .	1424
LXXXVIII. Muster: Sofortige Beschwerde gegen die Zurückweisung eines Ablehnungsgesuches . . . . .	1425
LXXXIX. Muster: Beschwerde nach § 23 EGGVG eines Dritten wegen verweigerter Akteneinsicht . . . . .	1427

<b>§ 14 Das Verfahren vor den Amtsgerichten und das Fortsetzungsverfahren nach</b>	
<b>§ 321a ZPO</b> . . . . .	1429
A. Einleitung . . . . .	1430
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	1432
I. Die Abweichungen des amtsgerichtlichen Verfahrens vom landgerichtlichen Verfahren . . . . .	1432
1. Verfahrenserleichterungen . . . . .	1432
a) Besonderheiten bei der Einreichung von Schriftsätzen und der Erklärung zu Protokoll (§§ 496, 498 ZPO) . . . . .	1432
b) Besonderheiten bei der Ladung zum Termin . . . . .	1433
2. Besondere Hinweispflichten des Gerichts . . . . .	1434
a) Belehrungen nach § 499 ZPO . . . . .	1434
b) Hinweis bei Unzuständigkeit des Amtsgerichts (§ 504 ZPO) . . . . .	1434
c) Erklärung über Urkunden (§ 510 ZPO) . . . . .	1435
3. Sonstige Besonderheiten . . . . .	1436
a) Auswirkungen einer nachträglichen sachlichen Unzuständigkeit (§ 506 ZPO) . . . . .	1436
b) Inhalt des Protokolls (§ 510a ZPO) . . . . .	1438
c) Besonderheiten bei einem Urteil auf Vornahme einer Handlung (§ 510b ZPO) . . . . .	1438
II. Das Verfahren nach billigem Ermessen (§ 495a ZPO) . . . . .	1440
1. Verfahrensvoraussetzungen . . . . .	1441
2. Verfahrensbesonderheiten . . . . .	1442
3. Rechtsmittel . . . . .	1444
a) Berufung . . . . .	1444
b) Außerordentliche Berufung . . . . .	1445
c) Gehörsrüge nach § 321a ZPO . . . . .	1446
d) Verfassungsbeschwerde . . . . .	1446
4. Gebühren . . . . .	1446
III. Die Gehörsrüge (§ 321a ZPO) . . . . .	1447
1. Entstehungsgeschichte . . . . .	1447
2. Zulässigkeit der Gehörsrüge . . . . .	1447
a) Zulässigkeit nach dem Wortlaut . . . . .	1447
b) Analoge Anwendung des § 321a ZPO . . . . .	1451
3. Begründetheit der Gehörsrüge . . . . .	1451
a) Verstoß gegen den Anspruch auf rechtliches Gehör . . . . .	1452
aa) Pannenfälle . . . . .	1452
bb) Präklusionsfälle . . . . .	1452
cc) Hinweisfälle . . . . .	1452
dd) Nichtberücksichtigungsfälle . . . . .	1453
b) Entscheidungserheblichkeit . . . . .	1453
4. Rechtsfolgen der Gehörsrüge . . . . .	1454
5. Gebühren . . . . .	1454

C. Muster	1454
I. Muster: Anregung einer abgesonderten Verhandlung über die Zuständigkeit (§ 280 ZPO)	1454
II. Muster: Klage auf Vornahme einer Handlung und Zahlung einer Entschädigung (§ 510b ZPO)	1455
III. Muster: Sofortige Beschwerde nach § 793 ZPO bei Vollstreckung der Erfüllungshandlung des Gläubigers aus einem Urteil nach § 510b ZPO	1456
IV. Muster: Vollstreckungsgegenklage nach Urteil über die Vornahme einer Handlung und Zahlung einer Entschädigung nach § 510b ZPO	1458
V. Muster: Anregung auf Durchführung eines Verfahrens nach billigem Ermessen gem. § 495a ZPO	1460
VI. Muster: Anregung, von einem Verfahren nach § 495a ZPO Abstand zu nehmen	1461
VII. Muster: Streitwertbeschwerde nach Bestimmung des Zuständigkeitsstreitwertes im Verfahren nach § 495a ZPO	1462
VIII. Muster: Antrag auf mündliche Verhandlung nach § 495a S. 2 ZPO	1463
IX. Muster: Einlegung einer „Willkürüge“ bei Verstößen gegen das Willkürverbot	1463
X. Muster: Gehörsrüge nach § 321a ZPO	1465
XI. Muster: Berichtigungsantrag nach § 319 ZPO mit hilfsweiser Erhebung der Gehörsrüge	1466
XII. Muster: Gehörsrüge gegen Kostenfestsetzungsbeschluss	1467
XIII. Muster: Gehörsrüge gegen einen Beschluss nach § 522 Abs. 2 ZPO	1467
<b>§ 15 Verfahrensanhträge nach Urteilserlass</b>	1469
A. Einleitung	1471
B. Rechtliche Grundlagen	1472
I. Der Rechtsmittelverzicht nach § 313a Abs. 2 ZPO – Kosten sparen	1472
II. Der Antrag auf Hinausschieben der Urteilszustellung nach § 317 ZPO	1475
III. Antrag auf Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung	1477
1. Die Voraussetzungen der Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung	1477
2. Die anwaltlichen Gebühren und die Kosten	1479
IV. Der Antrag auf Erteilung einer Zustellbescheinigung	1480
V. Die Beantragung eines Rechtskraft- oder Notfristzeugnisses	1481
VI. Die Berichtigung des Urteils nach § 319 ZPO	1484
1. Der Anwendungsbereich von § 319 ZPO	1485
2. Die offensichtliche Unrichtigkeit als Berichtigungsvoraussetzung	1486
3. Das Verfahren zur Entscheidung über den Berichtigungsantrag	1488
4. Rechtsmittel gegen die Entscheidung nach § 319 ZPO	1488
5. Die Wirkungen des Berichtigungsbeschlusses	1489
6. Die anwaltlichen Gebühren und die gerichtlichen Kosten	1490
VII. Der Antrag auf Tatbestandsberichtigung nach § 320 ZPO	1490
1. Die Wirkung des Tatbestands	1490
2. Der Begriff des Tatbestands	1492
3. Die Frist des § 320 ZPO	1493

4. Die weiteren Formalien des Antrags und das Verfahren . . . . .	1494
5. Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Gerichts . . . . .	1496
6. Die anwaltlichen Gebühren und die gerichtlichen Kosten . . . . .	1497
VIII. Antrag auf Ergänzung des Urteils nach § 321 ZPO . . . . .	1497
1. Die Voraussetzungen der Urteilsergänzung . . . . .	1498
2. Der Urteilsergänzungsantrag ist fristgebunden . . . . .	1501
3. Das Verfahren nach § 321 ZPO . . . . .	1502
4. Rechtsmittel gegen die Entscheidung über den Urteilsergänzungs- antrag . . . . .	1503
5. Die anwaltlichen Gebühren und die Kosten bei der Urteilsergänzung . .	1504
IX. Die Rückgabe der Sicherheitsleistung . . . . .	1504
1. Die Rückgabe der Sicherheitsleistung nach § 109 ZPO . . . . .	1504
2. Die Rückgabe der Sicherheitsleistung nach § 715 ZPO . . . . .	1507
3. Die anwaltlichen Gebühren und die gerichtlichen Kosten . . . . .	1508
C. Muster . . . . .	1508
I. Muster: Ankündigung eines Rechtsmittelverzichtes . . . . .	1508
II. Muster: Nachträglicher Rechtsmittelverzicht nach § 313a Abs. 2 ZPO . . .	1509
III. Muster: Verspäteter Rechtsmittelverzicht nach §§ 313a Abs. 2, 283 S. 2 ZPO . . . . .	1509
IV. Muster: Antrag auf Urteilsberichtigung nach § 319 ZPO . . . . .	1510
V. Muster: Protokollberichtigung nach § 164 ZPO bei einer offensichtlichen Unrichtigkeit in einem Prozessvergleich . . . . .	1511
VI. Muster: Sofortige Beschwerde nach § 319 Abs. 3 ZPO . . . . .	1512
VII. Muster: Tatbestandsberichtigungsantrag nach § 320 ZPO . . . . .	1514
VIII. Muster: Tatbestandsberichtigungsantrag kombiniert mit einem Antrag auf Urteilsergänzung . . . . .	1515
IX. Muster: Antrag auf Urteilsergänzung nach § 321 ZPO – Grundmuster . . .	1517
X. Muster: Antrag auf Ergänzung des Urteils wegen fehlender Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit . . . . .	1518
XI. Muster: Antrag auf Ergänzung eines Urteils wegen unterlassener Entschei- dung über die Kosten der Nebenintervention . . . . .	1519
XII. Muster: Antrag auf Ergänzung des Urteils wegen unterlassener Zins- entscheidung . . . . .	1520
XIII. Muster: Urteilsergänzung wegen eines unterlassenen Vorbehaltes . . . . .	1521
XIV. Muster: Antrag auf Ergänzung des Urteils über den Vorbehalt im Urkun- denverfahren . . . . .	1521
XV. Muster: Antrag auf Hinausschieben der Zustellung eines verkündeten Urteils nach § 317 Abs. 1 S. 3 ZPO . . . . .	1522
XVI. Muster: Antrag auf Hinausschieben des Termins zur Verkündung einer Entscheidung . . . . .	1523
XVII. Muster: Antrag auf Zustellung des Urteils nach dessen Hinausschieben . .	1524
XVIII. Muster: Sofortige Beschwerde gegen die Ablehnung der Hinausschiebung der Urteilszustellung nach § 317 Abs. 1 S. 3 ZPO . . . . .	1525
XIX. Muster: Antrag auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung . . . . .	1527

XX.	Muster: Antrag auf Erteilung einer um Tatbestand und Entscheidungsgründe ergänzten vollstreckbaren Ausfertigung . . . . .	1527
XXI.	Muster: Antrag auf Erteilung einer weiteren vollstreckbaren Ausfertigung gem. § 733 ZPO . . . . .	1528
XXII.	Muster: Antrag auf Erteilung einer weiteren vollstreckbaren Ausfertigung unter Rückgabe der bisherigen Ausfertigung . . . . .	1529
XXIII.	Muster: Erinnerung nach § 573 ZPO gegen die Verweigerung der Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung . . . . .	1529
XXIV.	Muster: Aufforderung an den Schuldner zum Ausgleich der Forderung aus einem verkündeten Urteil . . . . .	1530
XXV.	Muster: Antrag auf Erteilung einer Zustellbescheinigung . . . . .	1531
XXVI.	Muster: Antrag auf Erteilung eines Rechtskraftzeugnisses . . . . .	1532
XXVII.	Muster: Antrag auf Erteilung eines Rechtskraftzeugnisses nach der Berufungsrücknahme . . . . .	1532
XXVIII.	Muster: Antrag auf Erteilung eines Notfristzeugnisses . . . . .	1533
XXIX.	Muster: Erinnerung nach § 573 ZPO gegen die Verweigerung des Rechtskraftzeugnisses . . . . .	1534
XXX.	Muster: Antrag auf Fristbestimmung nach § 109 Abs. 1 ZPO . . . . .	1535
XXXI.	Muster: Antrag auf Anordnung der Rückgabe der Sicherheitsleistung nach § 109 Abs. 2 ZPO . . . . .	1536
XXXII.	Muster: Antrag auf Anordnung des Erlöschens der zur Sicherheit erbrachten Bürgschaft nach § 109 Abs. 2 ZPO . . . . .	1537
XXXIII.	Muster: Antrag auf Anordnung der Rückgabe der Sicherheit nach § 715 ZPO . . . . .	1537
XXXIV.	Muster: Sofortige Beschwerde gegen die Ablehnung des Antrags auf Fristsetzung nach § 109 Abs. 1 ZPO . . . . .	1539
<b>§ 16</b>	<b>Vorläufiger Rechtsschutz . . . . .</b>	<b>1541</b>
A.	Einleitung . . . . .	1545
B.	Rechtliche Grundlagen . . . . .	1547
	I. Streitgegenstand von Arrest und einstweiliger Verfügung . . . . .	1547
	II. Eingeschränkte Rechtskraft . . . . .	1547
	III. Streitwert . . . . .	1548
	IV. Verjährung . . . . .	1548
	V. Verfahrensgang des Arrestverfahrens . . . . .	1549
	1. Zuständigkeit bei Anordnung . . . . .	1549
	2. Schutzschrift . . . . .	1550
	3. Verfahrenseröffnender Antrag . . . . .	1553
	a) Arrestanspruch . . . . .	1553
	b) Arrestgrund . . . . .	1554
	aa) Besonderheiten bei dinglichem Arrest . . . . .	1554
	bb) Besonderheiten bei persönlichem Arrest . . . . .	1555
	cc) Besonderheiten bei Vollstreckung im Ausland . . . . .	1556
	c) Keine anderweitige Sicherung . . . . .	1556
	4. Mündliche Verhandlung . . . . .	1556
	5. Sachvortrag und Nachweis . . . . .	1557

a)	Sachvortrag . . . . .	1557
b)	Beweismaß . . . . .	1558
c)	Beweislast, Beweisverfahren und Beweiswürdigung . . . . .	1559
d)	Keine Entscheidung besonders schwieriger Sachverhalts- konstellationen im Eilverfahren . . . . .	1561
6.	Vollziehung des Arrests . . . . .	1561
a)	Häufige Fehlerquellen bei der Vollziehung . . . . .	1562
aa)	Monatsfrist nach § 929 Abs. 2 ZPO . . . . .	1562
bb)	Zustellungsart . . . . .	1562
cc)	Zustellungsgegenstand . . . . .	1563
(1)	Zustellung der Ausfertigung . . . . .	1563
(2)	Zustellung einer beglaubigten Abschrift der Ausfertigung . . . . .	1565
dd)	Zustellungsadressat . . . . .	1565
b)	Heilung von Vollziehungsmängeln . . . . .	1566
7.	Rechtsbehelfe des Antragstellers . . . . .	1568
8.	Rechtsbehelfe des Antragsgegners . . . . .	1569
a)	Entscheidung durch Urteil . . . . .	1569
b)	Entscheidung durch Beschluss . . . . .	1570
aa)	Widerspruch nach § 924 ZPO . . . . .	1570
bb)	Arrestanordnung durch Beschwerdegericht . . . . .	1572
cc)	Aufhebung des Arrestes wegen Versäumung der Klagefrist nach § 926 Abs. 1 ZPO . . . . .	1572
dd)	Aufhebung des Arrestes wegen veränderter Umstände nach § 927 ZPO . . . . .	1573
c)	Rechtsbehelfe im Rahmen der Vollziehung . . . . .	1575
VI.	Schadensersatzrisiko (§ 945 ZPO) . . . . .	1575
VII.	Haftung der Vollstreckungsorgane bei der Vollziehung . . . . .	1578
VIII.	Besonderheiten der einstweiligen Verfügung . . . . .	1578
1.	Anwendung der Arrestvorschriften . . . . .	1578
2.	Abmahnung . . . . .	1579
a)	Bedeutung . . . . .	1579
b)	Inhalt der Abmahnung . . . . .	1580
c)	Form der Abmahnung . . . . .	1580
3.	Unterlassungserklärung . . . . .	1582
4.	Verfügungsarten . . . . .	1583
a)	Sicherungsverfügung . . . . .	1583
aa)	Konkurrierende obligatorische Ansprüche . . . . .	1584
bb)	Erwerbsverbot . . . . .	1584
b)	Regelungsverfügung . . . . .	1584
c)	Leistungsverfügung . . . . .	1585
aa)	Zahlungsverfügung . . . . .	1586
bb)	Vornahme einer sonstigen Handlung . . . . .	1586
cc)	Unterlassung . . . . .	1586
dd)	Herausgabe . . . . .	1587
ee)	Abgabe einer Willenserklärung . . . . .	1587

ff) Auskunftsansprüche . . . . .	1587
gg) Räumung . . . . .	1588
5. Zuständigkeit . . . . .	1588
6. Verfügungsgesuch . . . . .	1589
a) Verfügungsanspruch . . . . .	1589
b) Verfügungsgrund . . . . .	1589
7. Mündliche Verhandlung . . . . .	1590
8. Vollziehung der einstweiligen Verfügung . . . . .	1591
9. Rechtsbehelfe . . . . .	1592
10. Abschlusschreiben . . . . .	1593
11. Abschluss- und strafbewehrte Unterlassungserklärung als Reaktion auf das Abschlusschreiben . . . . .	1596
IX. Spezialregelungen des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	1598
1. Einstweilige Anordnungen im Familienrecht . . . . .	1598
a) Allgemeine Regelungen . . . . .	1598
b) Familienstreitsachen . . . . .	1598
c) Kindschaftssachen . . . . .	1599
d) Gewaltschutzsachen . . . . .	1599
e) Unterhaltssachen . . . . .	1599
f) Versorgungsausgleichssachen . . . . .	1600
g) Betreuungssachen und Unterbringungssachen . . . . .	1600
h) Freiheitsentziehungssachen . . . . .	1600
2. Selbstständiges Beweisverfahren und Zwangsvollstreckungsverfahren	1601
3. Vorläufiger Rechtsschutz im Arbeitsgerichtsverfahren . . . . .	1601
a) Prozessuale Fragen . . . . .	1601
b) Materiell-rechtliche Ansprüche . . . . .	1602
4. Vorläufiger Rechtsschutz im WEG-Verfahren . . . . .	1603
5. Vorläufiger Rechtsschutz im Gesellschaftsrecht . . . . .	1604
a) Vorläufiger Rechtsschutz bei der Anfechtung von Gesellschafter- beschlüssen . . . . .	1605
b) Mitwirkung bei der Auflösung der Gesellschaft . . . . .	1605
c) Ausschließung eines Gesellschafters . . . . .	1605
aa) AG . . . . .	1605
bb) GmbH . . . . .	1606
cc) Personenhandelsgesellschaften . . . . .	1607
dd) GbR . . . . .	1607
ee) Zwei-Personen-Gesellschaft . . . . .	1607
d) Abberufung eines Vorstands/Geschäftsführers . . . . .	1608
aa) AG . . . . .	1608
bb) Personenhandelsgesellschaften . . . . .	1608
cc) GbR . . . . .	1609
dd) GmbH . . . . .	1609
e) Durchsetzung von Gesellschafter-Informationsrechten . . . . .	1610
aa) AG, KGaA . . . . .	1610
bb) GmbH . . . . .	1611

cc) Personengesellschaften . . . . .	1611
6. Vorläufiger Rechtsschutz im Mietrecht . . . . .	1611
C. Muster . . . . .	1613
I. Muster: Wettbewerbsrechtliche Abmahnung . . . . .	1613
II. Muster: Schutzschrift zur Verhinderung des Erlasses einer einstweiligen Verfügung . . . . .	1614
III. Muster: Vordruck einer strafbewehrten Unterlassungserklärung . . . . .	1617
IV. Muster: Eidesstattliche Versicherung . . . . .	1617
V. Muster: Antrag auf dinglichen Arrest . . . . .	1618
VI. Muster: Antrag auf dinglichen Arrest und Arrestpfändung . . . . .	1619
VII. Muster: Antrag auf persönlichen Arrest . . . . .	1620
VIII. Muster: Antrag auf Versteigerung arrestgepfändeter Sachen . . . . .	1621
IX. Muster: Antrag auf Eintragung einer Arresthypothek . . . . .	1622
X. Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung mit Herausgabe-anordnung . . . . .	1623
XI. Muster: Antrag auf Erlass einer auf Grundbucheintragung gerichteten einstweiligen Verfügung . . . . .	1624
XII. Muster: Antrag auf Erlass einer Sicherungsverfügung mit Erwerbsverbot . . . . .	1625
XIII. Muster: Antrag auf Erlass einer auf Leistung gerichteten einstweiligen Verfügung . . . . .	1627
XIV. Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Abgabe einer Erklärung . . . . .	1628
XV. Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Unterlassung beleidigender Äußerungen . . . . .	1630
XVI. Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Untersagung der Geschäftsführung und Vertretung . . . . .	1632
XVII. Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Untersagung der Geschäftsführung und Vertretung – Gegenantrag . . . . .	1634
XVIII. Muster: Auskunfts- und Einsichtserzwingungsverfahren nach § 51b GmbHG . . . . .	1635
XIX. Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Unterlassung der Betriebseinstellung . . . . .	1637
XX. Muster: Zustellungsauftrag an den Gerichtsvollzieher . . . . .	1639
XXI. Muster: Abschlusschreiben . . . . .	1639
XXII. Muster: Abschlusserklärung . . . . .	1640
XXIII. Muster: Widerspruch gegen einstweilige Verfügung . . . . .	1641
XXIV. Muster: Kostenwiderspruch . . . . .	1642
XXV. Muster: Antrag auf Ladung zum Rechtfertigungsverfahren . . . . .	1643
XXVI. Muster: Antrag auf Fristsetzung zur Erhebung der Hauptsacheklage nach § 926 Abs. 1 ZPO . . . . .	1644
XXVII. Muster: Antrag auf Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen Nichterhebung der Hauptsacheklage . . . . .	1645
XXVIII. Muster: Antrag auf Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen veränderter Umstände gem. § 927 Abs. 1 ZPO . . . . .	1645

XXIX. Muster: Antrag auf Aufhebung des Arrestvollzugs wegen Hinterlegung . . .	1647
<b>§ 17 Das Berufungsrecht</b> . . . . .	1649
A. Einleitung . . . . .	1657
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	1657
I. Sicht des Berufungsklägers . . . . .	1657
1. Statthaftigkeit der Berufung . . . . .	1658
a) Angriffsfähiges Urteil . . . . .	1658
aa) Ausgangspunkt: Verkündetes Endurteil . . . . .	1658
bb) Berufung gegen ein Versäumnisurteil . . . . .	1659
cc) Berufung gegen als Endurteil bezeichnetes Zwischenurteil . . . . .	1660
dd) Keine Berufung gegen die Kostenentscheidung . . . . .	1660
ee) Berufung gegen eine Kostenentscheidung im Schlussurteil bei gleichzeitiger Berufung gegen das vorangegangene Teil- urteil . . . . .	1660
ff) Berufung gegen Scheinurteile . . . . .	1661
b) Wert des Beschwerdegegenstands . . . . .	1661
aa) Ausgangslage . . . . .	1661
bb) Persönliche Beschwer . . . . .	1661
cc) Gegenstand der Beschwer . . . . .	1662
dd) Maßgeblicher Zeitpunkt . . . . .	1663
ee) Wert des Beschwerdegegenstands . . . . .	1664
ff) Berufung bei Streitgenossenschaft . . . . .	1667
gg) Berufung des Streithelfers . . . . .	1667
c) Zulassung der Berufung . . . . .	1668
aa) Allgemeines . . . . .	1668
bb) Voraussetzungen . . . . .	1669
cc) Angriff gegen die Nichtzulassung . . . . .	1670
2. Sonstige Vorüberlegungen zur Zulässigkeit . . . . .	1671
a) Grundlagen . . . . .	1671
b) Neue Tatsachen in der Berufungsinstanz . . . . .	1672
c) Beweisaufnahme in der Berufungsinstanz . . . . .	1673
3. Fristenkontrolle . . . . .	1673
a) Allgemeines . . . . .	1673
b) Tatbestandsberichtigungsfrist . . . . .	1674
aa) Beweiskraft des Tatbestandes . . . . .	1674
bb) Dauer der Tatbestandsberichtigungsfrist . . . . .	1675
cc) Ablauf der Berufungsbegründungsfrist vor Entscheidung über den Tatbestandsberichtigungsantrag . . . . .	1676
dd) Rechtsbehelfe gegen die Antragszurückweisung . . . . .	1676
ee) Anwaltsgebühren . . . . .	1676
c) Urteilsergänzungsfrist . . . . .	1677
aa) Anwendungsbereich . . . . .	1677
bb) Dauer der Urteilsergänzungsfrist . . . . .	1678
cc) Urteilsergänzung und Berufungsverfahren . . . . .	1678
dd) Anwaltsgebühren . . . . .	1679

d)	Anhörungsrügefrist gem. § 321a ZPO . . . . .	1679
aa)	Bedeutung der Anhörungsrüge für das Berufungsverfahren . . . . .	1679
bb)	Bedeutung der Anhörungsrüge für eine Verfassungs- beschwerde . . . . .	1679
cc)	Dauer der Rügefrist . . . . .	1680
dd)	Anwaltsgebühren . . . . .	1680
e)	Berufungsfrist . . . . .	1680
aa)	Dauer der Berufungsfrist . . . . .	1680
bb)	Beginn der Berufungsfrist . . . . .	1680
cc)	Ende der Berufungsfrist . . . . .	1682
dd)	Anwaltsgebühren . . . . .	1683
f)	Berufungsbegründungsfrist . . . . .	1683
aa)	Dauer der Berufungsbegründungsfrist . . . . .	1683
bb)	Beginn und Ende der Berufungsbegründungsfrist . . . . .	1683
g)	Vorabentscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit . . . . .	1684
aa)	Bedeutung der Vorabentscheidung in der Berufungsinstanz . . . . .	1684
bb)	Zeitrahen für die Antragstellung . . . . .	1684
cc)	Entscheidung . . . . .	1684
h)	Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung . . . . .	1684
aa)	Bedeutung für die Berufungsinstanz . . . . .	1684
bb)	Zeitrahen für die Antragstellung . . . . .	1685
cc)	Erfolgsaussichten der eingelegten Berufung . . . . .	1685
dd)	Subsidiarität . . . . .	1685
ee)	Erfordernis der Sicherheitsleistung . . . . .	1685
ff)	Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung ohne Sicherheitsleistung . . . . .	1686
i)	Anwaltsgebühren . . . . .	1686
4.	Der Prozesskostenhilfeantrag . . . . .	1686
a)	Notwendigkeit des Prozesskostenhilfesuchts . . . . .	1686
b)	Form und Inhalt des Prozesskostenhilfesuchts . . . . .	1686
aa)	Isolierter Prozesskostenhilfeantrag . . . . .	1686
bb)	Kombination von Berufungseinlegung und Prozesskosten- hilfeantrag . . . . .	1688
c)	Auswirkungen des Prozesskostenhilfeverfahrens auf die Berufungsfrist . . . . .	1689
aa)	Beginn der Wiedereinsetzungsfrist bei Bewilligung von Prozesskostenhilfe . . . . .	1689
bb)	Beginn der Wiedereinsetzungsfrist bei Versagung der Prozesskostenhilfe . . . . .	1690
cc)	Wiedereinsetzung beim unverschuldeten verspäteten Eingang des Prozesskostenhilfeantrags . . . . .	1691
dd)	Besonderheiten der Fristenkontrolle bei Beantragung von Prozesskostenhilfe in der Berufungsinstanz . . . . .	1691
ee)	Fortfall des Hindernisses unabhängig von der Entscheidung über die Prozesskostenhilfe . . . . .	1691

ff)	Rechtsmittel . . . . .	1691
d)	Auswirkungen des Prozesskostenhilfeverfahrens auf die Berufungsbegründungsfrist . . . . .	1692
aa)	Entscheidung über die Prozesskostenhilfe nach wirksam eingelegter Berufung . . . . .	1692
bb)	Entscheidung über die Prozesskostenhilfe ohne zuvor wirk- sam eingelegte Berufung . . . . .	1693
cc)	Rechtsmittel . . . . .	1694
5.	Die Deckungsschutzanfrage . . . . .	1694
a)	Versicherungsrechtliche Vorgaben . . . . .	1694
b)	Folgen bei nicht rechtzeitiger Abstimmung oder Zustimmungs- einholung . . . . .	1695
c)	Folgen bei Deckungsablehnung . . . . .	1695
6.	Die Berufungsschrift . . . . .	1696
a)	Adressat der Berufung . . . . .	1696
aa)	Berufungen gegen amtsgerichtliche Urteile . . . . .	1697
bb)	Berufungen gegen landgerichtliche Urteile . . . . .	1697
cc)	Eingang der Berufung beim zuständigen Gericht und Wiedereinsetzung . . . . .	1698
(1)	Eingang . . . . .	1698
(2)	Kenntnis des zuständigen Gerichts . . . . .	1699
(3)	Weiterleitung an das zuständige Gericht . . . . .	1700
b)	Parteibezeichnung . . . . .	1701
c)	Bezeichnung der Prozessbevollmächtigten des Berufungs- beklagten . . . . .	1702
d)	Sonstige Angaben . . . . .	1702
e)	Berufungseinlegung „nur zur Fristwahrung“ . . . . .	1703
f)	Anwaltszwang und Unterzeichnung; Prozessvollmacht . . . . .	1705
g)	Beifügung einer Urteilsausfertigung/-abschrift . . . . .	1706
h)	Berufungseinlegung durch moderne Kommunikationsmittel . . . . .	1707
aa)	Telegramm, Fernschreiber und Telex . . . . .	1707
bb)	Telefax . . . . .	1707
cc)	Elektronisches Dokument . . . . .	1708
dd)	Computer-Fax . . . . .	1709
7.	Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Versäumung der Berufungsfrist . . . . .	1710
a)	Ausgangslage . . . . .	1710
b)	Wiedereinsetzungsgründe . . . . .	1710
c)	Wiedereinsetzungsfrist . . . . .	1711
d)	Wiedereinsetzungsantrag . . . . .	1711
e)	Wiedereinsetzungsbegründung . . . . .	1711
f)	Glaubhaftmachung . . . . .	1712
g)	Berufungseinlegung . . . . .	1712
h)	Umdeutung . . . . .	1712

8.	Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist . . . . .	1712
	a) Ausgangslage . . . . .	1712
	b) Antragserfordernis . . . . .	1713
	c) Verlängerungsgründe . . . . .	1713
	aa) Einwilligung des Gegners . . . . .	1713
	bb) Keine Verzögerung des Rechtsstreits . . . . .	1714
	cc) Erheblicher Grund . . . . .	1714
	d) Entscheidung . . . . .	1715
	e) Wirksamkeit und Vertrauensschutz . . . . .	1716
	f) Fristberechnung . . . . .	1717
9.	Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Versäumung der Berufungsbegründungsfrist . . . . .	1717
	a) Ausgangslage und Fallgruppen . . . . .	1717
	aa) Wiedereinsetzung bei Versagung der Fristverlängerung . . . . .	1718
	bb) Wiedereinsetzung bei falscher Fristennotierung . . . . .	1718
	cc) Wiedereinsetzung bei Übermittlungsproblemen . . . . .	1720
	c) Wiedereinsetzungsfrist . . . . .	1720
	d) Wiedereinsetzungsantrag . . . . .	1720
	e) Wiedereinsetzungs begründung . . . . .	1721
	f) Nachholen der Berufungsbegründung . . . . .	1721
	g) Umdeutung . . . . .	1721
10.	Berufungsbegründung . . . . .	1722
	a) Ausgangslage . . . . .	1722
	b) Berufungsanträge . . . . .	1724
	aa) Bedeutung des Sachantrags . . . . .	1724
	bb) Sachantrag . . . . .	1725
	cc) Zurückverweisungsantrag . . . . .	1726
	dd) Kostenantrag und Anregung der Zulassung der Revision . . . . .	1728
	ee) Vollstreckungsschutzanträge . . . . .	1728
	c) Begründung der Berufung mit einer Rechtsverletzung gem. § 520 Abs. 3 S. 2 Nr. 2 ZPO . . . . .	1729
	aa) Ausgangslage . . . . .	1729
	bb) Verstoß gegen verfahrensrechtliche Vorschriften . . . . .	1729
	cc) Verstoß gegen materiellrechtliche Bestimmungen . . . . .	1732
	d) Begründung der Berufung wegen fehlerhafter Tatsachenfest- stellung gem. § 520 Abs. 3 S. 2 Nr. 3 ZPO . . . . .	1733
	aa) Ausgangslage . . . . .	1733
	bb) Berufungsangriff gegen die tatsächlichen Feststellungen . . . . .	1735
	cc) Berufungsangriff gegen die Beweiswürdigung . . . . .	1736
	e) Begründung der Berufung mit neuen Angriffs- und Verteidi- gungsmitteln gem. § 520 Abs. 3 S. 2 Nr. 4 ZPO . . . . .	1737
	aa) Ausgangslage . . . . .	1737
	bb) Ausschluss rechtmäßig zurückgewiesener Angriffs- und Verteidigungsmittel . . . . .	1738
	cc) Neue Angriffs- und Verteidigungsmittel . . . . .	1738

dd)	Erstinstanzlich übersehenes oder für unerheblich gehaltenes Vorbringen (§ 531 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 ZPO)	1740
ee)	Infolge eines Verfahrensmangels nicht gehaltenes Vorbringen (§ 531 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 ZPO)	1741
ff)	Ohne Nachlässigkeit erstinstanzlich unterlassenes Vorbringen (§ 531 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 ZPO)	1742
f)	Klageänderung, Aufrechnung und Widerklage	1744
aa)	Ausgangslage	1744
bb)	Keine isolierte Klageänderung, Aufrechnung oder Widerklage	1745
cc)	Ausnahmefälle	1745
dd)	Zulässigkeitsanforderungen	1745
ee)	Wirkungslosigkeit	1747
g)	Bezugnahmeverbot	1747
h)	Unterschrift des Berufungsanwalts	1748
i)	Angabe des Beschwerdewertes und Stellungnahme zur Übertragung des Rechtsstreits auf den entscheidenden Einzelrichter	1748
11.	Schriftsätzlicher Vortrag nach der Berufungsbegründungsschrift	1749
a)	Ausgangslage	1749
b)	Präklusion in der Berufungsinstanz	1749
aa)	Unzureichende Berufungsbegründung	1749
bb)	Neues unstreitiges Vorbringen	1749
cc)	Zurückweisung von Angriffs- und Verteidigungsmitteln	1749
c)	Stellungnahme zum Hinweis nach § 522 Abs. 2 ZPO	1752
aa)	Ausgangslage	1752
bb)	Auseinandersetzung mit den Hinweisen	1752
cc)	Anfechtbarkeit	1753
d)	Stellungnahme zur Berufungserwiderung	1754
e)	Stellungnahme zum Ergebnis einer Beweisaufnahme	1754
f)	Stellungnahme aufgrund eines Schriftsatzrechts	1755
g)	Flucht in die Säumnis	1755
h)	Berufungsrücknahme	1756
i)	Erledigungserklärung	1756
II.	Sicht des Berufungsbeklagten	1757
1.	Ausgangssituation	1757
2.	Fristenkontrolle	1758
a)	Ausgangslage	1758
b)	Berufungserwiderungsfrist und Anschlussberufungsfrist	1758
aa)	Fristsetzung	1758
bb)	Ausbleibende Fristsetzung	1759
cc)	Anwaltsgebühren bei Anschlussberufung	1759
c)	Klagefrist für die Wiederaufnahmeklage	1759
3.	Prozesskostenhilfeantrag	1760
4.	Deckungsschutzanfrage	1761

5.	Berufungserwiderung . . . . .	1761
	a) Berufungserwiderungsfrist . . . . .	1761
	aa) Fristsetzung . . . . .	1761
	bb) Ausbleibende Fristsetzung . . . . .	1762
	b) Anträge in der Berufungserwiderung . . . . .	1762
	aa) Anträge zur Sache . . . . .	1762
	bb) Nebenanträge . . . . .	1762
	c) Begründung der Berufungserwiderung . . . . .	1762
	aa) Rechtliche Ausführungen . . . . .	1763
	bb) Tatsachenvortrag . . . . .	1764
	d) Bezugnahme auf erstinstanzlichen Vortrag . . . . .	1765
	e) Unterschrift . . . . .	1765
6.	Einlegung und Begründung der Anschlussberufung . . . . .	1766
	a) Statthaftigkeit und Parteien der Anschlussberufung . . . . .	1766
	b) Anschlussberufungsfrist . . . . .	1767
	c) Anschlussberufungsschrift . . . . .	1768
	aa) Inhalt . . . . .	1768
	bb) Klageänderung und Widerklage . . . . .	1768
	cc) Hilfsweise Einlegung . . . . .	1768
	d) Akzessorietät der Anschlussberufung . . . . .	1769
	e) Kosten der Anschlussberufung . . . . .	1770
	aa) Unzulässigkeit der Hauptberufung . . . . .	1770
	bb) Zurückweisung der Hauptberufung nach § 522 Abs. 2 ZPO . . . . .	1770
	cc) Berufungsrücknahme vor Einlegung der Anschluss- berufung . . . . .	1771
	dd) Berufungsrücknahme nach Einlegung der Anschluss- berufung . . . . .	1771
	ee) Verwerfung oder Zurückweisung der Anschlussberufung . . . . .	1771
	f) Verhältnis von Anschlussberufung und Nichtigkeits- bzw. Wiederaufnahmeklage . . . . .	1771
7.	Schriftsätzlicher Vortrag nach der Anschlussberufungs- und der Berufungsbegründungsschrift . . . . .	1772
C.	Muster . . . . .	1773
	I. Muster: Isolierter Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe für ein Berufungsverfahren . . . . .	1773
	II. Muster: Mit der Berufungseinlegung kombinierter Antrag auf Bewilli- gung von Prozesskostenhilfe . . . . .	1773
	III. Muster: Wiedereinsetzungsantrag nach der Bewilligung von Prozesskos- tenhilfe nach Ablauf der Berufungsfrist und vor Ablauf der Berufungs- begründungsfrist . . . . .	1774
	IV. Muster: Wiedereinsetzungsantrag bei Bewilligung von Prozesskosten- hilfe nach Ablauf der Berufungsbegründungsfrist für die versäumte Berufungseinlegung . . . . .	1775

V. Muster: Wiedereinsetzungsantrag bei Bewilligung von Prozesskostenhilfe nach Ablauf der Berufungsbegründungsfrist für die versäumte Berufungsbegründung . . . . .	1776
VI. Muster: Deckungsschutzanfrage für die Einlegung der Berufung . . . . .	1777
VII. Muster: Deckungsschutzanfrage für die Durchführung des Berufungsverfahrens . . . . .	1778
VIII. Muster: Stichentscheidung des Rechtsanwaltes bei Verneinung der Leistungspflicht des Versicherers . . . . .	1778
IX. Muster: Antrag auf Durchführung eines Schiedsgutachterverfahrens bei Verneinung der Leistungspflicht des Versicherers . . . . .	1779
X. Muster: Berufungsschrift des Klägers . . . . .	1780
XI. Muster: Schreiben an den erstinstanzlichen Bevollmächtigten des Berufungsbeklagten vor Berufung zur Fristwahrung (Stillhalteabkommen) . . . . .	1781
XII. Muster: Mitteilung zur Durchführung des Berufungsverfahrens . . . . .	1781
XIII. Muster: Berufungsschrift des Beklagten „zur Fristwahrung“ . . . . .	1782
XIV. Muster: Berufungsschrift einzelner Streitgenossen (auf Klägerseite) . . . . .	1782
XV. Muster: Berufungsschrift bei notwendiger Streitgenossenschaft (auf Klägerseite) . . . . .	1783
XVI. Muster: Berufungsschrift des erstinstanzlich unberücksichtigten notwendigen Streitgenossen . . . . .	1784
XVII. Muster: Berufungsschrift des bereits erstinstanzlich beigetretenen nicht-selbstständigen Streithelfers zur Fristwahrung . . . . .	1785
XVIII. Muster: Berufungsschrift des in der ersten Instanz noch nicht beigetretenen unselbstständigen Streithelfers bei vorangegangener Streitverkündung zur Fristwahrung . . . . .	1786
XIX. Muster: Nebeninterventions- und Berufungsschrift des erstinstanzlich noch nicht beigetretenen unselbstständigen Streithelfers ohne vorangegangene Streitverkündung zur Fristwahrung . . . . .	1787
XX. Muster: Antrag auf Vorabentscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit gem. § 718 ZPO . . . . .	1788
XXI. Muster: Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung gem. § 719 Abs. 1 ZPO i.V.m. § 707 ZPO . . . . .	1789
XXII. Muster: Wiedereinsetzungsantrag bei versäumter Berufungsfrist, wenn nicht auch der Gegner selbstständige Berufung eingelegt hat . . . . .	1789
XXIII. Muster: Wiedereinsetzungsantrag bei Versäumung der Berufungsfrist, wenn auch der Gegner selbstständige Berufung eingelegt hat . . . . .	1790
XXIV. Muster: Erster Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist mit Einwilligung des Gegners . . . . .	1791
XXV. Muster: Erster Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist ohne Einwilligung des Berufungsbeklagten . . . . .	1792
XXVI. Muster: Zweiter Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist . . . . .	1793
XXVII. Muster: Berufungsbegründung und Wiedereinsetzungsantrag, wenn die Gegenseite keine selbstständige Berufung eingelegt hat . . . . .	1793

XXVIII. Muster: Berufungsbegründung und Wiedereinsetzungsantrag, wenn auch der Berufungsbeklagte selbstständige Berufung eingelegt hat . . . . .	1794
XXIX. Muster: Berufungsbegründung des Klägers (Antragsalternativen) . . . . .	1795
XXX. Muster: Berufungsbegründung des Klägers (Beispiel) . . . . .	1796
XXXI. Muster: Berufungsbegründung des Beklagten (Antragsalternativen) . . . . .	1798
XXXII. Muster: Berufungsbegründung mit dem (Hilfs-)Antrag auf Aufhebung und Zurückverweisung . . . . .	1799
XXXIII. Muster: Berufungsbegründung mit dem Antrag auf Aufhebung und Zurückverweisung . . . . .	1801
XXXIV. Muster: Fristverlängerungsantrag zum Hinweis nach § 522 Abs. 2 ZPO . . . . .	1802
XXXV. Muster: Stellungnahme zum Hinweis nach § 522 Abs. 2 ZPO . . . . .	1802
XXXVI. Muster: Stellungnahme zur Berufungserwiderung . . . . .	1804
XXXVII. Muster: Stellungnahme zum Ergebnis der Beweisaufnahme . . . . .	1804
XXXVIII. Muster: Stellungnahme aufgrund eines Schriftsatznachlasses . . . . .	1805
XXXIX. Muster: Einspruch gegen das Versäumnisurteil durch den Beklagten . . . . .	1805
XL. Muster: Einspruch gegen das Versäumnisurteil durch den Kläger . . . . .	1806
XLI. Muster: Einspruch gegen ein Versäumnisurteil und Antrag auf Fristverlängerung . . . . .	1807
XLII. Muster: Berufungszurückweisungsantrag mit Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe . . . . .	1808
XLIII. Muster: Berufungserwiderung mit Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe . . . . .	1808
XLIV. Muster: Deckungsschutzanfrage des Berufungsbeklagten . . . . .	1809
XLV. Muster: Anschlussberufung des Beklagten bei teilweise erfolgreicher Klage . . . . .	1810
XLVI. Muster: Anschlussberufung des Beklagten zur Widerklageerhebung . . . . .	1810
XLVII. Muster: Anschlussberufung des Klägers bei teilweise erfolgreicher Klage . . . . .	1811
XLVIII. Muster: Anschlussberufung des Klägers bei Klageerweiterung . . . . .	1812
XLIX. Muster: Hilfsanschlussberufung . . . . .	1813
L. Muster: Anschlussberufung gegen die Kostenentscheidung . . . . .	1814
LI. Muster: Antrag auf Verlängerung der Berufungserwiderungsfrist . . . . .	1814
LII. Muster: Berufungserwiderung des Klägers (Antragsalternativen) . . . . .	1815
LIII. Muster: Berufungserwiderung des Beklagten (Antragsalternativen) . . . . .	1816
LIV. Muster: Berufungserwiderung mit (Hilfs-)Aufhebungs- und Zurückweisungsantrag des Klägers oder des Beklagten . . . . .	1817
LV. Muster: Äußerungen zur Stellungnahme auf die Berufungserwiderung . . . . .	1817
LVI. Muster: Einspruch des Berufungsbeklagten gegen ein Versäumnisurteil und Antrag auf Fristverlängerung . . . . .	1818
LVII. Muster: Einspruch des Berufungsbeklagten gegen ein Versäumnisurteil mit Einspruchsbegründung . . . . .	1818
<b>§ 18 Das Beschwerderecht . . . . .</b>	<b>1821</b>
A. Einleitung . . . . .	1824
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	1825

I. Die sofortige Beschwerde nach der ZPO . . . . .	1825
1. Die Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde . . . . .	1825
a) Die Zulassung der sofortigen Beschwerde im Gesetz . . . . .	1826
b) Die Statthaftigkeit aufgrund der Zurückweisung eines Antrags . . . . .	1828
2. Die Zuständigkeit für die Entscheidung über die sofortige Beschwerde . . . . .	1830
3. Die Frist der sofortigen Beschwerde . . . . .	1831
4. Die Form der sofortigen Beschwerde . . . . .	1833
5. Sofortige Beschwerde setzt Beschwer voraus . . . . .	1835
a) Die allgemeine Beschwer . . . . .	1835
b) Die Beschwer bei Kostensachen . . . . .	1835
c) Die Beschwer bei Beschränkung der Rechtsmittel in der Hauptsache . . . . .	1837
6. Das Abhilfeverfahren . . . . .	1837
7. Der Prüfungsumfang und die Entscheidung des Beschwerdegerichts . . . . .	1840
a) Neues Vorbringen ist möglich . . . . .	1840
b) Sofortige Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung . . . . .	1841
c) Die Möglichkeiten des Beschwerdegegners . . . . .	1842
d) Die Entscheidung über die sofortige Beschwerde . . . . .	1843
8. Die Besonderheiten der Beschwerde im Prozesskostenhilfverfahren . . . . .	1844
9. Die Anschlussbeschwerde . . . . .	1846
10. Keine außerordentliche Beschwerde wegen greifbarer Gesetzeswidrigkeit . . . . .	1847
11. Die Kosten des sofortigen Beschwerdeverfahrens . . . . .	1848
a) Die Gerichtsgebühren . . . . .	1848
b) Die Rechtsanwaltsgebühren . . . . .	1848
II. Die Rechtsbeschwerde . . . . .	1849
1. Die Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde . . . . .	1849
a) Die grundsätzliche Bedeutung der Sache . . . . .	1852
b) Die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung . . . . .	1853
c) Keine Zulassung bei Unanfechtbarkeit . . . . .	1853
2. Die Zuständigkeit für die Rechtsbeschwerde . . . . .	1854
3. Form und Frist der Rechtsbeschwerde . . . . .	1855
4. Das Rechtsbeschwerdeverfahren . . . . .	1856
5. Einstweiliger Rechtsschutz im Rechtsbeschwerdeverfahren . . . . .	1856
6. Die Kosten des Rechtsbeschwerdeverfahrens . . . . .	1857
III. Grundzüge des Beschwerdeverfahrens nach dem FamFG . . . . .	1857
1. Einleitung . . . . .	1857
2. Der Instanzenzug . . . . .	1858
3. Die Beschwerde nach dem FamFG . . . . .	1858
a) Die Statthaftigkeit der Beschwerde . . . . .	1858
b) Die Beschwerdeberechtigten . . . . .	1859
c) Die notwendige Beschwer und die Zulassung der Beschwerde . . . . .	1859

d) Die Beschwerdefrist . . . . .	1860
e) Die Einlegung der Beschwerde und das Verfahren . . . . .	1860
4. Die Anschlussbeschwerde . . . . .	1861
5. Die Rechtsbeschwerde . . . . .	1861
6. Sonderregelungen in Ehe- und Familienstreitsachen . . . . .	1862
C. Muster . . . . .	1864
I. Muster: Sofortige Beschwerde gegen eine amtsgerichtliche Entscheidung zum Landgericht – Grundmuster . . . . .	1864
II. Muster: Sofortige Beschwerde gegen eine landgerichtliche Entscheidung zum Oberlandesgericht – Grundmuster . . . . .	1866
III. Muster: Anschlussbeschwerde des Beschwerdegegners . . . . .	1868
IV. Muster: Sofortige Beschwerde gegen die Zurückweisung eines Ablehnungsgesuchs gem. § 46 Abs. 2 ZPO . . . . .	1870
V. Muster: Sofortige Beschwerde nach § 91a Abs. 2 ZPO . . . . .	1872
VI. Muster: Sofortige Beschwerde nach § 99 Abs. 2 ZPO . . . . .	1873
VII. Muster: Sofortige Beschwerde gegen die Ablehnung des Antrags auf Fristsetzung nach § 109 Abs. 1 ZPO . . . . .	1875
VIII. Muster: Sofortige Beschwerde nach § 252 ZPO gegen eine Entscheidung nach §§ 239 ff., 148 ff. ZPO . . . . .	1877
IX. Muster: Sofortige Beschwerde gegen die Kostenentscheidung nach § 269 Abs. 3 S. 3 ZPO . . . . .	1878
X. Muster: Sofortige Beschwerde gegen die Ablehnung der Hinausschiebung der Urteilszustellung nach § 317 Abs. 1 S. 3 ZPO . . . . .	1881
XI. Muster: Sofortige Beschwerde nach § 319 Abs. 3 ZPO gegen einen Berichtigungsbeschluss . . . . .	1883
XII. Muster: Sofortige Beschwerde des Zeugen gegen die Auferlegung der Kosten und die Verhängung von Ordnungsmitteln nach § 380 Abs. 3 ZPO . . . . .	1885
XIII. Muster: Sofortige Beschwerde nach § 387 Abs. 3 ZPO gegen ein Zwischenurteil über das Bestehen eines Zeugnisverweigerungsrechts . . . . .	1887
XIV. Muster: Sofortige Beschwerde des Beweisführers nach § 387 Abs. 3 ZPO gegen ein Zwischenurteil über das Bestehen eines Zeugnisverweigerungsrechts . . . . .	1889
XV. Muster: Sofortige Beschwerde gegen die Verpflichtung zur Vorlage eines Augenscheinsobjekts nach §§ 371, 144, 387 Abs. 3 ZPO . . . . .	1891
XVI. Muster: Sofortige Beschwerde gegen die Zurückweisung des Antrags auf Ablehnung eines Sachverständigen nach § 406 Abs. 5 ZPO . . . . .	1893
XVII. Muster: Sofortige Beschwerde des Sachverständigen gegen die Auferlegung eines Ordnungsgeldes nach §§ 411 Abs. 2 S. 4, 409 Abs. 2 ZPO . . . . .	1895
XVIII. Muster: Isolierter Antrag auf Übertragung der Beschwerdeentscheidung auf die Kammer oder den Senat nach § 568 S. 2 ZPO . . . . .	1897
XIX. Muster: Isolierter Antrag auf Aussetzung der Vollziehung der angefochtenen Entscheidung nach § 570 Abs. 2 ZPO . . . . .	1898
XX. Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 570 Abs. 3 ZPO . . . . .	1899

XXI. Muster: Sofortige Beschwerde bei Vorliegen eines Nichtigkeits- oder Restitutionsgrundes . . . . .	1900
XXII. Muster: Beschwerde im Prozesskostenhilfverfahren . . . . .	1903
XXIII. Muster: Anschreiben an einen beim BGH zugelassenen Rechtsanwalt zur Einlegung der Rechtsbeschwerde . . . . .	1905
XXIV. Muster: Befristete Beschwerde gegen eine amtsgerichtliche Endentscheidung nach §§ 58 ff. FamFG – Grundmuster . . . . .	1906
XXV. Muster: Befristete Beschwerde gegen eine amtsgerichtliche Endentscheidung in Ehe- und Familienstreitverfahren . . . . .	1908
XXVI. Muster: Fristverlängerungsgesuch Beschwerdebegründung ohne Zustimmung des Gegners . . . . .	1908
XXVII. Muster: Weiteres Fristverlängerungsgesuch Beschwerdebegründung mit Zustimmung des Gegners . . . . .	1909
XXVIII. Muster: Beschwerdebegründung im Sinne des § 117 FamFG . . . . .	1910
<b>§ 19 Das Revisionsrecht – die Übergabe an den Revisionsanwalt . . . . .</b>	<b>1911</b>
A. Einleitung . . . . .	1913
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	1914
I. Die Revision aus der Sicht des Revisionsklägers . . . . .	1914
1. Vorüberlegungen . . . . .	1914
a) Die Revisionszulassung . . . . .	1914
b) Die inhaltlichen Mindestanforderungen . . . . .	1915
c) Neue Tatsachen in der Revisionsinstanz . . . . .	1919
d) Das Revisionsgericht . . . . .	1919
2. Die Zulassung der Revision durch das Berufungsgericht . . . . .	1919
a) Die anwaltliche Vorgehensweise . . . . .	1919
b) Die Zulassungskompetenz des Berufungsgerichts . . . . .	1920
c) Beschränkte Revisionszulassung . . . . .	1920
d) Risiken bei beschränkter Zulassung der Revision durch das Berufungsgericht . . . . .	1921
e) Vortrag zu den Zulassungsgründen in der Berufungsinstanz . . . . .	1922
f) Rechtsbehelfe gegen die Nichtzulassung der Revision . . . . .	1922
3. Die Fristenkontrolle . . . . .	1923
a) Ausgangslage . . . . .	1923
b) Die Tatbestandsberichtigungsfrist . . . . .	1923
c) Die Urteilsergänzungsfrist . . . . .	1924
d) Die Revisionsfrist bei Zulassung der Revision . . . . .	1924
e) Die Einlegungsfrist für die Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	1924
f) Der Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung . . . . .	1925
4. Die Übergabe an den Revisionsanwalt . . . . .	1925
a) Vorüberlegungen . . . . .	1925
b) Prozesshandlungen zur Vorbereitung der Revision vor dem Berufungsgericht . . . . .	1925
c) Der maßgebliche Zeitpunkt für die Beauftragung des Revisionsanwalts . . . . .	1926

d)	Die Mitwirkung bei der zur Durchführung des Revisionsverfahrens erforderlichen Entscheidungsfindung . . . . .	1927
e)	Die Rechtsanwaltsgebühren für die Stellungnahme zu den Erfolgsaussichten der Revision . . . . .	1927
f)	Das Auftragschreiben an den Revisionsanwalt . . . . .	1927
g)	Die Entlassung aus der Fristenkontrolle . . . . .	1928
5.	Die Sprungrevision . . . . .	1928
a)	Ausgangslage . . . . .	1928
b)	Die Einwilligung des Gegners . . . . .	1928
c)	Die Zulassung der Sprungrevision durch das Revisionsgericht . . . . .	1929
II.	Die Revision aus der Sicht des Revisionsbeklagten . . . . .	1929
1.	Vorüberlegungen . . . . .	1929
a)	Präventiver Schutz durch Revisionszulassung . . . . .	1929
b)	Die Einwilligungsverweigerung gegen die Verlängerung der Frist zur Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	1929
c)	Die Gelegenheit zur Stellungnahme auf die Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	1930
d)	Die Einwilligungsverweigerung für die Verlängerung der Revisionsbegründungsfrist . . . . .	1930
e)	Die Revisionserwiderung . . . . .	1930
f)	Die Anschlussrevision . . . . .	1930
g)	Der Antrag, das Berufungsurteil im nicht angefochtenen Umfang für vorläufig vollstreckbar zu erklären . . . . .	1930
h)	Die Säumnis des Revisionsbeklagten in der Revisionsinstanz . . . . .	1931
2.	Die Fristenkontrolle . . . . .	1931
a)	Ausgangslage . . . . .	1931
b)	Die Tatbestandsberichtigungsfrist . . . . .	1931
c)	Die Urteilsergänzungsfrist . . . . .	1931
d)	Die Frist zur Stellungnahme auf die Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	1932
e)	Abhilfefrist bei Revisionszulassung ohne vorherige Möglichkeit zur Stellungnahme . . . . .	1932
f)	Die Frist zur Einlegung und Begründung der Anschlussrevision . . . . .	1932
g)	Die Revisionserwiderungsfrist . . . . .	1932
h)	Der Antrag auf vorläufige Vollstreckbarkeit . . . . .	1932
3.	Die Übergabe an den Revisionsanwalt . . . . .	1933
a)	Ausgangslage . . . . .	1933
b)	Prozesshandlungen zur Vorbereitung der Revisionserwiderung vor dem Berufungsgericht . . . . .	1933
c)	Die Beauftragung des Revisionsanwalts zur Abgabe einer Stellungnahme auf die Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	1933
d)	Die Übergabe an den Revisionsanwalt nach Zustellung der Revisionsbegründung . . . . .	1934
4.	Die Sprungrevision aus der Sicht des Revisionsbeklagten . . . . .	1934

C. Muster	1935
I. Muster für den Revisionskläger: Urteilsübersendung an die Partei bei Revisionszulassung durch das Berufungsgericht	1935
II. Muster für den Revisionskläger bei rechtmäßigerweise teilweiser Revisionszulassung durch das Berufungsgericht	1935
III. Muster für den Revisionskläger: Urteilsübersendung bei zweifelhafter Beschränkung der Revisionszulassung durch das Berufungsgericht	1936
IV. Muster für den Revisionskläger: Urteilsübersendung ohne Revisionszulassung	1937
V. Muster für den Revisionskläger: Gutachten über die Erfolgsaussichten der Revision	1938
VI. Muster für den Revisionskläger: Revisionsauftrag bei uneingeschränkter Revisionszulassung durch das Revisionsgericht	1938
VII. Muster für den Revisionskläger: Revisionsauftrag bei beschränkter Revisionszulassung durch das Revisionsgericht	1939
VIII. Muster für den Revisionskläger: Auftrag zur Anfertigung der Nichtzulassungsbeschwerde gegen Urteile ohne Revisionszulassung	1940
IX. Muster für den Revisionskläger: Anschreiben an den Gegner mit der Bitte, in die Übergehung des Berufungsverfahrens einzuwilligen	1940
X. Muster für den Revisionskläger: Auftrag zur Anfertigung des Antrags auf Zulassung der Sprungrevision	1941
XI. Muster für den Revisionsbeklagten: Urteilsübersendung bei Revisionszulassung	1942
XII. Muster für den Revisionsbeklagten: Urteilsübersendung ohne Revisionszulassung	1942
XIII. Muster für den Revisionsbeklagten: Die Übersendung der Nichtzulassungsbeschwerde an den Mandanten	1943
XIV. Muster für den Revisionsbeklagten: Die Übersendung der Beschwerdebegründung bei offensichtlich fehlenden Erfolgsaussichten	1943
XV. Muster für den Revisionsbeklagten: Die Übersendung der Beschwerdebegründung bei nicht auszuschließenden Erfolgsaussichten	1945
XVI. Muster für den Revisionsbeklagten: Übersendung der Revisionszulassung ohne vorherige Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 544 Abs. 3 ZPO	1946
XVII. Muster für den Revisionsbeklagten: Die Übersendung der Revisionszulassung, wenn noch kein Revisionsanwalt eingeschaltet worden ist	1947
XVIII. Muster für den Revisionsbeklagten: Übersendung der Revisionsbegründung (oder des Schriftsatzes, mit dem zur Begründung der Revision auf die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde Bezug genommen wird), wenn Anschlussrevision eingelegt werden soll	1948
XIX. Muster für den Revisionsbeklagten: Die Beauftragung des Revisionsanwalts zur Abgabe einer Stellungnahme auf die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde	1948
XX. Muster für den Revisionsbeklagten: Die Beauftragung des Revisionsanwalts bei Revisionszulassung ohne vorherige Möglichkeit zur Stellungnahme gem. § 544 Abs. 3 ZPO	1949

XXI. Muster für den Revisionsbeklagten: Die Beauftragung eines Revisionsanwalts zur Anfertigung der Anschlussrevision . . . . .	1950
XXII. Muster für den Revisionsbeklagten: Die Beauftragung des Revisionsanwalts nach Vorlage der Revisionsbegründung (oder Bezugnahme auf die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde) . . . . .	1950
XXIII. Muster für den Revisionsbeklagten: Anschreiben an den Mandanten vor Einwilligung in die Übergehung der Berufungsinstanz bei der Sprungrevision . . . . .	1951
<b>§ 20 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . . . . .</b>	<b>1953</b>
A. Einleitung . . . . .	1955
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	1956
I. Folgen einer Fristversäumung . . . . .	1956
II. Versäumung einer Frist i.S.d. § 233 ZPO . . . . .	1959
III. Die Säumnis . . . . .	1963
1. Einwendungen gegen den Fristbeginn . . . . .	1963
2. Einwendungen gegen die Säumnis . . . . .	1965
IV. Das fehlende Verschulden . . . . .	1966
1. Einleitung . . . . .	1966
2. Das eigene Verschulden der Partei . . . . .	1968
3. Das Verschulden eines Vertreters der Partei . . . . .	1969
4. Schuldhaftes Verhalten des Hilfspersonals des Vertreters und sonstiger Dritter . . . . .	1971
V. Die fehlende Kausalität der verschuldeten Säumnis . . . . .	1973
VI. Einzelfälle . . . . .	1974
1. Verstöße bei der Fristenbearbeitung . . . . .	1974
2. Die versäumte Berufungs- und Berufungsbegründungsfrist . . . . .	1978
3. Die Beantragung von Prozesskostenhilfe zur Einlegung eines Rechtsmittels . . . . .	1980
4. Die versäumte Berufungsfrist – Anschlussberufung . . . . .	1985
VII. Das Wiedereinsetzungsverfahren . . . . .	1986
1. Form der Wiedereinsetzung . . . . .	1986
2. Die Frist für das Wiedereinsetzungsgesuch . . . . .	1987
3. Die Begründung des Wiedereinsetzungsgesuchs . . . . .	1989
4. Die Vornahme der versäumten Prozesshandlung . . . . .	1993
5. Die Kosten des Wiedereinsetzungsverfahrens . . . . .	1994
VIII. Rechtsmittel im Verfahren über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . . . . .	1995
C. Muster . . . . .	1998
I. Muster: Darlegung der fehlenden Säumnis mangels laufender Frist . . . . .	1998
II. Muster: Darlegung der fehlenden Säumnis wegen rechtzeitiger Vornahme der fristgebundenen Prozesshandlung . . . . .	1999
III. Muster: Wiedereinsetzungsantrag für die Frist zur Abgabe der Verteidigungsanzeige nach Erlass eines Versäumnisurteils . . . . .	2000
IV. Muster: Antrag auf Wiedereinsetzung in die Frist zur Abgabe der Verteidigungsanzeige vor Erlass eines Versäumnisurteils . . . . .	2003

V. Muster: Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Versäumung der Einspruchsfrist gegen ein Versäumnisurteil . . . . .	2004
VI. Muster: Stellungnahme des Antragsgegners zum Wiedereinsetzungsantrag in die Einspruchsfrist gegen ein Versäumnisurteil . . . . .	2006
VII. Muster: Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bezüglich der Berufungs- und der Berufungsbegründungsfrist . . . . .	2008
VIII. Muster: Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand allein bezüglich der Berufungsbegründungsfrist . . . . .	2010
IX. Muster: Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bezüglich der Berufungsfrist bei einem Antrag auf Prozesskostenhilfe . . . . .	2011
X. Muster: Belehrung des Mandanten über Mitteilung von Veränderungen der wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse . . . . .	2013
XI. Muster: Antrag auf Wiedereinsetzung in die Berufungsfrist nach Rücknahme des Prozesskostenhilfeantrags wegen veränderter Umstände . . . . .	2014
XII. Muster: Wiedereinsetzungsantrag nach der Versäumung der Notfrist zur Verweigerung der Zustimmung zur Klagerücknahme . . . . .	2016
XIII. Muster: Wiedereinsetzungsantrag nach der Versäumung der Notfrist zur Erklärung der Erledigung der Hauptsache . . . . .	2018
XIV. Muster: Sofortige Beschwerde gegen die durch besonderen Beschluss des Gerichts verweigerte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . . . . .	2019
<b>§ 21 Die Wiederaufnahme des Verfahrens . . . . .</b>	<b>2021</b>
A. Einleitung . . . . .	2023
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	2024
I. Überblick . . . . .	2024
1. Abgrenzungen . . . . .	2024
a) Abgrenzung gegenüber der Anhörungsrüge nach § 321a ZPO . . . . .	2024
b) Abgrenzung gegenüber der Vollstreckungsabwehrklage gem. § 767 ZPO . . . . .	2024
c) Abgrenzung gegenüber der Klage aus § 826 BGB . . . . .	2025
d) Abgrenzung gegenüber einem aus § 79 BVerfGG abgeleiteten Vollstreckungsverbot . . . . .	2025
2. Die Dreistufigkeit des Wiederaufnahmeverfahrens . . . . .	2026
a) Prüfung der verfahrensrechtlichen Zulässigkeit (1. Stufe) . . . . .	2026
b) Die Begründetheit der Wiederaufnahmeklage (2. Stufe) . . . . .	2026
c) Die Fortsetzung und Beendigung des alten Prozesses (3. Stufe) . . . . .	2026
3. Der Tatsachenvortrag im Wiederaufnahmeverfahren . . . . .	2027
4. Das für die Wiederaufnahme zuständige Gericht . . . . .	2027
5. Versäumnisurteil im Wiederaufnahmeverfahren . . . . .	2028
II. Erste Stufe: Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	2028
1. Ausgangslage . . . . .	2028
2. Die Statthaftigkeit der Wiederaufnahme . . . . .	2029
3. Notwendige Form der Wiederaufnahmeklageschrift . . . . .	2030
4. Die Klagefrist . . . . .	2031
a) Ausgangslage . . . . .	2031
b) Fristbeginn . . . . .	2031

c) Fristende . . . . .	2031
d) Die Unstatthaftigkeit der Wiederaufnahmeklage nach Ablauf der Fünfjahresfrist . . . . .	2032
5. Die Klagebefugnis . . . . .	2032
6. Die Beschwer . . . . .	2033
7. Die Subsidiarität . . . . .	2033
III. Zweite Stufe: Die Begründetheit der Wiederaufnahmeklage als Nichtigkeits- klage . . . . .	2034
1. Ausgangslage . . . . .	2034
2. Die Ungesetzlichkeit der Richterbank . . . . .	2034
3. Mitwirkung eines ausgeschlossenen Richters . . . . .	2035
4. Ablehnung eines Richters . . . . .	2035
5. Vertretungsmängel . . . . .	2035
IV. Zweite Stufe: Die Wiederaufnahmeklage als Restitutionsklage . . . . .	2037
1. Ausgangslage . . . . .	2037
2. Die falsche eidliche Parteiaussage . . . . .	2037
3. Die Urkundenfälschung . . . . .	2038
4. Falsches Zeugnis oder Gutachten . . . . .	2038
5. Die Urteilserschleichung . . . . .	2038
6. Die Amtspflichtverletzung eines Richters . . . . .	2039
7. Die Urteilsaufhebung . . . . .	2040
8. Das Auffinden eines früheren Urteils . . . . .	2040
9. Das Auffinden einer anderen Urkunde . . . . .	2041
10. Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention . . . . .	2044
V. Die im Wiederaufnahmeverfahren zu stellenden Anträge . . . . .	2045
1. Ausgangslage . . . . .	2045
2. Der Aufhebungsantrag . . . . .	2045
3. Die Anträge im Wiederaufnahmeverfahren vor dem erstinstanzlichen Gericht . . . . .	2045
4. Die Anträge im Wiederaufnahmeverfahren vor dem Berufungsgericht . . . . .	2046
5. Die Anträge im Wiederaufnahmeverfahren vor dem Revisionsgericht . . . . .	2046
VI. Der notwendige Inhalt der Wiederaufnahmeschrift . . . . .	2046
1. Ausgangslage . . . . .	2046
2. Die für alle Wiederaufnahmeklagen zu beachtenden Mindestanfor- derungen . . . . .	2047
3. Besonderheiten für Restitutionsklagen im Allgemeinen . . . . .	2047
4. Besonderheiten für Restitutionsklagen nach § 580 Nr. 1–5 ZPO . . . . .	2047
5. Besonderheiten für die Restitutionsklage nach § 580 Nr. 7b ZPO . . . . .	2048
6. Besonderheiten für die Restitutionsklage nach § 580 Nr. 8 ZPO . . . . .	2048
VII. Die Rechtsanwaltsgebühren im Wiederaufnahmeverfahren . . . . .	2048
C. Muster . . . . .	2049
I. Muster: Nichtigkeitsklage bei ausschließlicher Zuständigkeit des erstinstanz- lichen Gerichts . . . . .	2049
II. Muster: Nichtigkeitsklage bei ausschließlicher Zuständigkeit des Berufungs- gerichts . . . . .	2051

III. Muster: Restitutionsklage bei ausschließlicher Zuständigkeit des erstinstanzlichen Gerichts . . . . .	2053
IV. Muster: Restitutionsklage bei ausschließlicher Zuständigkeit des Berufungsgerichts . . . . .	2055
V. Muster: Wiederaufnahmeklage bei notwendiger Streitgenossenschaft . . . . .	2056
VI. Muster: Wiederaufnahmeklage beim unberücksichtigt gebliebenen notwendigen Streitgenossen . . . . .	2057
VII. Muster: Wiederaufnahmeklage des bereits erstinstanzlich beigetretenen, nicht-selbstständigen Streithelfers . . . . .	2058
VIII. Muster: Wiederaufnahmeklage des noch nicht beigetretenen unselbstständigen Streithelfers, dem der Streit bereits verkündet wurde . . . . .	2059
IX. Muster: Wiederaufnahmeklage des erstinstanzlich noch nicht beigetretenen unselbstständigen Streithelfers ohne vorangegangene Streitverkündung . . . . .	2060
<b>§ 22 Das familiengerichtliche Verfahren . . . . .</b>	<b>2061</b>
1. Teil: Mandatierung in der Trennungssituation . . . . .	2066
A. Einleitung . . . . .	2066
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	2066
I. Aufklärung des Mandanten über die rechtlichen Folgen der Trennung . . . . .	2066
II. Allgemeine Checkliste für die Mandatsaufnahme in der Trennungssituation . . . . .	2069
III. Der Unterhaltsprozess . . . . .	2070
1. Materiell-rechtliche Grundzüge des Unterhaltsrechts . . . . .	2070
a) Unterhaltstatbestände . . . . .	2070
b) Der Bedarf des Unterhaltsgläubigers . . . . .	2071
c) Die Bedürftigkeit des Unterhaltsgläubigers . . . . .	2073
d) Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners . . . . .	2074
e) Die Berechnung des Ehegattenunterhalts . . . . .	2078
f) Neue Partnerbeziehung des Unterhaltsberechtigten . . . . .	2080
g) Verwirkung des Unterhaltsanspruchs . . . . .	2080
2. Prozessführung in Trennungsunterhaltsverfahren außerhalb des Scheidungsverbundes . . . . .	2081
a) Inverzugsetzen des Unterhaltsschuldners . . . . .	2081
b) Welches Gericht ist zuständig? . . . . .	2082
c) Die Unterhaltsverfahrensarten außerhalb des Scheidungsverbundverfahrens . . . . .	2083
aa) Leistungsantrag zur Geltendmachung von Trennungsunterhalt . . . . .	2083
bb) Stufenantrag zur Geltendmachung von Trennungsunterhalt . . . . .	2084
cc) Abänderungsverfahren zum Trennungsunterhalt, §§ 238 ff. FamFG . . . . .	2085
(1) Ziel des Abänderungsverfahrens . . . . .	2085
(2) Abänderbare Trennungsunterhaltstitel . . . . .	2086
(3) Identität der Beteiligten . . . . .	2087
(4) Abänderung gerichtlicher Endentscheidungen, § 238 FamFG . . . . .	2087
(5) Abänderung von Vergleichen und Urkunden, § 239 FamFG . . . . .	2089

(6) Abänderung von Entscheidungen nach §§ 237 und 253 FamFG . . . . .	2090
(7) Zuständigkeit des Gerichts . . . . .	2090
(8) Weitere notwendige Maßnahmen des unterhaltsverpflichteten Abänderungsantragstellers . . . . .	2090
dd) Das Vollstreckungsabwehrverfahren gegen den Trennungsunterhaltstitel . . . . .	2091
(1) Ziel des Vollstreckungsabwehrantrags . . . . .	2091
(2) Anwendbarkeit auf folgende Vollstreckungstitel . . . . .	2092
(3) Nachträglich entstandene Einwendungen, § 767 Abs. 2 ZPO . . . . .	2092
(4) Zuständigkeit des Gerichts . . . . .	2093
ee) Bereicherungsantragsverfahren zur Rückforderung zu viel gezahlten Trennungsunterhalts . . . . .	2093
(1) Ziel des Bereicherungsantragsverfahrens . . . . .	2093
(2) Materiell-rechtliche Besonderheiten . . . . .	2093
ff) Negatives Feststellungsverfahren, § 256 ZPO . . . . .	2094
(1) Ziel des Verfahrens . . . . .	2094
(2) Unzulässigkeit des Feststellungsverfahrens . . . . .	2094
(3) Verfahrensantrag . . . . .	2094
d) Vorläufiger Rechtsschutz wegen Trennungsunterhalts außerhalb des Scheidungsverfahrens . . . . .	2094
aa) Einstweilige Anordnung zur Zahlung von Trennungsunterhalt nach §§ 49 ff., 246 FamFG . . . . .	2095
(1) Verfahren der einstweiligen Anordnung . . . . .	2095
(2) Inhalt der einstweiligen Anordnung . . . . .	2096
(3) Geltungsdauer der einstweiligen Anordnung . . . . .	2096
(4) Abänderbarkeit der einstweiligen Anordnung . . . . .	2096
(5) Erzwingung eines Hauptsacheverfahrens, § 52 FamFG . . . . .	2097
bb) Einstweilige Anordnung zur Geltendmachung des Verfahrenskostenvorschussanspruchs im isolierten Trennungsunterhaltsverfahren . . . . .	2098
cc) Einstweilige Verfügung zur Geltendmachung von Trennungsunterhalt außerhalb des Scheidungsverfahrens . . . . .	2098
e) Rechtsmittel im Trennungsunterhaltsverfahren . . . . .	2098
IV. Steuerrechtliche Probleme in der Trennungszeit . . . . .	2099
1. Wahl der Veranlagungsart nach § 26 Abs. 1 EStG . . . . .	2099
2. Steuerliche Berücksichtigung von Unterhaltszahlungen an den dauernd getrennt lebenden Ehegatten . . . . .	2101
3. Das staatliche Kindergeld . . . . .	2103
V. Das Kindesunterhaltsverfahren . . . . .	2103
1. Materiell-rechtliche Grundlagen . . . . .	2103
a) Bedarf des Kindes, § 1610 Abs. 2 BGB . . . . .	2104
aa) Elementarunterhalt . . . . .	2105
bb) Mehrbedarf . . . . .	2106

cc) Sonderbedarf . . . . .	2106
b) Bedürftigkeit des unterhaltsberechtigten Kindes, § 1602 BGB . . . . .	2107
c) Ermittlung des relevanten Einkommens – Leistungsfähigkeit des Unterhaltsverpflichteten, § 1603 BGB . . . . .	2110
d) Verwirkung . . . . .	2111
2. Prozessführung in Kindesunterhaltsstreitigkeiten . . . . .	2111
a) Inverzugsetzen des Unterhaltsschuldners . . . . .	2111
b) Prozessführung . . . . .	2112
c) Unterhaltsverfahrensarten im Kindesunterhaltsprozess . . . . .	2115
C. Muster . . . . .	2115
I. Muster: Stufenmahnung . . . . .	2115
II. Muster: Außergerichtliche Abwehr von Unterhaltsansprüchen wegen mangelnder Leistungsfähigkeit (Mangelfall) . . . . .	2116
III. Muster: Außergerichtliche Geltendmachung von Elementar- und Alters- vorsorgeunterhalt in der Trennungszeit . . . . .	2117
IV. Muster: Geltendmachung von Trennungsunterhalt bei sehr guten Einkom- mensverhältnissen (Darlegung des konkreten Bedarfs) . . . . .	2118
V. Muster: Trennungsunterhaltsantrag (Leistungsantrag) . . . . .	2121
VI. Muster: Stufenantrag zur Geltendmachung von Trennungsunterhalt . . . . .	2124
VII. Muster: Negative Mahnung zwecks Herabsetzung des titulierten Trennungs- unterhalts . . . . .	2126
VIII. Muster: Abänderungsantrag zur Herabsetzung/Aufhebung des Trennungs- unterhalts . . . . .	2127
IX. Muster: Abänderungsstufenantrag zur Erhöhung des Trennungsunterhalts . . . . .	2129
X. Muster: Vollstreckungsabwehrantrag mit Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung . . . . .	2131
XI. Muster: Negativer Feststellungsantrag . . . . .	2133
XII. Muster: Antrag auf einstweilige Anordnung wegen Trennungsunterhalts außerhalb des Scheidungsverbundes . . . . .	2134
XIII. Muster: Antrag auf Aufhebung der einstweiligen Anordnung . . . . .	2137
XIV. Muster: Antrag auf einstweilige Anordnung wegen Verfahrenskosten- vorschusses im Trennungsunterhaltsverfahren . . . . .	2138
XV. Muster: Antrag auf Zustimmung zur gemeinsamen Veranlagung . . . . .	2140
XVI. Muster: Antrag auf Zustimmung zum begrenzten Realsplitting . . . . .	2142
XVII. Muster: Antrag auf Zahlung von Kindesunterhalt nach der Trennung der Eltern . . . . .	2144
XVIII. Muster: Stufenantrag zur Geltendmachung von Kindesunterhalt . . . . .	2146
XIX. Muster: Abänderungsantrag zum Kindesunterhalt mit Hilfsantrag zur Rück- zahlung zu viel gezahlten Unterhalts . . . . .	2148
2. Teil: Das Scheidungsverfahren . . . . .	2149
A. Einleitung . . . . .	2149
B. Rechtliche Grundlagen . . . . .	2150
I. Folgen der Einreichung des Scheidungsantrags . . . . .	2150
II. Das Scheidungsverbundverfahren . . . . .	2152
1. Die formellen Scheidungsvoraussetzungen . . . . .	2152

2. Die materiell-rechtlichen Scheidungsvoraussetzungen . . . . .	2156
a) Getrenntleben . . . . .	2156
b) Scheidung nach einjähriger Trennung . . . . .	2157
c) Scheidung nach dreijähriger Trennung . . . . .	2158
d) Scheidung vor Ablauf des Trennungsjahres oder ohne Trennung . . . . .	2158
3. Aussetzung des Antrags auf Ehescheidung . . . . .	2159
4. Familiensachen mit Auslandsbezug . . . . .	2159
a) Ehesachen mit Auslandsbezug . . . . .	2159
b) Folgesachen mit Auslandsberührung . . . . .	2162
(1) Unterhaltssachen . . . . .	2163
(2) Güterrechtssachen . . . . .	2164
(3) Versorgungsausgleichssachen . . . . .	2165
(4) Kindschaftssachen . . . . .	2166
5. Der Scheidungsverbund . . . . .	2168
6. Die Auflösung des Scheidungsverbundes . . . . .	2170
7. Folgesache Versorgungsausgleich . . . . .	2172
III. Der Trennungsunterhaltsprozess während der Dauer des Scheidungs-	
verfahrens . . . . .	2174
1. Materiell-rechtliche Besonderheiten . . . . .	2174
a) Altersvorsorgeunterhalt . . . . .	2174
b) Leistungsfähigkeit überprüfen! . . . . .	2175
2. Prozessuale Besonderheiten des Trennungsunterhalts nach Rechtshängig-	
keit des Scheidungsverfahrens . . . . .	2175
a) Trennungsunterhaltsverfahren . . . . .	2175
b) Einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	2175
IV. Der Unterhaltsprozess zur Geltendmachung nachehelichen Unterhalts . . . . .	2176
1. Materiell-rechtliche Grundlagen . . . . .	2176
a) Unterhaltstatbestände . . . . .	2177
b) Der Bedarf des Unterhaltsgläubigers . . . . .	2182
c) Die Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten, § 1577 BGB . . . . .	2182
d) Berechnung des Unterhalts . . . . .	2182
e) Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners . . . . .	2182
f) Erlöschen des Unterhaltsanspruchs . . . . .	2182
g) Maß des nachehelichen Unterhalts, § 1578 BGB . . . . .	2183
h) Beschränkung oder Wegfall, § 1579 BGB . . . . .	2183
2. Prozessführung zur Geltendmachung nachehelichen Unterhalts . . . . .	2183
a) Inverzugsetzen des Unterhaltsschuldners . . . . .	2183
b) Welches Gericht ist zuständig? . . . . .	2183
c) Unterhaltsantragsarten . . . . .	2184
V. Die güterrechtliche Auseinandersetzung der Eheleute . . . . .	2184
1. Materiell-rechtliche Grundlagen . . . . .	2184
a) Allgemeines . . . . .	2184
b) Abgrenzung des Zugewinnausgleichsverfahrens von anderen Aus-	
gleichsverfahren . . . . .	2185
aa) Haushaltsgegenstände (vorm. Hausrat) . . . . .	2185

bb) Gegenstände des persönlichen Gebrauchs . . . . .	2186
cc) Versorgungsausgleich . . . . .	2186
c) Ermittlung des Zugewinns . . . . .	2186
aa) Anfangsvermögen . . . . .	2186
bb) Endvermögen . . . . .	2188
cc) Ausgleichsforderung, § 1378 BGB . . . . .	2189
dd) Checkliste zur Ermittlung des Zugewinns . . . . .	2190
2. Vorbereitung des Prozesses . . . . .	2197
a) Auskunftsanspruch, § 1379 Abs. 1 BGB . . . . .	2197
b) Schutz vor Vermögensmanipulationen . . . . .	2197
c) Wie und wann soll der Ausgleich geltend gemacht werden? . . . . .	2198
3. Örtliche Zuständigkeit, § 262 FamFG . . . . .	2200
C. Muster . . . . .	2200
I. Muster: Antrag auf einverständliche Ehescheidung . . . . .	2200
II. Muster: Antrag auf streitige Scheidung nach Ablauf des Trennungsjahres . . . . .	2203
III. Muster: Antrag auf Ehescheidung nach Ablauf von drei Trennungsjahren . . . . .	2203
IV. Muster: Antrag auf Härtefallscheidung . . . . .	2204
V. Muster: Abweisung der Scheidung wegen unzumutbarer Härte . . . . .	2204
VI. Muster: Antrag auf Scheidung nach türkischem Recht . . . . .	2206
VII. Muster: Antrag auf Feststellung der Trennung nach italienischem Recht . . . . .	2208
VIII. Muster: Antrag auf Scheidung nach italienischem Recht . . . . .	2210
IX. Muster: Antrag auf Abtrennung der Folgesachen . . . . .	2212
X. Muster: Außergerichtliche Geltendmachung von Elementar- und Kranken- vorsorgeunterhalt in der Trennungszeit nach Rechtshängigkeit des Schei- dungsantrags . . . . .	2213
XI. Muster: Leistungsantrag auf Ehegatten- und Kindesunterhalt im Verbund- verfahren . . . . .	2213
XII. Muster: Antrag zur Geltendmachung von Scheidungsunterhalt außerhalb des Scheidungsverbundverfahrens . . . . .	2216
XIII. Muster: Auskunftsanspruch zur Berechnung des Zugewinns . . . . .	2218
XIV. Muster: Zugewinnausgleich als Folgesache im Scheidungsverfahren . . . . .	2219
XV. Muster: Stufenantrag zur Geltendmachung des Zugewinnausgleichsan- spruchs außerhalb des Scheidungsverbundes . . . . .	2224
XVI. Muster: Antrag auf vorzeitigen Zugewinnausgleich . . . . .	2226
3. Teil: Elterliche Sorge und Umgangsrecht . . . . .	2227
A. Rechtliche Grundlagen . . . . .	2227
I. Allgemeine Verfahrensgrundsätze . . . . .	2227
II. Gemeinsame elterliche Sorge . . . . .	2231
III. Alleinige elterliche Sorge . . . . .	2232
IV. Elterliche Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern . . . . .	2234
V. Kindesherausgabe . . . . .	2235
VI. Umgangsrecht . . . . .	2235
VII. Auskunftsanspruch gem. § 1686 BGB . . . . .	2237
VIII. Umgangsrecht mit anderen Bezugspersonen . . . . .	2238

B. Muster	2238
I. Muster: Antrag auf Übertragung der alleinigen Entscheidungsbefugnis	2238
II. Muster: Antrag auf Übertragung der elterlichen Sorge mit Zustimmung des anderen Elternteils	2240
III. Muster: Streitiger Sorgerechtsantrag nach § 1671 Abs. 2 Nr. 2 BGB	2241
IV. Muster: Antrag auf Übertragung des Aufenthaltsbestimmungsrechts	2242
V. Muster: Antrag auf Regelung des Umgangs	2244
VI. Muster: Antrag auf Kindesherausgabe	2245
VII. Muster: Antrag auf Auskunft nach § 1686 BGB	2246
VIII. Muster: Einstweilige Anordnung zur elterlichen Sorge	2248
IX. Muster: Einstweilige Anordnung zum Umgang eines Elternteils	2250
4. Teil: Haushaltsgegenstände und Ehewohnung	2251
A. Einleitung	2251
B. Rechtliche Grundlagen	2252
I. Allgemeine Verfahrensfragen	2253
II. Die Verteilung der Haushaltsgegenstände	2254
1. Einleitung	2254
2. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	2256
3. Vorläufige Nutzungsregelungen während der Trennungszeit	2257
4. Rückschaffung eigenmächtig entfernter Haushaltsgegenstände	2258
5. Endgültige Regelung für die Zeit nach Scheidung der Ehe	2259
III. Die Zuweisung der Ehewohnung	2260
1. Einleitung	2260
2. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	2261
3. Zuweisung der Ehewohnung an einen Ehegatten zur alleinigen Nutzung während der Trennungszeit	2261
4. Regelung bzgl. der Ehewohnung für die Zeit nach rechtskräftiger Scheidung	2263
C. Muster	2267
I. Muster: Antrag auf vorläufige Nutzung von Haushaltsgegenständen während der Trennungszeit	2267
II. Muster: Antrag auf Zuteilung von Haushaltsgegenständen für die Zeit nach der Trennung	2269
III. Muster: Antrag auf vorläufige Zuweisung der Ehewohnung während der Trennungszeit	2271
IV. Muster: Antrag auf Überlassung der Ehewohnung für die Zeit nach der Scheidung	2272
V. Muster: Antrag auf einstweilige Anordnung wegen Haushaltsgegenständen	2274
VI. Muster: Einstweilige Anordnung wegen Überlassung der Ehewohnung	2276
5. Teil: Gewaltschutzsachen	2278
A. Rechtliche Grundlagen	2278
I. Verfahrensfragen	2278
II. Materiell-rechtliche Fragen	2280

B. Muster	2283
I. Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 1 Gewalt- schutzgesetz	2283
II. Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 2 Gewalt- schutzgesetz	2285
<b>§ 23 Die Kostenfestsetzung</b>	2289
A. Einleitung	2292
B. Das Kostenfestsetzungsverfahren	2293
I. Die Voraussetzungen der Kostenfestsetzung	2293
1. Vollstreckungstitel mit Kostengrundentscheidung	2293
2. Prozesskosten	2295
a) Notwendigkeit	2295
b) Praxisrelevante Einzelfälle	2295
aa) Anrechnung der Geschäftsgebühr	2295
bb) Ablichtungen	2299
cc) Reisekosten des Rechtsanwalts	2300
dd) Rechtsmittel zur Fristwahrung	2301
ee) Privatgutachten	2302
ff) Detektivkosten	2304
gg) Dolmetscherkosten	2305
hh) Vorbereitungskosten	2306
ii) Zwangsvollstreckung	2307
(1) Einleitung	2307
(2) Anwaltliches Aufforderungsschreiben	2308
jj) Inkassokosten	2309
(1) Außergerichtliche Beauftragung	2309
(2) Gerichtliches Mahnverfahren	2310
(3) Inkassokosten in der Zwangsvollstreckung	2310
kk) Mehrere Schuldner	2311
ll) Drittschuldnerklage	2312
mm) Ratenzahlungsvergleich	2313
II. Das formelle Kostenfestsetzungsverfahren	2315
1. Die Beteiligten des Kostenfestsetzungsverfahrens	2315
2. Der Kostenfestsetzungsantrag	2316
a) Einleitung	2316
b) Die Antragsberechtigung des Gläubigers und seines Rechtsnachfolgers	2316
c) Der Prozessbevollmächtigte als Antragsteller	2317
d) Die Antragstellung mehrerer Streitgenossen	2317
e) Antrag bei Prozesskostenhilfe	2320
f) Die notwendigen Anlagen des Antrages	2320
g) Besonderheiten der Kostenausgleichung	2321
h) Rückfestsetzung von Kosten	2324
aa) Einleitung	2324
bb) Die Voraussetzungen der Rückfestsetzung	2324
i) Kostenfestsetzung nach § 11 RVG	2326

III. Die Rechtsbehelfe . . . . .	2330
1. Sofortige Beschwerde/Erinnerung gegen die Kostenfestsetzung . . . . .	2330
2. Beschwerde gegen die Wertfestsetzung für Gerichtsgebühren (§ 68 Abs. 1 GKG) . . . . .	2332
3. Beschwerde gegen die Wertfestsetzung für Anwaltsgebühren (§ 33 Abs. 3 RVG) . . . . .	2333
C. Muster . . . . .	2335
I. Muster: Kostenfestsetzungsantrag nach §§ 104, 126 ZPO, § 11 RVG . . . . .	2335
II. Muster: Kostenausgleichungsantrag . . . . .	2337
III. Muster: Antrag auf öffentliche Zustellung des Kostenfestsetzungsantrages nach § 11 RVG . . . . .	2338
IV. Muster: Sofortige Beschwerde gegen Kostenfestsetzung des Rechtsanwalts nach § 126 ZPO in eigenem Namen . . . . .	2339
V. Muster: Sofortige Erinnerung gegen Kostenfestsetzung des Rechtsanwalts nach § 11 Abs. 2 RpflG in eigenem Namen . . . . .	2340
VI. Muster: Sofortige Beschwerde gegen Kostenfestsetzung nach § 104 Abs. 3 ZPO . . . . .	2340
VII. Muster: Sofortige Erinnerung gegen Kostenfestsetzung nach § 11 Abs. 2 RpflG . . . . .	2341
Stichwortverzeichnis . . . . .	2343
Benutzerhinweise CD-Rom . . . . .	2381



# Musterverzeichnis

<b>§ 1</b>	<b>Das obligatorische außergerichtliche Schlichtungsverfahren nach § 15a EGZPO</b>	
1.1	Antrag auf Einleitung eines Schlichtungsverfahrens nach § 15a Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EGZPO i.V.m. § 53 Abs. 1 Nr. 1 JustG NRW . . . . .	129
<b>§ 2</b>	<b>Das Mandatsverhältnis und die Vorbereitung des Zivilprozesses</b>	
2.1	Mandatsbestätigung gegenüber dem Mandanten . . . . .	217
2.2	Antrag auf Aufhebung der Pflichtbeordnung . . . . .	218
2.3	Mandatsablehnung aufgrund widerstreitender Interessen. . . . .	219
2.4	Honorarvereinbarung – Vereinbarung eines höheren Streitwertes . . . . .	219
2.5	Honorarvereinbarung – Pauschalvergütung . . . . .	220
2.6	Honorarvereinbarung – Zeithonorar . . . . .	221
2.7	Honorarvereinbarung – prozentualer Aufschlag auf die gesetzlichen Gebühren . . . . .	222
2.8	Grundmuster einer allgemeinen Vollmacht . . . . .	222
2.9	Einfache Vollmacht in Mietstreitigkeiten . . . . .	223
2.10	Vollmacht zur Beendigung eines Arbeitsverhältnisses . . . . .	223
2.11	Allgemeine Prozessvollmacht. . . . .	224
2.12	Erweiterte Vollmacht unter Einschluss einer Geldempfangsvollmacht, des Rechtes zur Bestellung eines Unterbevollmächtigten und der Vollmacht zur Abgabe materiell-rechtlicher Erklärungen . . . . .	224
2.13	Einfache Geldempfangsvollmacht . . . . .	225
2.14	Auf die außergerichtliche Interessenwahrnehmung beschränkte Vollmacht. . . . .	225
2.15	Untervollmacht. . . . .	226
2.16	Terminsvollmacht . . . . .	226
2.17	Mitteilung Terminvertretung an Gericht . . . . .	227
2.18	Individualvereinbarung über eine Haftungsbeschränkung nach § 51a Abs. 1 BRAO. . . . .	227
2.19	Haftungsbeschränkung in vorformulierten Vertragsbedingungen . . . . .	228
2.20	Haftungsbeschränkung auf einzelne Mitglieder der Sozietät. . . . .	228
2.21	Mandatsniederlegung gegenüber dem Mandanten . . . . .	229
2.22	Anzeige der Mandatsniederlegung gegenüber dem Gericht . . . . .	230
2.23	Anzeige der Niederlegung an den Gegner. . . . .	231
2.24	Mitteilung an den bisherigen Mandanten nach der Niederlegung des Mandates . . . . .	231
2.25	Anzeige der Mandatsaufnahme durch einen neuen Rechtsanwalt . . . . .	232
2.26	Anforderung der Handakten von dem bisherigen Bevollmächtigten durch den neuen Bevollmächtigten. . . . .	232
2.27	Deckungsschutzanfrage an die Rechtsschutzversicherung des Mandanten . . . . .	233
2.28	Stichentscheid nach Ziffer 3.5 ARB 2012 . . . . .	234
<b>§ 3</b>	<b>Prozesskosten- und Beratungshilfe</b>	
3.1	Anträge auf Prozesskostenhilfe in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union . . . . .	365

3.2	Übermittlung eines Antrags auf Prozesskostenhilfe. . . . .	372
3.3	Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe bei Klageentwurf . . . . .	374
3.4	Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe bei gleichzeitiger Klageerhebung . . . . .	375
3.5	Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe bei Klageänderung . . . . .	376
3.6	Antrag auf Verfahrenskostenstundung im Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	376
3.7	Antrag auf Zustellung der Klage ohne Zahlung eines Kostenvorschusses (§ 14 GKG). . . . .	377
3.8	Isolierter Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe bei Widerklage . . . . .	378
3.9	Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe bei Widerklage und gleichzeitiger Klageerweiterung . . . . .	379
3.10	Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe bei Klageerweiterung . . . . .	379
3.11	Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe durch Berufungskläger . . . . .	380
3.12	Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe durch Berufungsbeklagten . . . . .	380
3.13	Antrag auf Prozesskostenhilfe bei Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung (§ 707 ZPO). . . . .	381
3.14	Antrag auf Prozesskostenhilfe bei Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung bei eingelegtem Rechtsmittel/Einspruch (§ 719 Abs. 1 ZPO) . . . . .	382
3.15	Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe für nicht rechtshängige Ansprüche bei Vergleichsabschluss . . . . .	383
3.16	Ermittlung der Ratenhöhe bei Prozesskostenhilfe. . . . .	383
3.17	Antrag auf Feststellung der Erforderlichkeit von Reisekosten (§ 46 Abs. 2 RVG) . . . . .	385
3.18	Antrag auf Abänderung der Ratenzahlung nach § 120 Abs. 4 ZPO wegen Verschlechterung der Verhältnisse . . . . .	386
3.19	Antrag auf Beratungshilfe. . . . .	387
3.20	Antrag auf Vergütungsfestsetzung im Rahmen der Beratungshilfe . . . . .	389
3.21	Antrag auf Festsetzung der Kosten im Rahmen der Prozesskostenhilfe . . . . .	391
3.22	Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Rahmen eines Prozesskostenhilfeantrages . . . . .	393
3.23	Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Rahmen eines Verfahrenskostenhilfeantrages . . . . .	395
3.24	Antrag auf Prozesskostenhilfe bei Antrag auf einstweilige Anordnung nach § 769 Abs. 2 ZPO . . . . .	397
<b>§ 4</b>	<b>Mahnverfahren und Vollstreckungsbescheid</b>	
4.1	Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid . . . . .	487
4.2	Antrag auf Abgabe an das Streitgericht . . . . .	487
<b>§ 5</b>	<b>Klageerhebung</b>	
5.1	Gerichtsstandsvereinbarung (für den Einzelfall) . . . . .	571
5.2	Formularklausel Gerichtsstandsvereinbarung in Verkaufs- oder Lieferbedingungen . . . . .	571
5.3	Antrag auf gerichtliche Bestimmung der Zuständigkeit . . . . .	572

5.4	Abwandlungen des Parteirubrum, insbesondere bei juristischen Personen – Klage für eine GbR . . . . .	573
5.5	Abwandlungen des Parteirubrum, insbesondere bei juristischen Personen – Klage gegen eine OHG . . . . .	573
5.6	Abwandlungen des Parteirubrum, insbesondere bei juristischen Personen – Klage gegen eine KG . . . . .	573
5.7	Abwandlungen des Parteirubrum, insbesondere bei juristischen Personen – Klage gegen eine GmbH . . . . .	574
5.8	Abwandlungen des Parteirubrum, insbesondere bei juristischen Personen – Klage gegen eine GmbH & Co. KG . . . . .	574
5.9	Abwandlungen des Parteirubrum, insbesondere bei juristischen Personen – Klage gegen eine AG . . . . .	574
5.10	Abwandlungen des Parteirubrum, insbesondere bei juristischen Personen – Klagen eines Aktionärs . . . . .	574
5.11	Abwandlungen des Parteirubrum, insbesondere bei juristischen Personen – Klage gegen einen Verein . . . . .	574
5.12	Abwandlungen des Parteirubrum, insbesondere bei juristischen Personen – Klage gegen eine Partnerschaftsgesellschaft . . . . .	575
5.13	Abwandlungen des Parteirubrum, insbesondere bei juristischen Personen – Klage gegen eine WEG . . . . .	575
5.14	Abwandlungen des Parteirubrum, insbesondere bei juristischen Personen – Klage eines minderjährigen Kindes . . . . .	575
5.15	Antrag auf Registerauskunft (Handelsregister oder Grundbuch). . . . .	576
5.16	Antrag auf Erzwingung der Vorlage von Jahresabschlüssen . . . . .	576
5.17	Antrag auf Einleitung des Betreuungsverfahrens . . . . .	577
5.18	Antrag auf Bestellung eines Prozesspflegers . . . . .	577
5.19	Klage in Prozessstandschaft. . . . .	578
5.20	Leistungsklage mit beziffertem Zahlungsantrag. . . . .	579
5.21	Abwandlungen des Zinsantrages in Muster X – Zinsstaffel . . . . .	581
5.22	Abwandlungen des Zinsantrages in Muster X – Zinsstaffelantrag bei erfolgter Teilzahlung . . . . .	582
5.23	Abwandlungen des Zinsantrages in Muster X – Zahlungsantrag mit Begrün- dung für Zinssatz. . . . .	582
5.24	Leistungsklage mit unbeziffertem Antrag . . . . .	583
5.25	Leistungsklage bei Zug-um-Zug-Leistung . . . . .	585
5.26	Leistungsklage auf Vornahme einer Handlung . . . . .	586
5.27	Klage auf Vornahme einer Handlung (bei Wahlrecht des Schuldners) . . . . .	587
5.28	Klage auf Unterlassung . . . . .	589
5.29	Klage auf Herausgabe (verbunden mit Antrag auf Fristsetzung gem. § 255 ZPO und Klage auf Leistung von zukünftigem Schadensersatz gem. § 259 ZPO) . . . . .	590
5.30	Klage auf Räumung . . . . .	592
5.31	Klage auf Abgabe einer Willenserklärung . . . . .	593
5.32	Klage auf Duldung. . . . .	595
5.33	Klage auf künftige Leistung . . . . .	596

5.34	Teilklage . . . . .	597
5.35	Stufenklage . . . . .	598
5.36	Haupt- und Hilfsantrag . . . . .	600
5.37	Positive Feststellungsklage . . . . .	602
5.38	Negative Feststellungsklage . . . . .	603
5.39	Zwischenfeststellungsklage . . . . .	604
5.40	Klage im Urkundenprozess . . . . .	605
5.41	Klage im Wechselprozess . . . . .	607
5.42	Antrag auf vorläufige Streitwertbestimmung . . . . .	608
5.43	Äußerung zur Übertragung des Rechtsstreites auf den Einzelrichter – Anregung der Übertragung des Rechtsstreites auf die Kammer. . . . .	609
5.44	Äußerung zur Übertragung des Rechtsstreites auf den Einzelrichter – Einverständnis mit der Übertragung auf den Einzelrichter . . . . .	609
5.45	Anregung zum Absehen von der Güteverhandlung (Textbaustein) . . . . .	610
5.46	Anregung, vom persönlichen Erscheinen zu entbinden (Textbaustein) . . . . .	610
5.47	Klageerweiterung . . . . .	610
5.48	Klageänderung . . . . .	611
5.49	Parteiänderung (Auswechslung auf Beklagtenseite) . . . . .	612
<b>§ 6</b>	<b>Die Klageerwiderung</b>	
6.1	Rüge der Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts . . . . .	669
6.2	Rüge der sachlichen Unzuständigkeit in Amtshaftungssachen gem. § 71 Abs. 2 Nr. 2 GVG . . . . .	671
6.3	Uneingeschränktes Anerkenntnis . . . . .	672
6.4	Anerkenntnis unter Verwahrung gegen die Kostenlast . . . . .	672
6.5	Anerkenntnis nach gewandelter Prozesssituation . . . . .	673
6.6	Teilanerkenntnis . . . . .	674
6.7	Anerkenntnis mit der Einschränkung der Zug-um-Zug-Verurteilung . . . . .	676
6.8	Mitteilung der Einigungsbereitschaft in der Güteverhandlung . . . . .	677
6.9	Bestellung bei Bestimmung des frühen ersten Termins. . . . .	678
6.10	Isolierter Antrag auf Verlegung des frühen ersten Termins . . . . .	679
6.11	Bestellungsschriftsatz mit Antrag auf Anberaumung einer Güteverhandlung . . . . .	680
6.12	Vertretungs- und Verteidigungsanzeige im schriftlichen Vorverfahren gem. § 276 ZPO . . . . .	681
6.13	Wiedereinsetzungsantrag für die Frist zur Abgabe der Verteidigungsanzeige im schriftlichen Vorverfahren . . . . .	682
6.14	Isolierter Antrag auf Verlängerung der Klageerwiderungsfrist. . . . .	684
6.15	Verweisungsantrag an die Kammer für Handelssachen nach § 98 GVG . . . . .	684
6.16	Antrag auf Übertragung des Rechtsstreites auf die Kammer nach § 348 Abs. 3 ZPO . . . . .	685
6.17	Antrag auf Übertragung des Rechtsstreites auf den Einzelrichter gem. § 348a ZPO . . . . .	687
6.18	Antrag auf Übertragung der Sache auf die Kammer nach § 348a Abs. 2 ZPO wegen der Änderung der Prozesslage . . . . .	688
6.19	Klageerwiderung wegen Verjährung oder einer Ausschlussfrist wegen einer nicht ordnungsgemäßen Klageschrift. . . . .	689

6.20	Verlangen auf Prozesskostensicherheit nach § 110 ZPO . . . . .	692
6.21	Antrag auf Feststellung der Klagerücknahme gem. § 113 S. 2 ZPO. . . . .	693
6.22	Einrede der Schiedsvereinbarung. . . . .	693
6.23	Vollstreckungsschutzantrag nach § 712 Abs. 1 S. 1 ZPO . . . . .	694
6.24	Vollstreckungsschutzantrag nach § 712 Abs. 1 S. 2 ZPO . . . . .	696
6.25	Klageerwiderung mit dem Vorbehalt der Beschränkung der Haftung auf den Nachlass . . . . .	698
6.26	Isolierter Antrag auf Vorbehalt der Erbenhaftung nach dem Erbfall während des Erkenntnisverfahrens . . . . .	701
6.27	Klageerwiderung mit dem hilfsweisen Vorbehalt der Zug-um-Zug-Einrede . . .	701
6.28	Kostenantrag des Beklagten bei Erfüllung zwischen Anhängigkeit und Rechtshängigkeit . . . . .	703
6.29	Klageerwiderung mit dem Hinweis auf ganze oder teilweise Erfüllung nach Anhängigkeit aber vor Rechtshängigkeit der Klage. . . . .	705
6.30	Klageerwiderung nach ganzer oder teilweiser Erfüllung nach Rechtshängig- keit . . . . .	707
6.31	Grundmuster einer materiellen Klageerwiderung . . . . .	710
<b>§ 7</b>	<b>Die Streitverkündung</b>	
7.1	Streitverkündungsschrift des Klägers. . . . .	728
7.2	Streitverkündungsschrift des Beklagten . . . . .	729
7.3	Streitverkündungsschrift im selbstständigen Beweisverfahren. . . . .	730
7.4	Ablehnung des Sachverständigen durch den Streithelfer . . . . .	731
7.5	Berufung durch den Streithelfer . . . . .	732
7.6	Streitverkündungsvereinbarung . . . . .	733
7.7	Rüge der unzulässigen Streitverkündung im Folgeprozess. . . . .	734
7.8	Antrag auf Urteilsergänzung wegen fehlerhafter Kostenentscheidung . . . . .	735
<b>§ 8</b>	<b>Die Widerklage und die Aufrechnung im Prozess</b>	
8.1	Klageerwiderung und Widerklage . . . . .	784
8.2	Verweisungsantrag nach Rüge der sachlichen Zuständigkeit durch den Wider- beklagten . . . . .	787
8.3	Klageerwiderung und Hilfswiderklage. . . . .	787
8.4	Klageerwiderung, Hilfsaufrechnung und Hilfswiderklage . . . . .	790
8.5	Klageerwiderung, Widerklage und Hilfswiderklage . . . . .	792
8.6	Klageerwiderung, Widerklage und Drittwiderklage. . . . .	795
8.7	Replik und Widerklageerwiderung bei einem örtlich oder sachlich unzuständi- gen Gericht für die Widerklage. . . . .	798
8.8	Drittwiderklageerwiderung bei Einbeziehung des Dritten am nicht zuständigen Gerichtsstand. . . . .	799
8.9	Antrag des Beklagten und Widerklägers auf Trennung des Verfahrens und Ver- weisung des Rechtsstreites bei unzulässiger Drittwiderklage . . . . .	800
8.10	Antrag des Beklagten und Widerklägers auf Trennung des Verfahrens und Ver- weisung des Rechtsstreites bei ausschließlicher Zuständigkeit für die Wider- klage . . . . .	801
8.11	Klageerwiderung und negative Feststellungswiderklage . . . . .	801

8.12	Klageerwiderung mit Abweisungsantrag allein aufgrund einer erklärten Aufrechnung . . . . .	804
8.13	Klageerwiderung mit Hilfsaufrechnung . . . . .	805
8.14	Klageerwiderung mit Hilfsaufrechnung und Hilfswiderklage . . . . .	807
8.15	Klageerwiderung und Widerklage bei einer Zug-um-Zug-Klage . . . . .	810
8.16	Anerkenntnis und Widerklage bei einem Zug-um-Zug-Anspruch . . . . .	813
8.17	Antrag auf Aussetzung des Verfahrens wegen der anderweitigen Aufrechnung mit der Forderung . . . . .	814
8.18	Erklärung der Hauptsache für erledigt nach erfolgreicher Aufrechnung mit der Klageforderung in einem anderen Verfahren . . . . .	815
8.19	Antrag auf Trennung der Verfahren nach § 145 Abs. 3 ZPO . . . . .	816
8.20	Schadensersatzklage nach § 302 Abs. 4 S. 4 ZPO im Nachverfahren . . . . .	817
<b>§ 9</b>	<b>Der Urkunden- und Wechselprozess</b>	
9.1	Klage im Urkundenprozess . . . . .	869
9.2	Klageerwiderung im Urkundenprozess mit Einwendungen . . . . .	870
9.3	Antrag auf Ergänzung des Urteils im Urkundenprozess nach §§ 599 Abs. 2, 321 ZPO . . . . .	872
9.4	Einspruch gegen ein Versäumnisurteil mit gleichzeitigem Vorbehalt der Rechte für das Nachverfahren und Antrag auf Einleitung des Nachverfahrens . . . . .	873
9.5	Schriftsatz zur Überleitung des Urkundenverfahrens in das ordentliche Erkenntnisverfahren nach § 596 ZPO . . . . .	874
9.6	Schriftsatz zur Durchführung des Nachverfahrens auf Antrag des Beklagten . . . . .	876
9.7	Schriftsatz zum Verzicht auf das Nachverfahren . . . . .	877
9.8	Schriftsatz zur Durchführung des Nachverfahrens auf Antrag des Klägers . . . . .	878
9.9	Isolierter Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 707 ZPO nach Überleitung des Prozesses in das Nachverfahren . . . . .	879
9.10	Klage im Wechselprozess oder Scheckprozess . . . . .	880
9.11	Antrag auf Abkürzung der Einlassungsfrist nach § 226 ZPO . . . . .	882
9.12	Vorbehalt der Rechte im Nachverfahren im Wechselprozess . . . . .	883
9.13	Widerspruch gegen den Wechsel mit begründeten Einwendungen . . . . .	883
9.14	Erwiderung des Klägers im Wechselprozess auf den nicht mit Urkunden belegten Widerspruch des Beklagten . . . . .	885
9.15	Überleitung der Wechselklage in das ordentliche Erkenntnisverfahren . . . . .	885
9.16	Vorbehalt im Scheckprozess ohne Einwendungen . . . . .	886
9.17	Vorbehalt im Scheckprozess mit Einwendungen . . . . .	887
9.18	Überleitung der Scheckklage in das ordentliche Erkenntnisverfahren . . . . .	888
<b>§ 10</b>	<b>Das Zustellungsrecht im Zivilprozess</b>	
10.1	Anschriftenanfrage an das Einwohnermeldeamt für Zustellungszwecke . . . . .	956
10.2	Anschriftenanfrage an das Handelsregister für Zustellungszwecke . . . . .	957
10.3	Anschriftenanfrage an das Gewerbeamt für Zustellungszwecke . . . . .	958
10.4	Antrag auf Bestellung eines Prozesspflegers nach § 57 ZPO . . . . .	958
10.5	Zustimmung zur Zustellung von elektronischen Dokumenten an einen sonstigen Verfahrensbeteiligten . . . . .	959

10.6	Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Zustellung durch Niederlegung wegen des Nichterhaltens eines Benachrichtigungsscheins . . . . .	960
10.7	Antrag auf öffentliche Zustellung bei unbekanntem Aufenthalt des Adressaten, § 185 Nr. 1 ZPO . . . . .	961
10.8	Antrag auf öffentliche Zustellung, wenn eine Zustellung im Ausland nicht möglich ist oder keinen Erfolg verspricht, bei juristischen Personen, die zur Anmeldung einer inländischen Geschäftsanschrift zum Handelsregister verpflichtet sind, eine Zustellung weder unter der eingetragenen Anschrift noch unter einer im Handelsregister eingetragenen Anschrift einer für Zustellungen empfangsberechtigten Person oder einer ohne Ermittlungen bekannten anderen inländischen Anschrift möglich ist, § 185 Nr. 2 ZPO . . . . .	963
10.9	Antrag auf öffentliche Zustellung, wenn eine Zustellung im Ausland nicht möglich ist oder keinen Erfolg verspricht, § 185 Nr. 3 ZPO . . . . .	964
10.10	Antrag auf öffentliche Zustellung, weil der Ort der Zustellung der deutschen Gerichtsbarkeit nicht unterliegt . . . . .	965
10.11	Antrag auf Erteilung einer Zustellbescheinigung . . . . .	966
10.12	Antrag auf Zustellung an den Gerichtsvollzieher am Wohnsitz des Adressaten . . . . .	967
10.13	Antrag auf Zustellung an den Gerichtsvollzieher am Wohnsitz der zustellenden Partei . . . . .	968
10.14	Empfangsbekanntnis . . . . .	969
10.15	Zustellbescheinigung nach § 195 Abs. 2 S. 3 ZPO . . . . .	969
10.16	Antrag auf Auslandszustellung verbunden mit dem Antrag von einer Verfahrensweise nach § 184 ZPO abzusehen . . . . .	970
10.17	Ersuchen auf Zustellung eines Schriftstückes im Parteibetrieb im Ausland . . . . .	971
10.18	Antrag auf Zustellung eines Schriftstückes im Parteibetrieb nach der EU-Zustellungsverordnung . . . . .	972
<b>§ 11</b>	<b>Das Beweisrecht</b>	
11.1	Antrag auf Vernehmung von Zeugen. . . . .	1112
11.2	Antrag auf Vernehmung von Zeugen mit der Aufforderung nach § 378 Abs. 1 ZPO . . . . .	1113
11.3	Antrag auf Vernehmung eines Zeugen mit der Möglichkeit, die Beweisfrage schriftlich zu beantworten. . . . .	1114
11.4	Antrag des Zeugen, die Beweisfrage schriftlich beantworten zu dürfen . . . . .	1115
11.5	Antrag auf Vernehmung eines Zeugen, der der deutschen Sprache nicht mächtig ist . . . . .	1116
11.6	Antrag auf Vernehmung eines sachverständigen Zeugen. . . . .	1117
11.7	Antrag auf Vernehmung eines Zeugen, dessen Bezeichnung dem Beweisführer nicht möglich ist . . . . .	1118
11.8	Anregung an das Gericht, dem Beweisführer gem. § 356 ZPO eine Ausschlussfrist zur ordnungsgemäßen Benennung eines Zeugen zu setzen. . . . .	1119
11.9	Antrag auf Vernehmung eines Zeugen im Wege der Rechtshilfe . . . . .	1120
11.10	Protest gegen die Auslagenvorschusspflicht wegen der Bewilligung von PKH. . . . .	1121

11.11	Gegenvorstellung gegen die Anordnung der Auslagenvorschusspflicht nach § 379 ZPO . . . . .	1122
11.12	Antrag auf Vorführung eines Zeugen. . . . .	1123
11.13	Auslagen- und Gebührenverzichtserklärung des Zeugen . . . . .	1123
11.14	Einverständlicher Vorschlag eines Sachverständigen . . . . .	1124
11.15	Schweigepflichtentbindungserklärung . . . . .	1124
11.16	Antrag gem. § 18 Abs. 2 2. Hs BNotO. . . . .	1125
11.17	Vorherige Entschuldigung des Zeugen für einen Beweisaufnahmetermin . . . . .	1126
11.18	Nachträgliche Entschuldigung des Zeugen wegen seines Fernbleibens zu einem Beweisaufnahmetermin . . . . .	1127
11.19	Sofortige Beschwerde des Zeugen gegen die Auferlegung der Kosten und die Verhängung von Ordnungsmitteln nach § 380 Abs. 3 ZPO. . . . .	1128
11.20	Antrag auf Entscheidung über ein Zeugnisverweigerungsrecht nach § 387 ZPO . . . . .	1130
11.21	Sofortige Beschwerde des Zeugen nach § 387 Abs. 3 ZPO gegen ein Zwischenurteil über das Bestehen eines Zeugnisverweigerungsrechtes. . . . .	1131
11.22	Sofortige Beschwerde des Beweisführers nach § 387 Abs. 3 ZPO gegen ein Zwischenurteil über das Bestehen eines Zeugnisverweigerungsrechtes. . . . .	1133
11.23	Antrag auf Einholung eines Sachverständigengutachtens – Grundmuster. . . . .	1135
11.24	Antrag auf Einholung eines ärztlichen Sachverständigengutachtens mit Schweigepflichtentbindungserklärung . . . . .	1136
11.25	Antrag auf Einholung eines Sachverständigengutachtens unter Erteilung von gerichtlichen Weisungen. . . . .	1137
11.26	Antrag auf Einholung eines Sachverständigengutachtens mit dem Erfordernis besonderer Spezialkenntnis . . . . .	1138
11.27	Antrag auf Einholung eines Sachverständigengutachtens in Form einer amtlichen Auskunft (Behördenauskunft). . . . .	1139
11.28	Antrag auf Ladung des Sachverständigen zur Erläuterung seines Gutachtens . . . . .	1139
11.29	Antrag auf Erläuterung des gerichtlichen Sachverständigengutachtens nach Vorlage eines Privatgutachtens . . . . .	1140
11.30	Antrag auf Einholung eines weiteren Gutachtens . . . . .	1141
11.31	Sachstandsanfrage an das Gericht nach Ablauf der Frist zur Erstattung des schriftlichen Gutachtens. . . . .	1142
11.32	Antrag auf Fristsetzung für die Vorlage des Sachverständigengutachtens . . . . .	1143
11.33	Antrag auf Festsetzung einer gerichtlichen Nachfrist zur Erstattung des Gutachtens . . . . .	1144
11.34	Antrag auf Festsetzung eines Ordnungsgeldes gegen den Sachverständigen . . . . .	1145
11.35	Sofortige Beschwerde des Sachverständigen gegen die Festsetzung eines Ordnungsgeldes nach §§ 411 Abs. 2, 409 Abs. 2 ZPO . . . . .	1146
11.36	Antrag auf Entziehung des Gutachtenauftrages und Beauftragung eines neuen Gutachters wegen der fehlenden Vorlage des Gutachtens . . . . .	1148
11.37	Ablehnungsantrag gegen den Sachverständigen. . . . .	1149
11.38	Antrag auf Ablehnung des Sachverständigen bei nachträglichem Ablehnungsgrund . . . . .	1150
11.39	Antrag auf Ablehnung des Sachverständigen und Versagung der Vergütung. . . . .	1151

11.40	Sofortige Beschwerde gegen die Zurückweisung des Antrages auf Ablehnung des Sachverständigen . . . . .	1152
11.41	Beweisantritt durch Urkunden . . . . .	1154
11.42	Antrag auf Vorlegung der Urkunde durch den Beweisgegner . . . . .	1155
11.43	Antrag auf Vernehmung des Beweisgegners über den Verbleib der vorzulegenden Urkunde nach § 426 ZPO . . . . .	1156
11.44	Antrag zur Vorlegung einer Urkunde durch einen Dritten . . . . .	1157
11.45	Antrag auf ein Ersuchen an eine Behörde oder ein anderes Gericht zur Vorlage einer Beweisurkunde nach § 432 ZPO . . . . .	1158
11.46	Antrag auf Einholung eines schriftvergleichenden Gutachtens nach § 441 ZPO . . . . .	1159
11.47	Antrag auf Beweiserhebung durch Augenschein . . . . .	1160
11.48	Antrag auf Anordnung der Vorlage eines Augenscheinsobjektes durch den Gegner . . . . .	1161
11.49	Antrag auf Anordnung der Vorlage eines Augenscheinsobjektes durch einen Dritten. . . . .	1162
11.50	Antrag auf Anordnung der Duldung, Verpflichtung zur Untersuchung zur Feststellung der Abstammung . . . . .	1163
11.51	Antrag auf Entscheidung über die Berechtigung zur Verweigerung der Herausgabe eines Augenscheinsobjektes durch einen Dritten . . . . .	1164
11.52	Sofortige Beschwerde gegen die Verpflichtung zur Vorlage eines Augenscheinsobjektes nach §§ 371, 144, 387 Abs. 3 ZPO. . . . .	1165
11.53	Antrag auf Festsetzung eines Ordnungsgeldes wegen der unberechtigten Verweigerung der Vorlage eines Augenscheinsobjektes . . . . .	1167
11.54	Antrag auf Festsetzung eines Ordnungsgeldes wegen der Weigerung, eine Untersuchung zur Feststellung der Abstammung zu dulden . . . . .	1168
11.55	Antrag auf Anwendung unmittelbaren Zwangs zum Zwecke der Untersuchung zur Feststellung der Abstammung . . . . .	1169
11.56	Antrag auf Vernehmung des Beweisgegners als Partei . . . . .	1170
11.57	Antrag auf Vernehmung des Beweisführers als Partei . . . . .	1171
11.58	Zustimmung zur Erhebung des Freibeweises nach § 284 S. 2 ZPO . . . . .	1172
11.59	Eingeschränkte Zustimmung zur Erhebung des Freibeweises nach § 284 S. 2 und 3 ZPO . . . . .	1173
11.60	Gegenvorstellung gegen einen Beweisbeschluss . . . . .	1174
<b>§ 12</b>	<b>Das selbständige Beweisverfahren</b>	
12.1	Antrag im Eilverfahren gem. § 485 Abs. 1 ZPO während eines Rechtsstreites. . . . .	1207
12.2	Antrag im Eilverfahren gem. § 485 Abs. 1 ZPO außerhalb eines Rechtsstreites. . . . .	1208
12.3	Antrag auf Anordnung des isolierten Beweisverfahrens gem. § 485 Abs. 2 ZPO . . . . .	1209
12.4	Antragsrwiderrung und Streitverkündungsschrift im selbstständigen Beweisverfahren . . . . .	1211
12.5	Antrag auf Anordnung einer Frist zur Klageerhebung gem. § 494a ZPO. . . . .	1212
12.6	Antrag auf Verwerfung des Antrages gem. § 494a ZPO bei fehlendem Rechtsschutzbedürfnis des Antragsgegners . . . . .	1213

12.7	Sofortige Beschwerde gegen den ablehnenden Beschluss des Gerichts nach einem Antrag auf selbstständiges Beweisverfahren. . . . .	1214
12.8	Ablehnung eines Sachverständigen wegen Befangenheit. . . . .	1215
12.9	Antrag auf Anhörung des Sachverständigen. . . . .	1216
<b>§ 13</b>	<b>Sondersituationen im Prozessverlauf</b>	
13.1	Klagerücknahme (Grundmuster) . . . . .	1348
13.2	Klagerücknahme wegen der Erledigung der Hauptsache zwischen Anhängigkeit und Rechtshängigkeit. . . . .	1349
13.3	Klagerücknahme bei Erledigung der Hauptsache zwischen Anhängigkeit und Rechtshängigkeit bei noch nicht zugestellter Klage mit Kostenantrag des Klägers nach § 269 Abs. 3 S. 3 ZPO . . . . .	1350
13.4	Kostenantrag des Beklagten nach Erledigung der Hauptsache zwischen Anhängigkeit und Rechtshängigkeit bei noch nicht zugestellter Klage, § 269 Abs. 3 S. 3 ZPO . . . . .	1351
13.5	Klageänderung nach Erledigung zwischen Anhängigkeit und Rechtshängigkeit . . . . .	1352
13.6	Klagerücknahme mit dem Antrag der gesonderten Kostenentscheidung wegen einer vorherigen Säumnis des Beklagten . . . . .	1353
13.7	Kostenantrag des Beklagten nach Klagerücknahme . . . . .	1354
13.8	Erwiderung des Klägers auf den Kostenantrag des Beklagten bei vorheriger Säumnis des Beklagten . . . . .	1354
13.9	Kostenantrag des Beklagten und Stellungnahme zur Kostentragungspflicht im Fall des § 269 Abs. 3 S. 3 ZPO . . . . .	1355
13.10	Antrag auf Erklärung eines vor der Klagerücknahme ergangenen Urteils als wirkungslos. . . . .	1356
13.11	Klagerücknahme nach mündlicher Verhandlung mit gleichzeitigem Klageverzicht . . . . .	1357
13.12	Wiedereinsetzungsantrag nach der Versäumung der Notfrist zur Verweigerung der Zustimmung zur Klagerücknahme . . . . .	1357
13.13	Verweigerung der Einwilligung des Beklagten in die Klagerücknahme. . . . .	1358
13.14	Einwilligung des Beklagten in die Klagerücknahme nach Klageverzicht. . . . .	1359
13.15	Klagerücknahme nach mündlicher Verhandlung . . . . .	1360
13.16	Klageverzicht nach § 306 ZPO . . . . .	1360
13.17	Antrag des Beklagten auf Erlass eines Verzichturteils . . . . .	1361
13.18	Schriftliche Ankündigung des Klageverzichtes nach § 306 ZPO . . . . .	1361
13.19	Sofortige Beschwerde gegen die Kostenentscheidung nach § 269 Abs. 3 S. 3 ZPO . . . . .	1362
13.20	Antrag des Beklagten auf Durchführung des streitigen Verfahrens . . . . .	1364
13.21	Erledigungserklärung des Klägers . . . . .	1366
13.22	Erledigungserklärung des Klägers mit dem Antrag auf Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung . . . . .	1367
13.23	Erklärung des Beklagten über die Anschließung zur Erledigungserklärung . . . . .	1368
13.24	Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bezüglich der Widerspruchsfrist . . . . .	1369
13.25	Erklärung des Beklagten, dass er der Erledigungserklärung widerspricht . . . . .	1370

13.26	Klageumstellung nach Widerspruch des Beklagten zur Erledigungserklärung des Klägers . . . . .	1371
13.27	Sofortige Beschwerde nach § 91a Abs. 2 ZPO . . . . .	1372
13.28	Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils im schriftlichen Vorverfahren. . . . .	1374
13.29	Anzeige der Verteidigungsbereitschaft nach Versäumung der Frist des § 276 Abs. 1 S. 1 ZPO . . . . .	1374
13.30	Ankündigung eines Antrags auf Erlass eines Versäumnisurteils. . . . .	1375
13.31	Sofortige Beschwerde gegen die Vertagung des Rechtsstreits und die Zurückweisung des Antrags auf Erlass eines Versäumnisurteils. . . . .	1376
13.32	Einspruch des Beklagten gegen ein Versäumnisurteil. . . . .	1377
13.33	Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Versäumung der Einspruchsfrist gegen ein Versäumnisurteil . . . . .	1378
13.34	Vollständiges Anerkenntnis im schriftlichen Vorverfahren. . . . .	1380
13.35	Vollständiges Anerkenntnis unter Verwahrung gegen die Kostenlast . . . . .	1381
13.36	Teilanerkenntnis im schriftlichen Vorverfahren . . . . .	1381
13.37	Anerkenntnis Zug um Zug . . . . .	1382
13.38	Anerkenntnis im weiteren Verfahrensablauf mit Hinweis auf § 307 S. 2 ZPO . . . . .	1383
13.39	Ankündigung eines Versäumnisurteils statt Anerkenntnisses aus Kostengründen. . . . .	1384
13.40	Schriftsatz des Klägers nach Anerkenntnis des Beklagten . . . . .	1384
13.41	Schriftsatz des Klägers nach Ankündigung des Anerkenntnisses durch den Beklagten mit der Anregung, nach § 307 S. 2 ZPO zu verfahren . . . . .	1385
13.42	Sofortige Beschwerde nach § 99 Abs. 2 ZPO . . . . .	1386
13.43	Antrag auf Erlass eines Anerkenntnisurteils mit Tatbestand und Entscheidungsgründen nach § 313b Abs. 3 ZPO. . . . .	1387
13.44	Antrag auf Erklärung der Wirkungslosigkeit eines Urteils nach einem Prozessvergleich . . . . .	1388
13.45	Protokollberichtigungsantrag . . . . .	1389
13.46	Antrag auf Bestimmung eines Termins zur mündlichen Verhandlung nach einem unwirksamen Prozessvergleich . . . . .	1390
13.47	Vergleich mit Widerrufsvorbehalt . . . . .	1391
13.48	Verlängerung der Widerrufsfrist . . . . .	1391
13.49	Widerrufserklärung . . . . .	1392
13.50	Antrag auf Protokollierung oder Feststellung eines außergerichtlich ausgehandelten Vergleichs. . . . .	1393
13.51	Vergleichstext mit Kostenregelung . . . . .	1394
13.52	Prozessvergleich unter Einbeziehung der Kosten des Nebenintervenienten . . . . .	1394
13.53	Vergleich und Übertragung der Kostenentscheidung auf das Gericht . . . . .	1395
13.54	Vergleich mit Ratenzahlungsabrede . . . . .	1396
13.55	Vergleich mit Ratenzahlungsabrede und einer Verfallsklausel . . . . .	1396
13.56	Vergleich mit Verfallsklausel . . . . .	1397
13.57	Vergleich mit einer Grundstücksübertragung . . . . .	1398
13.58	Endgültiger Abfindungsvergleich in Verkehrsunfallsachen. . . . .	1399
13.59	Vergleich über eine Zahlungsverpflichtung Zug-um-Zug gegen Erbringung einer Gegenleistung . . . . .	1400

13.60	Vergleich über eine Verpflichtung zur Herausgabe . . . . .	1401
13.61	Vergleich nach Beendigung eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses . . . . .	1401
13.62	Vergleich zur Beendigung eines Mietverhältnisses . . . . .	1402
13.63	Vergleich über die Unterlassung einer Handlung mit gleichzeitiger Vereinbarung einer Vertragsstrafe . . . . .	1404
13.64	Vergleichsweise Regelung einer Duldungsverpflichtung . . . . .	1405
13.65	Vergleich zur Abgabe einer Willenserklärung . . . . .	1405
13.66	Beitrittserklärung eines Dritten zum Abschluss eines Vergleichs . . . . .	1406
13.67	Vergleich in der Berufungsinstanz unter Verzicht auf die Rechte aus einem noch nicht rechtskräftigen Urteil erster Instanz . . . . .	1407
13.68	Anzeige der Unterbrechung des Verfahrens nach § 239 ZPO . . . . .	1407
13.69	Antrag auf Fortsetzung des Verfahrens im Fall des § 241 ZPO . . . . .	1408
13.70	Antrag auf Aufnahme des Verfahrens nach § 244 Abs. 2 ZPO. . . . .	1409
13.71	Erklärung über die Aufnahme des Verfahrens durch den Kläger gegen den (beklagten) Insolvenzverwalter . . . . .	1410
13.72	Antrag auf Bestimmung eines Termins zur mündlichen Verhandlung bei verzögerter Aufnahme des Rechtsstreits durch den Insolvenzverwalter . . . . .	1411
13.73	Antrag auf Streitwertfestsetzung nach Aufnahme des Rechtsstreites durch den Insolvenzverwalter . . . . .	1412
13.74	Antrag auf Aussetzung des Verfahrens nach § 148 ZPO i.V.m. §§ 152 ff. ZPO . . . . .	1412
13.75	Antrag auf Aussetzung des Verfahrens wegen Aufrechnung. . . . .	1413
13.76	Antrag auf Aussetzung des Verfahrens nach § 149 ZPO . . . . .	1414
13.77	Antrag auf Wiederaufnahme eines Verfahrens nach § 149 Abs. 2 ZPO. . . . .	1415
13.78	Antrag auf Aufnahme des gem. § 149 ZPO ausgesetzten Verfahrens nach dem Ende der strafrechtlichen Ermittlungen . . . . .	1416
13.79	Antrag auf Aussetzung des Verfahrens nach § 246 ZPO . . . . .	1417
13.80	Anzeige der Aufnahme des Rechtsstreits gem. § 246 Abs. 2 ZPO. . . . .	1417
13.81	Aussetzungsantrag nach § 65 ZPO . . . . .	1418
13.82	Antrag auf Ruhen des Verfahrens unter gleichzeitiger Beantragung der Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist. . . . .	1419
13.83	Antrag auf Ruhen des Verfahrens nach § 251 ZPO . . . . .	1420
13.84	Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens nach dem Ruhen des Verfahrens gem. § 251 ZPO . . . . .	1420
13.85	Sofortige Beschwerde gegen eine Entscheidung nach §§ 239 ff., 148 ff. ZPO . .	1421
13.86	Ablehnung eines Richters wegen Besorgnis der Befangenheit in der Frist des § 43 ZPO . . . . .	1423
13.87	Ablehnungsgesuch aufgrund eines Ablehnungsgrundes nach mündlicher Verhandlung, § 44 Abs. 4 ZPO . . . . .	1424
13.88	Sofortige Beschwerde gegen die Zurückweisung eines Ablehnungsgesuches . .	1425
13.89	Beschwerde nach § 23 EGGVG eines Dritten wegen verweigerter Akteneinsicht . . . . .	1427

<b>§ 14</b>	<b>Das Verfahren vor den Amtsgerichten und das Fortsetzungsverfahren nach § 321a ZPO</b>	
14.1	Anregung einer abgesonderten Verhandlung über die Zuständigkeit (§ 280 ZPO) . . . . .	1454
14.2	Klage auf Vornahme einer Handlung und Zahlung einer Entschädigung (§ 510b ZPO). . . . .	1455
14.3	Sofortige Beschwerde nach § 793 ZPO bei Vollstreckung der Erfüllungshandlung des Gläubigers aus einem Urteil nach § 510b ZPO . . . . .	1456
14.4	Vollstreckungsgegenklage nach Urteil über die Vornahme einer Handlung und Zahlung einer Entschädigung nach § 510b ZPO . . . . .	1458
14.5	Anregung auf Durchführung eines Verfahrens nach billigem Ermessen gem. § 495a ZPO. . . . .	1460
14.6	Anregung, von einem Verfahren nach § 495a ZPO Abstand zu nehmen . . . . .	1461
14.7	Muster: Streitwertbeschwerde nach Bestimmung des Zuständigkeitsstreitwertes im Verfahren nach § 495a ZPO . . . . .	1462
14.8	Antrag auf mündliche Verhandlung nach § 495a S. 2 ZPO. . . . .	1463
14.9	Einlegung einer „Willkürüge“ bei Verstößen gegen das Willkürverbot . . . . .	1463
14.10	Gehörsrüge nach § 321a ZPO. . . . .	1465
14.11	Berichtigungsantrag nach § 319 ZPO mit hilfsweiser Erhebung der Gehörsrüge . . . . .	1466
14.12	Gehörsrüge gegen Kostenfestsetzungsbeschluss . . . . .	1467
14.13	Gehörsrüge gegen einen Beschluss nach § 522 Abs. 2 ZPO . . . . .	1467
<b>§ 15</b>	<b>Verfahrensanträge nach Urteilserlass</b>	
15.1	Ankündigung eines Rechtsmittelverzichtes . . . . .	1508
15.2	Nachträglicher Rechtsmittelverzicht nach § 313a Abs. 2 ZPO. . . . .	1509
15.3	Verspäteter Rechtsmittelverzicht nach §§ 313a Abs. 2, 283 S. 2 ZPO. . . . .	1509
15.4	Antrag auf Urteilsberichtigung nach § 319 ZPO . . . . .	1510
15.5	Protokollberichtigung nach § 164 ZPO bei einer offensichtlichen Unrichtigkeit in einem Prozessvergleich. . . . .	1511
15.6	Sofortige Beschwerde nach § 319 Abs. 3 ZPO . . . . .	1512
15.7	Tatbestandsberichtigungsantrag nach § 320 ZPO . . . . .	1514
15.8	Tatbestandsberichtigungsantrag kombiniert mit einem Antrag auf Urteils-ergänzung. . . . .	1515
15.9	Antrag auf Urteilsergänzung nach § 321 ZPO – Grundmuster. . . . .	1517
15.10	Antrag auf Ergänzung des Urteils wegen fehlender Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit. . . . .	1518
15.11	Antrag auf Ergänzung eines Urteils wegen unterlassener Entscheidung über die Kosten der Nebenintervention . . . . .	1519
15.12	Antrag auf Ergänzung des Urteils wegen unterlassener Zinsentscheidung . . . . .	1520
15.13	Urteilsergänzung wegen eines unterlassenen Vorbehaltes . . . . .	1521
15.14	Antrag auf Ergänzung des Urteils über den Vorbehalt im Urkundenverfahren. . . . .	1521
15.15	Antrag auf Hinausschieben der Zustellung eines verkündeten Urteils nach § 317 Abs. 1 S. 3 ZPO. . . . .	1522
15.16	Antrag auf Hinausschieben des Termins zur Verkündung einer Entscheidung . . . . .	1523
15.17	Antrag auf Zustellung des Urteils nach dessen Hinausschieben . . . . .	1524

15.18	Sofortige Beschwerde gegen die Ablehnung der Hinausschiebung der Urteilszustellung nach § 317 Abs. 1 S. 3 ZPO . . . . .	1525
15.19	Antrag auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung. . . . .	1527
15.20	Antrag auf Erteilung einer um Tatbestand und Entscheidungsgründe ergänzten vollstreckbaren Ausfertigung . . . . .	1527
15.21	Antrag auf Erteilung einer weiteren vollstreckbaren Ausfertigung gem. § 733 ZPO . . . . .	1528
15.22	Antrag auf Erteilung einer weiteren vollstreckbaren Ausfertigung unter Rückgabe der bisherigen Ausfertigung. . . . .	1529
15.23	Erinnerung nach § 573 ZPO gegen die Verweigerung der Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung . . . . .	1529
15.24	Aufforderung an den Schuldner zum Ausgleich der Forderung aus einem verkündeten Urteil. . . . .	1530
15.25	Antrag auf Erteilung einer Zustellbescheinigung . . . . .	1531
15.26	Antrag auf Erteilung eines Rechtskraftzeugnisses . . . . .	1532
15.27	Antrag auf Erteilung eines Rechtskraftzeugnisses nach der Berufungsrücknahme . . . . .	1532
15.28	Antrag auf Erteilung eines Notfristzeugnisses. . . . .	1533
15.29	Erinnerung nach § 573 ZPO gegen die Verweigerung des Rechtskraftzeugnisses. . . . .	1534
15.30	Antrag auf Fristbestimmung nach § 109 Abs. 1 ZPO. . . . .	1535
15.31	Antrag auf Anordnung der Rückgabe der Sicherheitsleistung nach § 109 Abs. 2 ZPO . . . . .	1536
15.32	Antrag auf Anordnung des Erlöschens der zur Sicherheit erbrachten Bürgschaft nach § 109 Abs. 2 ZPO . . . . .	1537
15.33	Antrag auf Anordnung der Rückgabe der Sicherheit nach § 715 ZPO . . . . .	1537
15.34	Sofortige Beschwerde gegen die Ablehnung des Antrags auf Fristsetzung nach § 109 Abs. 1 ZPO . . . . .	1539
<b>§ 16</b>	<b>Vorläufiger Rechtsschutz</b>	
16.1	Wettbewerbsrechtliche Abmahnung . . . . .	1613
16.2	Schutzschrift zur Verhinderung des Erlasses einer einstweiligen Verfügung . . . . .	1614
16.3	Vordruck einer strafbewehrten Unterlassungserklärung . . . . .	1617
16.4	Eidesstattliche Versicherung . . . . .	1617
16.5	Antrag auf dinglichen Arrest . . . . .	1618
16.6	Antrag auf dinglichen Arrest und Arrestpfändung . . . . .	1619
16.7	Antrag auf persönlichen Arrest . . . . .	1620
16.8	Antrag auf Versteigerung arrestgepfändeter Sachen . . . . .	1621
16.9	Antrag auf Eintragung einer Arresthypothek . . . . .	1622
16.10	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung mit Herausgabeanordnung. . . . .	1623
16.11	Antrag auf Erlass einer auf Grundbucheintragung gerichteten einstweiligen Verfügung. . . . .	1624
16.12	Antrag auf Erlass einer Sicherungsverfügung mit Erwerbsverbot . . . . .	1625
16.13	Antrag auf Erlass einer auf Leistung gerichteten einstweiligen Verfügung . . . . .	1627
16.14	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Abgabe einer Erklärung. . . . .	1628

16.15	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Unterlassung beleidigender Äußerungen . . . . .	1630
16.16	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Untersagung der Geschäftsführung und Vertretung . . . . .	1632
16.17	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Untersagung der Geschäftsführung und Vertretung – Gegenantrag. . . . .	1634
16.18	Auskunfts- und Einsichtserzwingungsverfahren nach § 51b GmbHG. . . . .	1635
16.19	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Unterlassung der Betriebseinstellung . . . . .	1637
16.20	Zustellungsauftrag an den Gerichtsvollzieher . . . . .	1639
16.21	Abschlusschreiben . . . . .	1639
16.22	Abschlusserklärung . . . . .	1640
16.23	Widerspruch gegen einstweilige Verfügung . . . . .	1641
16.24	Kostenwiderspruch. . . . .	1642
16.25	Antrag auf Ladung zum Rechtsfertigungsverfahren . . . . .	1643
16.26	Antrag auf Fristsetzung zur Erhebung der Hauptsacheklage nach § 926 Abs. 1 ZPO . . . . .	1644
16.27	Antrag auf Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen Nichterhebung der Hauptsacheklage . . . . .	1645
16.28	Antrag auf Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen veränderter Umstände gem. § 927 Abs. 1 ZPO . . . . .	1645
16.29	Antrag auf Aufhebung des Arrestvollzugs wegen Hinterlegung. . . . .	1647
<b>§ 17</b>	<b>Das Berufungsrecht</b>	
17.1	Isolierter Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe für ein Berufungsverfahren . . . . .	1773
17.2	Mit der Berufungseinlegung kombinierter Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe . . . . .	1773
17.3	Wiedereinsetzungsantrag nach der Bewilligung von Prozesskostenhilfe nach Ablauf der Berufungsfrist und vor Ablauf der Berufungsbegründungsfrist. . . . .	1774
17.4	Wiedereinsetzungsantrag bei Bewilligung von Prozesskostenhilfe nach Ablauf der Berufungsbegründungsfrist für die versäumte Berufungseinlegung. . . . .	1775
17.5	Wiedereinsetzungsantrag bei Bewilligung von Prozesskostenhilfe nach Ablauf der Berufungsbegründungsfrist für die versäumte Berufungsbegründung . . . . .	1776
17.6	Deckungsschutzanfrage für die Einlegung der Berufung. . . . .	1777
17.7	Deckungsschutzanfrage für die Durchführung des Berufungsverfahrens . . . . .	1778
17.8	Stichentscheidung des Rechtsanwaltes bei Verneinung der Leistungspflicht des Versicherers. . . . .	1778
17.9	Antrag auf Durchführung eines Schiedsgutachterverfahrens bei Verneinung der Leistungspflicht des Versicherers . . . . .	1779
17.10	Berufungsschrift des Klägers . . . . .	1780
17.11	Schreiben an den erstinstanzlichen Bevollmächtigten des Berufungsbeklagten vor Berufung zur Fristwahrung (Stillhalteabkommen) . . . . .	1781
17.12	Mitteilung zur Durchführung des Berufungsverfahrens . . . . .	1781
17.13	Berufungsschrift des Beklagten „zur Fristwahrung“ . . . . .	1782
17.14	Berufungsschrift einzelner Streitgenossen (auf Klägerseite) . . . . .	1782

17.15	Berufungsschrift bei notwendiger Streitgenossenschaft (auf Klägerseite) . . . . .	1783
17.16	Berufungsschrift des erstinstanzlich unberücksichtigten notwendigen Streitgenossen . . . . .	1784
17.17	Berufungsschrift des bereits erstinstanzlich beigetretenen nichtselbstständigen Streithelfers zur Fristwahrung. . . . .	1785
17.18	Berufungsschrift des in der ersten Instanz noch nicht beigetretenen unselbstständigen Streithelfers bei vorangegangener Streitverkündung zur Fristwahrung . . . . .	1786
17.19	Nebeninterventions- und Berufungsschrift des erstinstanzlich noch nicht beigetretenen unselbstständigen Streithelfers ohne vorangegangene Streitverkündung zur Fristwahrung. . . . .	1787
17.20	Antrag auf Vorabentscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit gem. § 718 ZPO . . . . .	1788
17.21	Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung gem. § 719 Abs. 1 ZPO i.V.m. § 707 ZPO . . . . .	1789
17.22	Wiedereinsetzungsantrag bei versäumter Berufungsfrist, wenn nicht auch der Gegner selbstständige Berufung eingelegt hat. . . . .	1789
17.23	Wiedereinsetzungsantrag bei Versäumung der Berufungsfrist, wenn auch der Gegner selbstständige Berufung eingelegt hat. . . . .	1790
17.24	Erster Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist mit Einwilligung des Gegners . . . . .	1791
17.25	Erster Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist ohne Einwilligung des Berufungsbeklagten. . . . .	1792
17.26	Zweiter Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist. . . . .	1793
17.27	Berufungsbegründung und Wiedereinsetzungsantrag, wenn die Gegenseite keine selbstständige Berufung eingelegt hat. . . . .	1793
17.28	Berufungsbegründung und Wiedereinsetzungsantrag, wenn auch der Berufungsbeklagte selbstständige Berufung eingelegt hat . . . . .	1794
17.29	Berufungsbegründung des Klägers (Antragsalternativen) . . . . .	1795
17.30	Berufungsbegründung des Klägers (Beispiel) . . . . .	1796
17.31	Berufungsbegründung des Beklagten (Antragsalternativen) . . . . .	1798
17.32	Berufungsbegründung mit dem (Hilfs-)Antrag auf Aufhebung und Zurückverweisung . . . . .	1799
17.33	Berufungsbegründung mit dem Antrag auf Aufhebung und Zurückverweisung . . . . .	1801
17.34	Fristverlängerungsantrag zum Hinweis nach § 522 Abs. 2 ZPO . . . . .	1802
17.35	Stellungnahme zum Hinweis nach § 522 Abs. 2 ZPO . . . . .	1802
17.36	Stellungnahme zur Berufungserwiderung . . . . .	1804
17.37	Stellungnahme zum Ergebnis der Beweisaufnahme. . . . .	1804
17.38	Stellungnahme aufgrund eines Schriftsatznachlasses . . . . .	1805
17.39	Einspruch gegen das Versäumnisurteil durch den Beklagten. . . . .	1805
17.40	Einspruch gegen das Versäumnisurteil durch den Kläger . . . . .	1806
17.41	Einspruch gegen ein Versäumnisurteil und Antrag auf Fristverlängerung . . . . .	1807
17.42	Berufungszurückweisungsantrag mit Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe . . . . .	1808

17.43	Berufungserwiderung mit Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe . . . . .	1808
17.44	Deckungsschutzanfrage des Berufungsbeklagten . . . . .	1809
17.45	Anschlussberufung des Beklagten bei teilweise erfolgreicher Klage . . . . .	1810
17.46	Anschlussberufung des Beklagten zur Widerklageerhebung . . . . .	1810
17.47	Anschlussberufung des Klägers bei teilweise erfolgreicher Klage. . . . .	1811
17.48	Anschlussberufung des Klägers bei Klageerweiterung . . . . .	1812
17.49	Hilfsanschlussberufung . . . . .	1813
17.50	Anschlussberufung gegen die Kostenentscheidung . . . . .	1814
17.51	Antrag auf Verlängerung der Berufungserwiderungsfrist. . . . .	1814
17.52	Berufungserwiderung des Klägers (Antragsalternativen). . . . .	1815
17.53	Berufungserwiderung des Beklagten (Antragsalternativen) . . . . .	1816
17.54	Berufungserwiderung mit (Hilfs-)Aufhebungs- und Zurückverweisungsantrag des Klägers oder des Beklagten. . . . .	1817
17.55	Äußerungen zur Stellungnahme auf die Berufungserwiderung . . . . .	1817
17.56	Einspruch des Berufungsbeklagten gegen ein Versäumnisurteil und Antrag auf Fristverlängerung. . . . .	1818
17.57	Einspruch des Berufungsbeklagten gegen ein Versäumnisurteil mit Einspruchs- begründung . . . . .	1818

**§ 18 Das Beschwerderecht**

18.1	Sofortige Beschwerde gegen eine amtsgerichtliche Entscheidung zum Land- gericht – Grundmuster . . . . .	1864
18.2	Sofortige Beschwerde gegen eine landgerichtliche Entscheidung zum Ober- landesgericht – Grundmuster . . . . .	1866
18.3	Anschlussbeschwerde des Beschwerdegegners . . . . .	1868
18.4	Sofortige Beschwerde gegen die Zurückweisung eines Ablehnungsgesuchs gem. § 46 Abs. 2 ZPO . . . . .	1870
18.5	Sofortige Beschwerde nach § 91a Abs. 2 ZPO . . . . .	1872
18.6	Sofortige Beschwerde nach § 99 Abs. 2 ZPO . . . . .	1873
18.7	Sofortige Beschwerde gegen die Ablehnung des Antrags auf Fristsetzung nach § 109 Abs. 1 ZPO . . . . .	1875
18.8	Sofortige Beschwerde nach § 252 ZPO gegen eine Entscheidung nach §§ 239 ff., 148 ff. ZPO . . . . .	1877
18.9	Sofortige Beschwerde gegen die Kostenentscheidung nach § 269 Abs. 3 S. 3 ZPO . . . . .	1878
18.10	Sofortige Beschwerde gegen die Ablehnung der Hinausschiebung der Urteils- zustellung nach § 317 Abs. 1 S. 3 ZPO . . . . .	1881
18.11	Sofortige Beschwerde nach § 319 Abs. 3 ZPO gegen einen Berichtigungs- beschluss . . . . .	1883
18.12	Sofortige Beschwerde des Zeugen gegen die Auferlegung der Kosten und die Verhängung von Ordnungsmitteln nach § 380 Abs. 3 ZPO. . . . .	1885
18.13	Sofortige Beschwerde nach § 387 Abs. 3 ZPO gegen ein Zwischenurteil über das Bestehen eines Zeugnisverweigerungsrechts . . . . .	1887
18.14	Sofortige Beschwerde des Beweisführers nach § 387 Abs. 3 ZPO gegen ein Zwischenurteil über das Bestehen eines Zeugnisverweigerungsrechts . . . . .	1889

18.15	Sofortige Beschwerde gegen die Verpflichtung zur Vorlage eines Augenscheinsobjektes nach §§ 371, 144, 387 Abs. 3 ZPO. . . . .	1891
18.16	Sofortige Beschwerde gegen die Zurückweisung des Antrags auf Ablehnung eines Sachverständigen nach § 406 Abs. 5 ZPO. . . . .	1893
18.17	Sofortige Beschwerde des Sachverständigen gegen die Auferlegung eines Ordnungsgeldes nach §§ 411 Abs. 2 S. 4, 409 Abs. 2 ZPO. . . . .	1895
18.18	Isolierter Antrag auf Übertragung der Beschwerdeentscheidung auf die Kammer oder den Senat nach § 568 S. 2 ZPO . . . . .	1897
18.19	Isolierter Antrag auf Aussetzung der Vollziehung der angefochtenen Entscheidung nach § 570 Abs. 2 ZPO . . . . .	1898
18.20	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 570 Abs. 3 ZPO . . . .	1899
18.21	Sofortige Beschwerde bei Vorliegen eines Nichtigkeits- oder Restitutionsgrundes . . . . .	1900
18.22	Beschwerde im Prozesskostenhilfverfahren . . . . .	1903
18.23	Anschreiben an einen beim BGH zugelassenen Rechtsanwalt zur Einlegung der Rechtsbeschwerde . . . . .	1905
18.24	Befristete Beschwerde gegen eine amtsgerichtliche Endentscheidung nach §§ 58 ff. FamFG – Grundmuster . . . . .	1906
18.25	Befristete Beschwerde gegen eine amtsgerichtliche Endentscheidung in Ehe- und Familienstreitverfahren . . . . .	1908
18.26	Fristverlängerungsgesuch Beschwerdebegründung ohne Zustimmung des Gegners . . . . .	1908
18.27	Weiteres Fristverlängerungsgesuch Beschwerdebegründung mit Zustimmung des Gegners. . . . .	1909
18.28	Beschwerdebegründung im Sinne des § 117 FamFG . . . . .	1910
<b>§ 19</b>	<b>Das Revisionsrecht – die Übergabe an den Revisionsanwalt</b>	
19.1	Muster für den Revisionskläger: Urteilsübersendung an die Partei bei Revisionszulassung durch das Berufungsgericht . . . . .	1935
19.2	Muster für den Revisionskläger bei rechtmäßigerweise teilweiser Revisionszulassung durch das Berufungsgericht . . . . .	1935
19.3	Muster für den Revisionskläger: Urteilsübersendung bei zweifelhafter Beschränkung der Revisionszulassung durch das Berufungsgericht . . . . .	1936
19.4	Muster für den Revisionskläger: Urteilsübersendung ohne Revisionszulassung . . . . .	1937
19.5	Muster für den Revisionskläger: Gutachten über die Erfolgsaussichten der Revision. . . . .	1938
19.6	Muster für den Revisionskläger: Revisionsauftrag bei uneingeschränkter Revisionszulassung durch das Revisionsgericht. . . . .	1938
19.7	Muster für den Revisionskläger: Revisionsauftrag bei beschränkter Revisionszulassung durch das Revisionsgericht . . . . .	1939
19.8	Muster für den Revisionskläger: Auftrag zur Anfertigung der Nichtzulassungsbeschwerde gegen Urteile ohne Revisionszulassung . . . . .	1940
19.9	Muster für den Revisionskläger: Anschreiben an den Gegner mit der Bitte, in die Übergehung des Berufungsverfahrens einzuwilligen . . . . .	1940

19.10	Muster für den Revisionskläger: Auftrag zur Anfertigung des Antrags auf Zulassung der Sprungrevision . . . . .	1941
19.11	Muster für den Revisionsbeklagten: Urteilsübersendung bei Revisionszulassung . . . . .	1942
19.12	Muster für den Revisionsbeklagten: Urteilsübersendung ohne Revisionszulassung . . . . .	1942
19.13	Muster für den Revisionsbeklagten: Die Übersendung der Nichtzulassungsbeschwerde an den Mandanten . . . . .	1943
19.14	Muster für den Revisionsbeklagten: Die Übersendung der Beschwerdebegründung bei offensichtlich fehlenden Erfolgsaussichten . . . . .	1943
19.15	Muster für den Revisionsbeklagten: Die Übersendung der Beschwerdebegründung bei nicht auszuschließenden Erfolgsaussichten . . . . .	1945
19.16	Muster für den Revisionsbeklagten: Übersendung der Revisionszulassung ohne vorherige Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 544 Abs. 3 ZPO . . . . .	1946
19.17	Muster für den Revisionsbeklagten: Die Übersendung der Revisionszulassung, wenn noch kein Revisionsanwalt eingeschaltet worden ist . . . . .	1947
19.18	Muster für den Revisionsbeklagten: Übersendung der Revisionsbegründung (oder des Schriftsatzes, mit dem zur Begründung der Revision auf die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde Bezug genommen wird), wenn Anschlussrevision eingelegt werden soll . . . . .	1948
19.19	Muster für den Revisionsbeklagten: Die Beauftragung des Revisionsanwalts zur Abgabe einer Stellungnahme auf die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	1948
19.20	Muster für den Revisionsbeklagten: Die Beauftragung des Revisionsanwalts bei Revisionszulassung ohne vorherige Möglichkeit zur Stellungnahme gem. § 544 Abs. 3 ZPO . . . . .	1949
19.21	Muster für den Revisionsbeklagten: Die Beauftragung eines Revisionsanwalts zur Anfertigung der Anschlussrevision . . . . .	1950
19.22	Muster für den Revisionsbeklagten: Die Beauftragung des Revisionsanwalts nach Vorlage der Revisionsbegründung (oder Bezugnahme auf die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde). . . . .	1950
19.23	Muster für den Revisionsbeklagten: Anschreiben an den Mandanten vor Einwilligung in die Übergehung der Berufungsinstanz bei der Sprungrevision . . .	1951
<b>§ 20</b>	<b>Wiedereinsetzung in den vorigen Stand</b>	
20.1	Darlegung der fehlenden Säumnis mangels laufender Frist . . . . .	1998
20.2	Darlegung der fehlenden Säumnis wegen rechtzeitiger Vornahme der fristgebundenen Prozesshandlung . . . . .	1999
20.3	Wiedereinsetzungsantrag für die Frist zur Abgabe der Verteidigungsanzeige nach Erlass eines Versäumnisurteils . . . . .	2001
20.4	Antrag auf Wiedereinsetzung in die Frist zur Abgabe der Verteidigungsanzeige vor Erlass eines Versäumnisurteils . . . . .	2003
20.5	Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Versäumung der Einspruchsfrist gegen ein Versäumnisurteil . . . . .	2004
20.6	Stellungnahme des Antragsgegners zum Wiedereinsetzungsantrag in die Einspruchsfrist gegen ein Versäumnisurteil . . . . .	2006

20.7	Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bezüglich der Berufungs- und der Berufungsbegründungsfrist . . . . .	2008
20.8	Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand allein bezüglich der Berufungsbegründungsfrist . . . . .	2010
20.9	Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bezüglich der Berufungsfrist bei einem Antrag auf Prozesskostenhilfe . . . . .	2011
20.10	Belehrung des Mandanten über Mitteilung von Veränderungen der wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse . . . . .	2013
20.11	Antrag auf Wiedereinsetzung in die Berufungsfrist nach Rücknahme des Prozesskostenhilfeantrags wegen veränderter Umstände . . . . .	2014
20.12	Wiedereinsetzungsantrag nach der Versäumung der Notfrist zur Verweigerung der Zustimmung zur Klagerücknahme . . . . .	2016
20.13	Wiedereinsetzungsantrag nach der Versäumung der Notfrist zur Erklärung der Erledigung der Hauptsache . . . . .	2018
20.14	Sofortige Beschwerde gegen die durch besonderen Beschluss des Gerichts verweigerte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . . . . .	2019

**§ 21 Die Wiederaufnahme des Verfahrens**

21.1	Nichtigkeitsklage bei ausschließlicher Zuständigkeit des erstinstanzlichen Gerichts . . . . .	2049
21.2	Nichtigkeitsklage bei ausschließlicher Zuständigkeit des Berufungsgerichts . . . . .	2051
21.3	Restitutionsklage bei ausschließlicher Zuständigkeit des erstinstanzlichen Gerichts . . . . .	2053
21.4	Restitutionsklage bei ausschließlicher Zuständigkeit des Berufungsgerichts . . . . .	2055
21.5	Wiederaufnahmeklage bei notwendiger Streitgenossenschaft . . . . .	2056
21.6	Wiederaufnahmeklage beim unberücksichtigt gebliebenen notwendigen Streitgenossen . . . . .	2057
21.7	Wiederaufnahmeklage des bereits erstinstanzlich beigetretenen, nichtselbstständigen Streithelfers . . . . .	2058
21.8	Wiederaufnahmeklage des noch nicht beigetretenen unselbstständigen Streithelfers, dem der Streit bereits verkündet wurde . . . . .	2059
21.9	Wiederaufnahmeklage des erstinstanzlich noch nicht beigetretenen unselbstständigen Streithelfers ohne vorangegangene Streitverkündung . . . . .	2060

**§ 22 Das familiengerichtliche Verfahren**

22.1	Stufenmahnung . . . . .	2115
22.2	Außergerichtliche Abwehr von Unterhaltsansprüchen wegen mangelnder Leistungsfähigkeit (Mangelfall). . . . .	2116
22.3	Außergerichtliche Geltendmachung von Elementar- und Altersvorsorgeunterhalt in der Trennungszeit . . . . .	2117
22.4	Geltendmachung von Trennungsunterhalt bei sehr guten Einkommensverhältnissen (Darlegung des konkreten Bedarfs). . . . .	2118
22.5	Trennungsunterhaltsantrag (Leistungsantrag) . . . . .	2121
22.6	Stufenantrag zur Geltendmachung von Trennungsunterhalt . . . . .	2124
22.7	Negative Mahnung zwecks Herabsetzung des titulierten Trennungsunterhalts . . . . .	2126
22.8	Abänderungsantrag zur Herabsetzung/Aufhebung des Trennungsunterhalts . . . . .	2127

22.9	Abänderungsstufenantrag zur Erhöhung des Trennungsunterhalts. . . . .	2129
22.10	Vollstreckungsabwehrantrag mit Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung . . . . .	2131
22.11	Negativer Feststellungsantrag. . . . .	2133
22.12	Antrag auf einstweilige Anordnung wegen Trennungsunterhalts außerhalb des Scheidungsverbundes . . . . .	2134
22.13	Antrag auf Aufhebung der einstweiligen Anordnung. . . . .	2137
22.14	Antrag auf einstweilige Anordnung wegen Verfahrenskostenvorschusses im Trennungsunterhaltsverfahren. . . . .	2138
22.15	Antrag auf Zustimmung zur gemeinsamen Veranlagung . . . . .	2140
22.16	Antrag auf Zustimmung zum begrenzten Realsplitting. . . . .	2142
22.17	Antrag auf Zahlung von Kindesunterhalt nach der Trennung der Eltern . . . . .	2144
22.18	Stufenantrag zur Geltendmachung von Kindesunterhalt . . . . .	2146
22.19	Abänderungsantrag zum Kindesunterhalt mit Hilfsantrag zur Rückzahlung zu viel gezahlten Unterhalts . . . . .	2148
22.20	Antrag auf einverständliche Ehescheidung . . . . .	2200
22.21	Antrag auf streitige Scheidung nach Ablauf des Trennungsjahres. . . . .	2203
22.22	Antrag auf Ehescheidung nach Ablauf von drei Trennungsjahren. . . . .	2203
22.23	Antrag auf Härtefallscheidung . . . . .	2204
22.24	Abweisung der Scheidung wegen unzumutbarer Härte. . . . .	2204
22.25	Antrag auf Scheidung nach türkischem Recht. . . . .	2206
22.26	Antrag auf Feststellung der Trennung nach italienischem Recht . . . . .	2208
22.27	Antrag auf Scheidung nach italienischem Recht . . . . .	2210
22.28	Antrag auf Abtrennung der Folgesachen. . . . .	2212
22.29	Außergerichtliche Geltendmachung von Elementar- und Krankenvorsorgeun- terhalt in der Trennungszeit nach Rechtshängigkeit des Scheidungsantrags . . .	2213
22.30	Leistungsantrag auf Ehegatten- und Kindesunterhalt im Verbundverfahren . . .	2214
22.31	Antrag zur Geltendmachung von Scheidungsunterhalt außerhalb des Schei- dungsverbundverfahrens. . . . .	2216
22.32	Auskunftsanspruch zur Berechnung des Zugewinns . . . . .	2218
22.33	Zugewinnausgleich als Folgesache im Scheidungsverfahren. . . . .	2219
22.34	Stufenantrag zur Geltendmachung des Zugewinnausgleichsanspruchs außerhalb des Scheidungsverbundes . . . . .	2224
22.35	Antrag auf vorzeitigen Zugewinnausgleich . . . . .	2226
22.36	Antrag auf Übertragung der alleinigen Entscheidungsbefugnis . . . . .	2238
22.37	Antrag auf Übertragung der elterlichen Sorge mit Zustimmung des anderen Elternteils. . . . .	2240
22.38	Streitiger Sorgerechtsantrag nach § 1671 Abs. 2 Nr. 2 BGB . . . . .	2241
22.39	Antrag auf Übertragung des Aufenthaltsbestimmungsrechts. . . . .	2242
22.40	Antrag auf Regelung des Umgangs . . . . .	2244
22.41	Antrag auf Kindesherausgabe. . . . .	2245
22.42	Antrag auf Auskunft nach § 1686 BGB . . . . .	2246
22.43	Einstweilige Anordnung zur elterlichen Sorge . . . . .	2248
22.44	Einstweilige Anordnung zum Umgang eines Elternteils . . . . .	2250

22.45	Antrag auf vorläufige Nutzung von Haushaltsgegenständen während der Trennungszeit . . . . .	2267
22.46	Antrag auf Zuteilung von Haushaltsgegenständen für die Zeit nach der Trennung . . . . .	2269
22.47	Antrag auf vorläufige Zuweisung der Ehewohnung während der Trennungszeit. . . . .	2271
22.48	Antrag auf Überlassung der Ehewohnung für die Zeit nach der Scheidung . . .	2272
22.49	Antrag auf einstweilige Anordnung wegen Haushaltsgegenständen. . . . .	2274
22.50	Einstweilige Anordnung wegen Überlassung der Ehewohnung . . . . .	2276
22.51	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 1 Gewaltschutzgesetz . . . . .	2283
22.52	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 2 Gewaltschutzgesetz . . . . .	2285
<b>§ 23</b>	<b>Die Kostenfestsetzung</b>	
23.1	Kostenfestsetzungsantrag nach §§ 104, 126 ZPO, § 11 RVG . . . . .	2335
23.2	Kostenausgleichungsantrag . . . . .	2337
23.3	Antrag auf öffentliche Zustellung des Kostenfestsetzungsantrages nach § 11 RVG . . . . .	2338
23.4	Sofortige Beschwerde gegen Kostenfestsetzung des Rechtsanwalts nach § 126 ZPO in eigenem Namen . . . . .	2339
23.5	Sofortige Erinnerung gegen Kostenfestsetzung des Rechtsanwalts nach § 11 Abs. 2 RpfLG in eigenem Namen . . . . .	2340
23.6	Sofortige Beschwerde gegen Kostenfestsetzung nach § 104 Abs. 3 ZPO . . . . .	2340
23.7	Sofortige Erinnerung gegen Kostenfestsetzung nach § 11 Abs. 2 RpfLG . . . . .	2341

## Bearbeiterverzeichnis

*David, Dr. Hans-Joachim*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und Notar, Münster

*Deckenbrock, Dr. Christian*

Akademischer Rat, Universität zu Köln

*Förger, Regine*

Richterin am Landgericht Koblenz

*Folgmann, Björn*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Düren

*Goebel, Frank-Michael*

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Koblenz

*Jordans, Dr. Roman, LL.M. (NZ)*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht sowie Syndikus eines Kreditinstituts, Aachen/Würselen

*Kohlmeyer, Martina*

Richterin am Oberlandesgericht Koblenz

*Krumscheid, Herbert*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Versicherungsrecht, Bonn

*Lühl, Thorsten*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, Köln

*Mönnig, Peter*

Richter am Amtsgericht Andernach

*Salten, Uwe, Dipl.-Rpfl.*

Rechtspfleger und Mitglied der Verfahrenspflegestelle „Automatisiertes gerichtliches Mahnverfahren in NRW I“, Amtsgericht Hagen, Zentrale Mahnabteilung

*Schatz, Jochen H.*

Rechtsanwalt, Berlin

*Schausten, Jochem*

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht, Krefeld

*Walter, Dr. Alexander*

Richter am Oberlandesgericht Koblenz

*Wilhelm-Lenz, Dr. Birgit*

Rechtsanwältin und Fachanwältin für Familienrecht, Koblenz



## Allgemeines Literaturverzeichnis

- Balzer*, Beweisaufnahme und Beweiswürdigung im Zivilprozess, 3. Auflage 2011
- Baumbach/Hueck*, GmbHG, 21. Auflage 2017
- Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann*, Zivilprozessordnung: ZPO, Kommentar, 76. Auflage 2018, zitiert: B/L/A/H-Hartmann
- Baumgärtel/Laumen/Prütting*, Handbuch der Beweislast – Grundlagen, 3. Auflage 2009
- Bayerlein*, Praxishandbuch Sachverständigenrecht, 5. Auflage 2015
- Beck'scher Online-Kommentar RVG, 40. Edition, Stand: 1.6.2018
- Beck'scher Online-Kommentar ZPO, 29. Edition, Stand: 1.7.2018
- Börger/Bosch/Heuschmid*, AnwaltFormulare Familienrecht, 6. Auflage 2016
- Crückeberg*, AnwaltFormulare Vorläufiger Rechtsschutz, 5. Auflage 2015
- Crückeberg*, Zivilprozessrecht, Anwaltliche Prozessführung in erster Instanz, 2. Auflage 2002
- Doukoff*, Beck'sches Mandatshandbuch Zivilrechtliche Berufung, 6. Auflage 2018
- Dürbeck/Gottschalk*, Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, Beratungshilfe, 8. Auflage 2016
- Eichele/Hitz/Oberheim*, Berufung im Zivilprozess, 5. Auflage 2017
- Eichele/Klinge*, Das Beweisbuch für den Anwalt, 1997
- v. Eicken/Hellstab/Dörndorfer/Asperger*, Die Kostenfestsetzung, 23. Auflage 2017
- Finke/Ebert*, Bonner Fachanwaltshandbuch für Familienrecht, 7. Auflage 2010
- Fölsch*, Das neue FamFG in Familiensachen, 2. Auflage 2009
- Gehrlein*, Zivilprozessrecht, 2. Auflage 2003
- Germelmann/Matthes/Prütting*, ArbGG, 9. Auflage 2017
- Gerold/Schmidt*, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz: RVG, Kommentar, 23. Auflage 2017
- Goebel*, AnwaltFormulare Zwangsvollstreckung, 5. Auflage 2016
- Goebel*, Inkassokosten, 2. Auflage 2016
- Goebel*, Das Beschwerderecht im Zivilprozessrecht, 2006
- Groß*, Anwaltsgebühren in Ehe- und Familiensachen, 4. Auflage 2014
- Groß, I.*, Beratungshilfe, Prozesskostenhilfe, Verfahrenskostenhilfe – Kommentar, 14. Auflage 2018
- Hannich/Meyer-Seitz*, ZPO, Reform 2002 mit Zustellreformgesetz, 2002
- Harte-Bavendamm/Henning-Bodewig*, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), 4. Auflage 2016
- Hartmann*, Kostengesetze, 48. Auflage 2018

- Heidinger/Leible/Schmidt*, GmbHG, 3. Auflage 2017
- Henssler/Strohn*, Gesellschaftsrecht, 3. Auflage 2016
- Hüffer/Koch*, Aktiengesetz, 13. Auflage 2018
- Jäckel*, Das Beweisrecht der ZPO, 2. Auflage 2015
- Jauernig/Hess*, Zivilprozessrecht, 30. Auflage 2011
- Kemper*, FamFG/FGG/ZPO, 2. Auflage 2009
- Kilian/Offermann-Burckart/vom Stein*, Praxishandbuch Anwaltsrecht, 3. Auflage 2018
- Köhler/Bornkamm/Feddersen*, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb: UWG, 36. Auflage 2018
- Kroiß*, Das neue Zivilprozeßrecht, 2002
- Kroiß/Seiler*, Das neue FamFG, 2. Auflage 2009
- Kummer*, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, 2003
- Lepa*, Typische Probleme im Haftpflichtprozess, 2007
- Lüke*, Zivilprozessrecht, 10. Auflage 2011
- Meyer-Rahe*, Anwaltstätigkeit im Falle des Obsiegens im Zivilprozeß in erster Instanz, 2004
- Meyke/Saueressig*, Darlegen und Beweisen im Zivilprozess, 3. Auflage 2016
- Michel/von der Seipen*, Der Schriftsatz des Anwalts im Zivilprozess, 6. Auflage 2004
- Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts, Bd. 1, 4. Auflage 2014
- Münchener Kommentar zum Aktiengesetz, Bd. 4, 4. Auflage 2016
- Münchener Kommentar zum BGB, Bd. 1, 7. Auflage 2015
- Münchener Kommentar zum BGB, Bd. 7, 7. Auflage 2017
- Münchener Kommentar zum FamFG, 2. Auflage 2013
- Münchener Kommentar zum GmbHG, Bd. 2, 2. Auflage 2016
- Münchener Kommentar zum HGB, Bd. 2, 4. Auflage 2016
- Münchener Kommentar zum Lauterkeitsrecht (UWG), 2. Auflage 2014
- Münchener Kommentar zur ZPO, Bd. 1, 5. Auflage 2016
- Münchener Kommentar zur ZPO, Bd. 2, 5. Auflage 2016
- Münchener Kommentar zur ZPO, Bd. 3, 5. Auflage 2017
- Musielak/Borth*, FamFG, 6. Auflage 2018
- Musielak/Voit*, Kommentar zur Zivilprozessordnung, 15. Auflage 2018
- Ohly/Sosnitza*, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb: UWG, 7. Auflage 2016
- Palandt*, Bürgerliches Gesetzbuch, Kommentar, 77. Auflage 2018
- Rehberg/Asperger/Vogt/Feller/Hellstab/Jungbauer/Bestelmeyer/Frankenberger*, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz: RVG, Kommentar, 7. Auflage 2018

- Rödel/Dahmen*, Rechtsmittel in der anwaltlichen Praxis, 3. Auflage 2006
- Saenger*, Zivilprozessrecht, Handkommentar, 7. Auflage 2017
- Salten/Gräve*, Gerichtliches Mahnverfahren und Zwangsvollstreckung, 6. Auflage 2016
- Schellhammer*, Zivilprozess, 15. Auflage 2016
- Schilken*, Zivilprozessrecht, 7. Auflage 2014
- Schneider, N.*, Fälle und Lösungen zum RVG, 4. Auflage 2015
- Schneider/Gronemann*, Befangenheitsablehnung im Zivilprozess, 4. Auflage 2017
- Schneider/Thiel*, Das neue Gebührenrecht für Rechtsanwälte, 2. Auflage 2014
- Schneider/Thiel*, Zivilprozessuales Beweisrecht, 2008
- Schneider/Wolf*, AnwaltKommentar RVG, 8. Auflage 2016
- Schuschke/Walker*, Vollstreckung und einstweiliger Rechtsschutz, Kommentar, 6. Auflage 2016
- Stein/Jonas*, Kommentar zur Zivilprozessordnung: ZPO, 22. Auflage seit 2002 bzw. 23. Auflage seit 2014
- Thomas/Putzo*, Zivilprozessordnung: ZPO, Kommentar, 39. Auflage 2018
- Vorwerk*, Das Prozessformularbuch, 10. Auflage 2015
- Wicke*, GmbHG, 3. Auflage 2016
- Wieczorek/Schütze*, ZPO, Bd. 11, 4. Auflage 2014
- Zöller*, Zivilprozessordnung, Kommentar, 32. Auflage 2018
- Zuck*, Die Anhörungsrüge im Zivilprozess, 2008



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
abw.	abweichend
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht
AG	Aktiengesellschaft; Amtsgericht; Arbeitgeber; Auftraggeber; Ausführungsgesetz
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGGVG	Gesetz zur Ausführung des GVG
AGH	Anwaltsgerichtshof
AGS	Anwaltsgebühren Spezial
AHB	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Haftpflicht-Versicherung
AKB	Allgemeine Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung
ALB	Allgemeine Lebensversicherungsbedingungen, Musterbedingungen für die Großlebensversicherung
allg.	allgemein
allg.M.	allgemeine Meinung
Alt.	Alternative
a.M.	anderer Meinung
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
AnwF	AnwaltFormulare
AnwK	AnwaltKommentar
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Arbeitsrechtliche Praxis

ARB	Allgemeine Rechtsschutzbedingungen
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung
ASt	Antragsteller
Aufl.	Auflage
AVAG	Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz
AVBl	Amts- und Verordnungsblatt
Az	Aktenzeichen
AZR	Ausländerzentralregister
B/L/A/H	Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann (siehe Lit.-Verzeichnis)
BABl	Bundesarbeitsblatt
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAnz	Bundesanzeiger
BauR	Baurecht (Zeitschrift)
BayAGBGB	(Bayerisches) Gesetz zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs
BayJMBI	Justizministerialblatt für Bayern
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGR	Rechtsprechungsreport des BayObLG
BayObLGZ	Entscheidungen des BayObLG in Zivilsachen
BaySchlG	Bayerisches Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung in Zivilsachen (Bayerisches Schlichtungsgesetz)
BayVerfGH	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs mit Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
BayVGH	Sammlung von Entscheidungen des bayerischen Verwaltungsgerichtshofs
BB	Betriebs-Berater
BbgSchlG	Gesetz zur Einführung einer obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung im Land Brandenburg (Brandenburgisches Schlichtungsgesetz)

Bd.	Band
BDO	Bundesdisziplinarordnung
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
BerH	Beratungshilfe
BerHG	Beratungshilfegesetz
BerHVV	BeratungshilfевordruckVO
BerlAnwBl	Berliner Anwalts-Blatt
BERzGG	Bundeserziehungsgeldgesetz
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofes
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BG	Berufungsgericht; Beamtengesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI I; II; III	Bundesgesetzblatt – Teil I; Teil II; Teil III
BGH	Bundesgerichtshof
BGHR	BGH-Rechtsprechung
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BinnSchVerfG	Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Binnenschiffahrtssachen
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
Bl	Blatt
BO	Berufsordnung
BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte
BPatG	Bundespatentgesetz
BR	Bundesrat
BRAGO	Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung
BRAGO prof.	BRAGO professionell (Zeitschrift)

BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAK-Mitt	Bundesrechtsanwaltskammer-Mitteilungen
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drucks	Bundesrats-Drucksache
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
bspw.	beispielsweise
BStBl	Bundessteuerblatt
BT	Bundestag
BT-Drucks	Bundestags-Drucksache
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVFG	Bundesvertriebenengesetz
BVG	Bundesversorgungsgesetz
BvR	Bundesverfassungsrichter
BwNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
ChemG	Chemikaliengesetz
CoR	Computer und Recht (Zeitschrift)
CR	Computer und Recht
DAR	Deutsches Autorecht (Zeitschrift)
DAVorm	Der Amtsvormund (Zeitschrift)
DB	Der Betrieb
DB-PKHG	Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Prozesskostenhilfe
ders.	derselbe

DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieherzeitung
d.h.	das heißt
DIN	Deutsche Industrienorm
DJ	Deutsche Justiz
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DM	Deutsche Mark
DNotIR	Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts-Report
DNotV	Zeitschrift des Deutschen Notarvereins (1.1901–33.1933,5; dann Deutsche Notar-Zeitschrift)
DNotZ	Deutsche Notarzeitschrift
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DR	Deutsches Recht
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drucks	Drucksache
DRV	Deutsche Rentenversicherung (Zeitschrift)
DRZ	Deutsche Rechtszeitschrift (ab 1946)
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStRE	DStR-Entscheidungsdienst
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis (Loseblatt-Sammlung)
DWW	Deutsche Wohnungswirtschaft
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EA	Einstweilige Anordnung
EBE	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Einführungsgesetz; Europäische Gemeinschaften
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGMR	Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
EGZPO	Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung
EheG	Ehegesetz

EheVO	Eheverordnung
EigZulG	Eigenheimzulagengesetz
Einf.	Einführung
EinglVO	Eingliederungs-Verordnung
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
Entw.	Entwurf
EStG	Einkommensteuergesetz
EStR	Einkommensteuer-Richtlinien
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
e.V.	eidesstattliche Versicherung
evtl.	eventuell
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWS	Europäisches Währungssystem; Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
EzFamR	Entscheidungssammlung zum Familienrecht (CD-ROM)
f., ff.	folgende, fortfolgende
FA	Finanzamt; Fachanwalt Arbeitsrecht (Zeitschrift)
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamGKG	Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen
FamRB	Familien-Rechts-Berater (Zeitschrift)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FamS	Familiensache
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte
FF	Forum Familienrecht

FG	Finanzgericht
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGO	Finanzgerichtsordnung
FK	Familienrecht kompakt
Fn	Fußnote
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht (Zeitschrift)
FuR	Familie und Recht (Zeitschrift)
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GB	Gesetzbuch; Grundbuch
GBI	Gesetzblatt
GBO	Grundbuchordnung
GbR	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts
GebrMG	Gebrauchsmustergesetz
gem.	gemäß
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
GeschmacksmusterG	Geschmacksmustergesetz
GesR	Gesundheitsrecht
GewO	Gewerbeordnung
GewSchG	Gewaltschutzgesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz
Gl.	Gläubiger
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH i. Gr.	GmbH in Gründung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GmS	Gemeinsamer Senat
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRURInt	GRUR Internationaler Teil
GV	Gerichtsvollzieher
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt

GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVGA	Gerichtsvollziehergeschäftsanweisung
GvKostG	Gerichtsvollzieherkostengesetz
GVO	Gerichtsvollzieherordnung
GVoBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HBG	Hessisches Beamtengesetz
HessVGH	Hessischer Verfassungsgerichtshof
HG	Gesetz über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
HHG	Häftlingshilfegesetz
HK	Handelskammer
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
HR	Handelsregister
HReg	Handelsregister
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung (Zeitschrift)
hrsg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
HSchlichtG	(Hessisches) Gesetz zur Regelung der außergerichtlichen Streit- schlichtung
HwK	Handwerkskammer
HWS	Halswirbelschleudertrauma
i.A.	im Auftrag
IBR	Immobilien & Baurecht
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.d.S.	in diesem Sinne
i.E.	im Ergebnis
IHK	Industrie- und Handelskammer
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere
insg.	insgesamt
InsO	Insolvenzordnung

InVo	Insolvenz und Vollstreckung
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i.S.d.	im Sinne des
ISO	International Organization for Standardization
i.S.v.	im Sinne von
i.Ü.	im Übrigen
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JBl	Justizblatt
Jg.	Jahrgang
JMBI	Justiz-Ministerialblatt
JP	Juristische Praxis (Zeitschrift)
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JurBüro	Juristisches Büro
JuS	Juristische Schulung
JustG NRW	Gesetz über die Justiz im Land Nordrhein-Westfalen (Justizgesetz Nordrhein-Westfalen)
Justiz	Die Justiz
JVBl	Justizverwaltungsblatt
JVEG	Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz
JW	Juristische Wochenschrift
JWG	Jugendwohlfahrtsgesetz
JZ	Juristenzeitung
K&R	Kommunikation und Recht
Kap.	Kapitel
KfH	Kammer für Handelssachen
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kommanditgesellschaft; Kammergericht
KGR	Kammergerichtsrechtsprechung
KG-Rp/KGR	Rechtsprechungsreport des Kammergerichts Berlin
KGRspr	Kammergerichtsrechtsprechung
Kind-Prax	Kindschaftsrechtliche Praxis
KJ	Kritische Justiz

KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
KKZ	Kommunal-Kassen-Zeitschrift
KostO	Kostenordnung
KostRsp	Kostenrechtsprechung
KostVfg	Kostenverfügung
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen (ab 50. 1998 Zeitschrift für Insolvenzrecht /vorher Konkurs- und Treuhandwesen)
KV	Kostenverzeichnis
KVGKG	Kostenverzeichnis (Anlage zum GKG)
KVGvKostG	Kostenverzeichnis (Anlage zum GvKostG)
LAG	Landesarbeitsgericht; Lastenausgleichsgesetz
LAGE	Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte
LArbG	Landesarbeitsgericht
lfd.	laufend
LG	Landgericht
Lit.	Literatur
LM	Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs, hrsg. von Lindenmaier, Möhring u.a.
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
LS	Leitsatz
LSchlG S-H	(Schleswig-Holsteinisches) Gesetz zur Ausführung von § 15a des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung (Landesschlichtungsgesetz)
LSG	Landessozialgericht
LVA	Landesversicherungsanstalt
LWVG	Landeswohlfahrtsverbände-gesetz
MarkenG	Markengesetz
MB	Marburger Bund
MDP	Mitteilungen der deutschen Patentanwälte
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m.E.	meines Erachtens
MediationsG	Mediationsgesetz
MedR	Medizinrecht (Zeitschrift)

MinBl	Ministerialblatt
mind.	mindestens
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkasse Bayern
MittdschPatAnw	Mitteilungen der Deutschen Patentanwälte (Zeitschrift)
MK	Mietrecht kompakt
MMR	MultiMedia und Recht
m.N.	mit Nachweisen
MSA	Minderjährigenschutzübereinkommen
MünchKomm	Münchener Kommentar
MuW	Markenschutz und Wettbewerb
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MwSt	Mehrwertsteuer
m.W.v.	mit Wirkung vom
NachbG NRW	(Nordrhein-westfälisches) Nachbarrechtsgesetz
NachbG S-H	Nachbarrechtsgesetz für das Land Schleswig-Holstein
NdsRpfl	Niedersächsische Rechtspflege (Zeitschrift)
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge
n.F.	neue Fassung
NJ	Neue Justiz
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-COR	NJW-Computerreport
NJWE	NJW-Entscheidungsdienst
NJWE-FER	NJW-Entscheidungsdienst-Familien- und Erbrecht
NJWE-MietR	NJW-Entscheidungsdienst-Miet- und Wohnungsrecht
NJWE-VHR	NJW-Entscheidungsdienst-Versicherungs- und Haftungsrecht
NJWE-WettbR	NJW-Entscheidungsdienst-Wettbewerbsrecht
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport
N.N.	nomen nescio (lat.)
NNachbG	Niedersächsisches Nachbarrechtsgesetz
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis

Nr.	Nummer
NSchLG	Niedersächsisches Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung (Niedersächsisches Schlichtungsgesetz)
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
n.v.	nicht veröffentlicht
NVersZ	Neue Zeitschrift für Versicherung und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWB	Neue Wirtschaftsbriefe
NWVBl	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungs-Report Arbeitsrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
o.a.	oben angegeben
o.g.	oben genannt
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OLGE	Entscheidungssammlung der Oberlandesgerichte
OLGR	OLG Report
OLGReport	Zivilrechtsprechung der Oberlandesgerichte
OLGRspr	Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiete des Zivilrechts
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
OVG	Oberverwaltungsgericht
PA	Prozessrecht aktiv (Zeitschrift)
PartGG	Partnerschaftsgesetz
PatG	Patentgesetz
PfIVG	Pflichtversicherungsgesetz
PKH	Prozesskostenhilfe
Pkw	Personenkraftwagen

PLZ	Postleitzahl
PostG	Gesetz über das Postwesen
PStG	Personenstandsgesetz
PVR	Praxis Verkehrsrecht (Zeitschrift)
RA	Rechtsanwalt
RAin	Rechtsanwältin
RdA	Recht der Arbeit
Rdn	Randnummer innerhalb dieses Werkes
RDV	Recht der Datenverarbeitung
RegBetrVO	Regelbetrags-Verordnung
RegBl	Regierungsblatt
RenoR	Reno-Report (Zeitschrift)
RG	Reichsgericht
RGBI	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des RG in Zivilsachen
RhPflSchlG	Landesgesetz zur Ausführung des § 15a des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung (Landesschlichtungsgesetz)
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RKEG	Gesetz über die religiöse Kindererziehung
Rn	Randnummer in anderen Veröffentlichungen
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
RpflG	Rechtspflegergesetz
RpflJb	Rechtspfleger-Jahrbuch
RpflStud	Rechtspfleger-Studienhefte
RR	Rechtsprechungsreport
Rspr.	Rechtsprechung
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
RWS	Kommunikationsforum Recht-Wirtschaft-Steuern
s.	siehe
s.a.	siehe auch
SAE	Sammlung Arbeitsrechtlicher Entscheidungen
SchadPrax	Schadenpraxis (Zeitschrift)

SchAG NRW	Gesetz über das Schiedsamt in den Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen (Schiedsamtsgesetz)
ScheckG	Scheckgesetz
SchiffsRegO	Schiffsregisterverordnung
SchlGNRW	Gütestellen- und Schlichtungsgesetz des Landes NRW
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
SchlHOLG	Schleswig-Holsteinisches Oberlandesgericht
SchStG M-V	Schiedsstellen- und Schlichtungsgesetz (des Landes Mecklenburg-Vorpommern)
SchStG S-A	Schiedsstellen- und Schlichtungsgesetz (des Landes Sachsen-Anhalt)
SchuModG	Schuldrechtsmodernisierungsgesetz
SG	Sozialgericht
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SigG	Signaturgesetz
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannte/r/s
SozR	Sozialrechtliche Rechtsprechung und Schrifttum (Loseblatt-Sammlung)
SP	Schadenpraxis
StA	Staatsanwaltschaft
StAZ	Zeitschrift für Standesamtswesen
StB	Der Steuerberater
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
st.Rspr.	ständige Rechtsprechung
str.	streitig
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung
StW	Steuer-Warte (Zeitschrift)
s.u.	siehe unten
SZ	Süddeutsche Zeitung

ThürSchStG	Thüringer Gesetz über die Schiedsstellen in den Gemeinden (Thüringer Schiedsstellengesetz)
TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz
u.a.	unter anderem
u.E.	unseres Erachtens
UFITA	Archiv für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht
UKlaG	Unterlassungsklagengesetz
umstr.	umstritten
unstr.	unstreitig
UR	Umsatzsteuer-Rundschau (Zeitschrift)
UrhG	Urhebergesetz
urspr.	ursprünglich
Urt.	Urteil
USt	Umsatzsteuer
usw.	und so weiter
u.U.	unter Umständen
UVG	Unterhaltsvorschussgesetz
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VA	Verwaltungsakt
VAHRG	Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich
VE	Vollstreckungsrecht effektiv (Zeitschrift)
Verf.	Verfassung; Verfasser
VerlG	Gesetz über das Verlagsrecht
VersPrax	Versicherungspraxis
VersR	Versicherungsrecht
Verz.	Verzeichnis
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verfassungsgerichtshof; Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
v.H.	vom Hundert
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Investitionsrecht
VKH	Verfahrenskostenhilfe
VMBI	Ministerialblatt des Bundesministers für Verteidigung
VN	Versicherungsnehmer

VO	Verordnung
VOBl	Verordnungsblatt
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung (Zeitschrift)
VuR	Verbraucher und Recht (Zeitschrift)
VV	Vergütungsverzeichnis (Anlage zum RVG)
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
WettbR	Wettbewerbsrecht
WEZ	Zeitschrift für Wohnungseigentumsrecht
WF	Wertermittlungsforum (Zeitschrift)
WG	Wechselgesetz
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung
WiR	Wirtschaftsrecht
wistra	Zeitschrift für Wirtschaft, Steuer, Strafrecht
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WoBauG	Wohnungsbaugesetz
WoGG	Wohngeldgesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht
WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WuW/E	Wirtschaft und Wettbewerb/Entscheidungssammlung zum Kartellrecht
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
z.B.	zum Beispiel
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Baurecht
ZfF	Zeitschrift für Fürsorgewesen
ZFIR	Zeitschrift für Immobilienrecht

zfs	Zeitschrift für Schadensrecht
ZfSH	Zeitschrift für Sozialhilfe
ZfStrVO	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe
ZGB	Schweizerisches bzw. türkisches Zivilgesetzbuch
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
zit.	zitiert
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZNotP	Zeitschrift für die Notarpraxis
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRHO	Rechtshilfeordnung für Zivilsachen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZS	Zivilsenat
z.T.	zum Teil
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZustDG	EG-Zustellungsdurchführungsgesetz
ZustRG	Zustellungsreformgesetz
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung
ZVI	Zeitschrift für Verbraucher-Insolvenzrecht
zzgl.	zuzüglich
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess



# § 1 Das obligatorische außergerichtliche Schlichtungsverfahren nach § 15a EGZPO

Dr. Christian Deckenbrock/Dr. Roman Jordans

## Inhalt

	Rdn		Rdn
<b>A. Ziele des Gesetzgebers</b> . . . . .	1	2. Obligatorischer Güetermin nach § 278 Abs. 2 ZPO . . . . .	92
<b>B. Anwendungsbereich</b> . . . . .	4	3. Exkurs: Sonderfall gerichtsinterne Mediation . . . . .	93
I. Überblick über die bundesrechtlichen Vorgaben . . . . .	4	4. Exkurs: Schuldnerberatung/Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	94
II. Überblick über die landesrechtlichen Ausführungsgesetze . . . . .	11	II. Freiwillige Schlichtung . . . . .	95
<b>C. Voraussetzungen für die Durchführung eines Schlichtungsverfahrens im Einzelnen</b> . . . . .	26	1. Auf gesetzlicher Basis . . . . .	95
I. Vermögensrechtliche Streitigkeiten . . . . .	26	a) Schiedsamt . . . . .	95
II. Nachbarstreitigkeiten . . . . .	28	b) Sonstige gesetzesgemäß verordnete Schlichtungen . . . . .	97
III. Ehrverletzungsstreitigkeiten . . . . .	40	aa) ODR-VO . . . . .	100
IV. Anwendungsbereich im Rahmen des AGG . . . . .	47	bb) ADR-Richtlinie . . . . .	102
<b>D. Prozessuale Fragestellungen</b> . . . . .	49	cc) VSBG . . . . .	103
I. Keine Nachholbarkeit eines Schlichtungsverfahrens . . . . .	53	2. Auf privater Basis . . . . .	108
II. Klagehäufung . . . . .	62	a) Ombudsmann-Verfahren . . . . .	108
III. Klageerweiterung und -änderung . . . . .	65	aa) Ombudsmann privater Banken . . . . .	110
IV. Besonderheiten bei Verweisung des Rechtsstreits wegen sachlicher Unzuständigkeit . . . . .	72	bb) Schlichtungsstelle DSGVO . . . . .	112
<b>E. Verjährung</b> . . . . .	74	cc) Schlichtungsstelle Volksbanken Raiffeisenbanken . . . . .	113
<b>F. Kostenfragen</b> . . . . .	81	dd) Schlichtungsstelle der Deutschen Bundesbank . . . . .	114
<b>G. Abgrenzung der obligatorischen vorgerichtlichen Streitschlichtung nach § 15a EGZPO von anderen Arten der Streitbeilegung</b> . . . . .	88	ee) Ombudsmann für private Versicherungen . . . . .	115
I. Gerichtliche Maßnahmen . . . . .	91	ff) Ombudsmann in der PKV . . . . .	116
1. Gütliche Einigung nach § 278 Abs. 1 ZPO . . . . .	91	b) Weitere verbraucher-schützende Stellen . . . . .	117
		III. Freiwillige Streitbeilegung ohne Entscheidungsbefugnis – Mediation . . . . .	120
		IV. Freiwillige Streitbeilegung mit Entscheidungsbefugnis – Schiedsgerichtsbarkeit . . . . .	122

## Literatur:

*Baldringer*, Obligatorische außergerichtliche Streitschlichtung vor Klageerhebung – zugleich Anmerkung zu BGH, Urt. v. 23.11.2004 – VI ZR 336/03, *VuR* 2005, 285; *Basedow*, Rechtsdurchsetzung und Streitbeilegung, *JZ* 2018, 1; *Becker/Nicht*, Einigungs-

versuch und Klagezulässigkeit, ZRP 120 (2007), 159; *Bitter*, Die Crux mit der obligatorischen Schlichtung nach § 15a EGZPO – Zulässige und unzulässige Strategien zur Vermeidung eines Schlichtungsverfahrens, NJW 2005, 1235; *Beunings*, Die obligatorische Streitschlichtung im Zivilprozess, AnwBl 2004, 82; *Deckenbrock/Jordans*, Auswirkungen der obligatorischen Streitschlichtung nach § 15a EGZPO auf den Zivilprozess, JA 2004, 913; *dies.*, Novellierung der Ausführungsgesetze zu § 15a EGZPO, MDR 2006, 421; *dies.*, Neue Entwicklungen bei der obligatorischen Streitschlichtung nach § 15a EGZPO, MDR 2009, 1202; *dies.*, Die obligatorische Streitschlichtung nach § 15a EGZPO, MDR 2013, 945; *dies.*, Aktuelle Entwicklungen bei der obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung nach § 15a EGZPO, MDR 2017, 376; *Duchstein*, Die Bestimmtheit des Güteantrags zur Verjährungshemmung, NJW 2014, 342; *Eidenmüller*, Obligatorische außergerichtliche Streitbeilegung: Eine *contradictio in adiecto*?, JZ 2015, 539; *Feix*, Die Verankerung einvernehmlicher Streitbeilegung im deutschen Zivilprozessrecht – Grundfragen zum Nutzen zivilverfahrensrechtlicher Regelungen für die Förderung einer konsensorientierten Streitkultur, 2004; *Fischer/Schmidtbleicher*, Lieber schlichten als richten, AnwBl 2005, 233; *Friedrich*, Aktuelle Entscheidungen zu § 15a EGZPO, NJW 2002, 3223; *ders.*, Aktuelle Entscheidungen zum obligatorischen außergerichtlichen Schlichtungsverfahren, NJW 2003, 3534; *Greger*, Die von der Landesjustizverwaltung anerkannten Gütestellen: Alter Zopf mit Zukunftschancen, NJW 2011, 1478; *Grziwotz/Peter*, Die einvernehmliche Streitbeilegung im Nachbarschaftsrecht, MDR 2017, 617; *Jenkel*, Der Streitschlichtungsversuch als Zulässigkeitsvoraussetzung in Zivilsachen, 2002; *Jordans*, Der rechtliche Charakter von Ombudsmann-Systemen und ihren Entscheidungen, VuR 2003, 253; *ders.*, Außergerichtliche Streitbeilegung – ein Überblick, VuR 2004, 92; *ders.*, Das neue Mediationsgesetz – Chancen und Anforderungen für Rechtsanwälte, MDR 2013, 65; *Klocke*, Über Schlichtungsverfahren zum Zwecke der Verjährungshemmung gem. § 204 Abs. 1 Nr. 4 BGB, FS Prütting, 2018, S. 869; *Klose*, Entwicklungen bei der außergerichtlichen Streitbeilegung, NJ 2018, 12; *Knodel/Winkler*, Obligatorische Streitschlichtung – hilfreich oder lästig?, ZRP 2008, 183; *Lauer*, Erfahrungen mit der außergerichtlichen Schlichtung in Ausführung des § 15a EGZPO, NJW 2004, 1280; *May/Moser*, Anerkannte Gütestellen in der anwaltlichen Praxis – Verjährungshemmung und Konfliktmanagement durch Güteanträge, NJW 2015, 1637; *Prütting*, Außergerichtliche Streitschlichtung, 2002; *Röhl/Weiß*, Die obligatorische Streitschlichtung in der Praxis, 2005; *Schilken*, Probleme der außergerichtlichen obligatorischen Streitschlichtung aufgrund der Öffnungsklausel nach § 15a EGZPO, FS Ishikawa, 2001, 471; *Steike/Borowski*, Verjährungshemmung in Gütestellenverfahren, VuR 2017, 218; *Stöber*, Das obligatorische Schlichtungsverfahren nach § 15a EGZPO, JA 2014, 607; *Thewes*, Geschäftstätigkeit der Schiedspersonen, NJW-aktuell 19/2018, 17; *Wesche*, Obligatorische Schlichtung für kleine Streitwerte – Eine kritische Zwischenbilanz aus der Praxis, MDR 2003, 1029; *ders.*, Zwangsschlichtung oder Schlichtungsanreiz, ZRP 2004, 49.

## A. Ziele des Gesetzgebers

Seit dem 1.1.2000 eröffnet der mit dem Gesetz zur Förderung der außergerichtlichen Streitbeilegung<sup>1</sup> neu geschaffene § 15a EGZPO den Bundesländern die Möglichkeit, für bestimmte Fälle (dazu Rdn 4 ff., 26 ff.) ein obligatorisches außergerichtliches Schlichtungsverfahren vor Klageerhebung vorzuschreiben. Mit dieser Verlagerung der Konfliktregelung von den Gerichten auf alternative Streitschlichtungsstellen versprach sich der Bundesgesetzgeber zum einen eine **Entlastung der Justiz**. Zum anderen verband er damit die Hoffnung, dass durch eine Inanspruchnahme solcher Stellen **Konflikte rascher und kostengünstiger bereinigt** werden. Schließlich könnten konsensuale Lösungen in manchen Fallgestaltungen eher **dauerhaften Rechtsfrieden** stiften als eine gerichtliche Entscheidung. In einem Schlichtungsverfahren könnten nämlich Tatsachen berücksichtigt werden, die für die Lösung des Konflikts der Parteien von wesentlicher oder ausschlaggebender Bedeutung, rechtlich jedoch irrelevant seien.<sup>2</sup>

Die Einführung der obligatorischen Streitschlichtung ist dabei nur als Teil einer Reihe von Maßnahmen zu sehen, die die Entlastung der Gerichte bezwecken und eine rasche und kostengünstige Konfliktbereinigung ermöglichen sollen. Dabei wurden **sowohl freiwillige als auch zwangsweise Modelle** verfolgt. Neben der gerichtsnahen und gerichtsinternen Mediation sowie der Förderung des Vergleichsschlusses durch Änderungen in der ZPO und im RVG sind weitere Maßnahmen der außer- und vorgerichtlichen Streitbeilegung zu nennen wie beispielsweise zahlreiche Ombudsverfahren verschiedener Branchen der Wirtschaft. Die erforderliche Abgrenzung dieser anderen Schlichtungsarten zur hier primär behandelten obligatorischen Streitschlichtung nach § 15a EGZPO wird unter VII. (Rdn 88 ff.) vorgenommen.

### *Hinweis:*

Das BVerfG hat die **Verfassungsmäßigkeit des § 15a EGZPO** und der entsprechenden landesrechtlichen Ausführungsvorschriften bestätigt. Das Erfordernis, ein außergerichtliches Schlichtungsverfahren vor Erhebung einer Klage durchzuführen, verstoße weder gegen Art. 19 Abs. 4 GG noch gegen den allgemeinen Justizgewährungsanspruch. Der Gesetzgeber sei nicht gehalten, nur kontradiktorische Verfahren vorzusehen. Er könne auch Anreize für eine einverständliche Streitbewältigung schaffen, etwa um die Konfliktlösung zu beschleunigen, den Rechtsfrieden zu fördern oder die staatlichen Gerichte zu entlasten. Ergänzend müsse allerdings der Weg zu einer Streitentscheidung durch die staatlichen Gerichte eröffnet bleiben. Die Regelung belaste den Rechtsuchenden daher nicht unangemessen, zumal sie auf Fälle eher geringer wirtschaftlicher Bedeutung begrenzt sei. Eine restriktive Auslegung der Norm dahingehend, dass bei erkennbarer Aussichtslosigkeit die Durchführung des Schlichtungsverfahrens entbehrlich werde, sei verfassungsrechtlich nicht geboten.

1 V. 15.12.1999, BGBI I, S. 2400.

2 RegE BT-Drucks 14/980, S. 5.

Der Gesetzgeber habe typisierend davon ausgehen dürfen, dass der erfolglose Verlauf vorprozessualer Gespräche zwischen den Parteien nicht zwingend auf die Aussichtslosigkeit eines Schlichtungsverfahrens hindeute.<sup>3</sup>

## B. Anwendungsbereich

### I. Überblick über die bundesrechtlichen Vorgaben

#### 4 Die Öffnungsklausel des § 15a EGZPO ist beschränkt auf

1. vermögensrechtliche Streitigkeiten vor dem Amtsgericht über Ansprüche, deren Gegenstand an Geld oder Geldeswert die Summe von 750 EUR nicht übersteigt,
2. Streitigkeiten über Ansprüche aus dem Nachbarrecht nach den §§ 910, 911, 923 BGB und nach § 906 BGB sowie nach den landesgesetzlichen Vorschriften i.S.d. Art. 124 EGBGB, sofern es sich nicht um Einwirkungen von einem gewerblichen Betrieb handelt,
3. Streitigkeiten über Ansprüche wegen Verletzung der persönlichen Ehre, die nicht in Presse oder Rundfunk begangen worden sind, sowie
4. – nach einer 2006 erfolgten Änderung –<sup>4</sup> Streitigkeiten über Ansprüche nach Abschnitt 3 des AGG.

#### 5 Eine weitere Begrenzung erfolgt durch § 15a Abs. 2 S. 1 EGZPO, der verschiedene Streitigkeiten streitwertunabhängig vom Anwendungsbereich ausnimmt. Hierbei handelt es sich um Verfahren, in denen die Vorschaltung eines Schlichtungsverfahrens zu praktischen Schwierigkeiten führen würde.<sup>5</sup> Im Einzelnen bedarf es der vorherigen Durchführung eines außergerichtlichen Streitschlichtungsverfahrens nicht bei Klagen nach den §§ 323, 323a, 324, 328 ZPO, Widerklagen und Klagen, die binnen einer gesetzlichen oder gerichtlich angeordneten Frist zu erheben sind (Nr. 1), bei Wiederaufnahmeverfahren (Nr. 3), bei Ansprüchen, die im Urkunden- oder Wechselprozess geltend gemacht werden (Nr. 4), bei der Durchführung des streitigen Verfahrens, wenn ein Anspruch im Mahnverfahren geltend gemacht worden ist (Nr. 5), und bei Klagen wegen vollstreckungsrechtlicher Maßnahmen, insbesondere nach dem Achten Buch der Zivilprozessordnung (Nr. 6). Ein Schlichtungsverfahren ist nach § 15a Abs. 2 S. 2 EGZPO zudem entbehrlich, wenn die Parteien nicht in demselben Bundesland wohnen oder dort ihren Sitz oder eine Niederlassung haben.

#### 6 Ein vorgeschaltetes **selbstständiges Beweisverfahren** entbindet nicht per se von der Durchführung eines Schlichtungsverfahrens. Zwar finde das obligatorische Streitschlichtungsverfahren – wie von § 15a Abs. 2 S. 1 Nr. 1 EGZPO vorgegeben – keine Anwendung auf Klagen nach den §§ 323, 323a, 324, 328 ZPO, Widerklagen und schließlich „Klagen, die binnen einer gesetzlichen oder gerichtlich angeordneten Frist zu erheben

<sup>3</sup> BVerfG, Beschl. v. 14.2.2007 – 1 BvR 1351/01, BVerfGK 10, 275, 278 ff. = NJW-RR 2007, 1073 f.

<sup>4</sup> Mit Wirkung v. 18.8.2006 durch Art. 3 Abs. 16 des Gesetzes zur Umsetzung europäischer Richtlinien zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung v. 14.8.2006, BGBl I, S. 1897, 1910.

<sup>5</sup> BGH, Urt. v. 8.12.2017 – V ZR 16/17, NJW-RR 2018, 394 Rn 13 unter Verweis auf RegE BT-Drucks 14/980, S. 7.

sind“. Mit der für fristgebundene Klagen geschaffenen Ausnahme wollte der Gesetzgeber Friktionen mit der Einhaltung der Frist für die Klageerhebung verhindern. Allerdings folgt einem selbstständigen Beweisverfahren nicht automatisch und fristgebunden das Klageverfahren, sondern das Gericht kann gem. § 494a Abs. 1 ZPO nur auf Antrag des Beklagten hin eine Frist für die Klageerhebung bestimmen. Fehlt es an einem solchen Antrag des Beklagten und damit auch an einer Anordnung des Gerichts, die Klage innerhalb einer bestimmten Frist zu erheben, verbleibt es damit bei dem Erfordernis der Durchführung des Schlichtungsverfahrens.<sup>6</sup>

Entsprechendes gilt auch für den Fall, dass vor Klageerhebung ein **einstweiliges Verfügungsverfahren** durchgeführt wurde. Ist die Hauptsache nicht anhängig, so kann auch hier das zuständige Gericht nach § 936 ZPO i.V.m. § 926 ZPO nur auf Antrag des Verfügungsgegners anordnen, dass die Partei, die die einstweilige Verfügung erwirkt hat, binnen einer zu bestimmenden Frist Klage in der Hauptsache zu erheben hat. Fehlt es an einer tatsächlich gesetzten Frist aufgrund gerichtlicher Anordnung, ist die Durchführung des obligatorischen Schlichtungsverfahrens nicht entbehrlich.<sup>7</sup>

Schließlich bietet § 15a Abs. 2 S. 1 Nr. 5 EGZPO in vermögensrechtlichen Streitigkeiten eine gesetzliche Umgehungsmöglichkeit: Wird ein Anspruch im **Mahnverfahren** geltend gemacht, ist die vorherige Durchführung eines Schlichtungsverfahrens entbehrlich.

Streitigkeiten **über Ansprüche wegen Nachbarrechten**, die innerhalb einer gesetzlich angeordneten materiell-rechtlichen Ausschlussfrist mit der Klage geltend zu machen sind, unterliegen der obligatorischen Streitschlichtung; die nachbarrechtlichen Ausschlussfristen stellen nach einer Entscheidung des V. Zivilsenats keinen Fall des § 15a Abs. 2 S. 1 Nr. 1 EGZPO dar.<sup>8</sup> Hiermit seien allein Klagen gemeint, die aufgrund ihrer Eilbedürftigkeit innerhalb einer kurzen prozessualen Frist erhoben werden müssen. Als Beispiele benennt der Senat die Klage nach § 878 Abs. 1 ZPO (Widerspruchsklage im Verteilungsverfahren), die innerhalb von einem Monat zu erheben ist,<sup>9</sup> und die Klage nach § 558b Abs. 2 S. 1 BGB (Klage auf Erteilung der Zustimmung zur Mieterhöhung), für die die Klagefrist nach § 558b Abs. 2 S. 2 BGB drei Monate beträgt.<sup>10</sup>

#### *Hinweis:*

Weiterhin ist ein Schlichtungsverfahren nach § 15a Abs. 3 EGZPO dann nicht erforderlich, wenn die Parteien einvernehmlich einen **Einigungsversuch vor einer sonstigen Gütestelle**, die Streitbelegungen betreibt, unternommen haben (siehe zu anderen Formen der außergerichtlichen Schlichtung Rdn 88 ff.).

6 OLG Saarbrücken, Urt. v. 22.1.2015 – 4 U 34/14, BeckRS 2015, 06193; LG Wiesbaden, Urt. v. 10.7.2015 – 1 O 204/14, BeckRS 2016, 08630.

7 OLG Saarbrücken, Urt. v. 20.5.2015 – 1 U 131/14, BeckRS 2015, 10748.

8 BGH, Urt. v. 8.12.2017 – V ZR 16/17, NJW-RR 2018, 394 Rn 8 ff. (zum NachbG S-H); ebenso AG Königstein, Beschl. v. 12.5.2003 – 21 C 491/03 (12), NJW 2003, 1954, 1955; MüKo-ZPO/Gruber, § 15a EGZPO Rn 40 Fn 109.

9 BGH, Urt. v. 8.12.2017 – V ZR 16/17, NJW-RR 2018, 394 Rn 13 unter Verweis auf RegE BT-Drucks 14/980, S. 7.

10 BGH, Urt. v. 8.12.2017 – V ZR 16/17, NJW-RR 2018, 394 Rn 13.

## II. Überblick über die landesrechtlichen Ausführungsgesetze

- 11 Der Bundesgesetzgeber hat von einer bundeseinheitlichen Einführung der obligatorischen Streitschlichtung unter Hinweis auf das **Fehlen eines flächendeckenden Netzes an Gütestellen** und die deshalb zu erwartenden Verzögerungen des Zugangs zu den Gerichten abgesehen.<sup>11</sup> Vielmehr gibt die bundesrechtliche Regelung des § 15a EGZPO nur den Rahmen vor, in dem sich die verschiedenen Bundesländer bewegen können. Die Länder dürfen keine Regelungen treffen, die über die Grenzen dieser Öffnungsklausel hinausgehen. Sie sind aber nicht gezwungen, diese vollständig auszunutzen oder von der Ermächtigung überhaupt Gebrauch zu machen. In der Tat enthalten die einzelnen Ausführungsgesetze zum Teil signifikante Unterschiede. Der Rechtsanwender muss daher neben § 15a EGZPO auch stets – wenn überhaupt vorhanden – das jeweilige Ausführungsgesetz des Landes im Blick haben.
- 12 Nach Inkrafttreten des § 15a EGZPO hatten mit Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein zunächst acht Bundesländer von der Ermächtigung des § 15a EGZPO Gebrauch gemacht. Um nach einer gewissen Zeit zu überprüfen, ob die obligatorische Streitschlichtung die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllt, hat eine **Bund-Länder-Arbeitsgruppe den Erfolg und die Praxistauglichkeit der außergerichtlichen obligatorischen Streitbeilegung** unter dem Thema „Umsetzung des § 15a EGZPO“ unter die Lupe genommen. Sie ist in ihrem Abschlussbericht 2007 u.a. zu folgenden Feststellungen gelangt:<sup>12</sup>
- *„In ihrer Struktur soll die Regelung des § 15a EGZPO als länderoffene Regelung beibehalten werden.*
  - *Ungeachtet des Umstandes, dass der rein streitwertbezogene Ansatz des § 15a Abs. 1 Nr. 1 EGZPO in der Praxis auf heftige Kritik stößt, wird von einer Streichung der Regelung abgeraten. Als Option für die Länder sollte diese Möglichkeit durch § 15a Abs. 1 Nr. 1 EGZPO offen gehalten werden.*
  - *Die in § 15a Abs. 1 Nrn. 2 und 3 EGZPO enthaltenen Sachgebiete (Nachbarrecht, Ehrverletzung) haben sich bewährt und sollten als Option für die Länder unverändert fortgelten. Reformbedarf besteht insoweit nicht.*
  - *Auf der Grundlage der Ergebnisse der Praxisbefragung und der Auswertung der statistischen Erkenntnisse lassen sich keine abstrakt-generell abgrenzbaren Sachgebiete identifizieren, die den Anwendungsbereich des § 15a EGZPO über die gegenwärtige Rechtslage hinaus sachgebetsbezogen ergänzen könnten.*

11 So RegE BT-Drucks 14/980, S. 5.

12 Vgl. LT-Drucks NRW 14/4975, S. 6. Der Abschlussbericht ist von der 78. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister am 28.6.2007 zur Kenntnis genommen worden, abrufbar unter [https://www.mj.niedersachsen.de/download/7776/Top\\_I.4\\_-\\_Abschlussbericht\\_der\\_Bund-Laender-Arbeitsgruppe\\_Umsetzung\\_des\\_15a\\_EGZPO\\_.pdf](https://www.mj.niedersachsen.de/download/7776/Top_I.4_-_Abschlussbericht_der_Bund-Laender-Arbeitsgruppe_Umsetzung_des_15a_EGZPO_.pdf) (zuletzt abgerufen am 12.10.2018).

- *Die Ausnahme für eine Anwendung des § 15a Abs. 1 EGZPO in den Fällen eines Mahnverfahrens (§ 15a Abs. 2 Nr. 5 EGZPO) soll beibehalten werden. Die Möglichkeit der schnellen und einfachen Titulierung unbestrittener Forderungen ist weiterhin zu gewährleisten. Die aufgrund der Ausnahme zu beobachtende ‚Flucht ins Mahnverfahren‘ führt zu einer mittelbaren Entlastung der Gerichte.“*

Auch wenn etwa auf dem 67. Deutschen Juristentag 2008 in Erfurt erneut die Aufhebung des § 15a EGZPO gefordert worden ist,<sup>13</sup> hat die Anzahl der landesrechtlichen Schlichtungsgesetze insgesamt zugenommen. Die oben beschriebene Evaluation haben die Bundesländer aber einheitlich zum Anlass genommen, das **Erfordernis, bei vermögensrechtlichen Streitigkeiten ein Schlichtungsverfahren durchzuführen, zu streichen**, weil bei diesen Streitigkeiten eine Umgehung der Streitschlichtung durch das Mahnverfahren möglich sei und weil viele dieser Klageverfahren für eine Streitschlichtung ungeeignet seien.<sup>14</sup> Dagegen haben sie an dem Erfordernis, in Nachbar- und Ehrverletzungsstreitigkeiten eine Streitschlichtung durchzuführen, festgehalten, auch weil die Vergleichsquote bei den Streitigkeiten am höchsten sei.<sup>15</sup> Bayern, Brandenburg und Niedersachsen verlangen die vorherige Durchführung eines obligatorischen Streitschlichtungsverfahrens allerdings allein bei Sachverhalten, die in die Zuständigkeit eines Amtsgerichts fallen (Rdn 30, 41).<sup>16</sup>

Inzwischen haben mit Bayern, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein **zehn der 16 Bundesländer ein Ausführungsgesetz zu § 15a EGZPO** erlassen. Dabei ist zu beachten, dass das hessische Ausführungsgesetz bis zum 31.12.2025 (vgl. § 16 S. 2 HSchlichtG) befristet ist; die saarländische Regelung läuft aktuell bis zum 31.12.2020 (vgl. Art. 6 Abs. 1 S. 2 LSchlG). Baden-Württemberg hat sein Schlichtungsgesetz allerdings mit Wirkung vom 1.5.2013 aufgehoben, die anderen fünf Bundesländer (Berlin, Bremen, Hamburg, Sachsen und Thüringen) haben für die Einführung verpflichtender Streitschlichtungsverfahren bislang keine Notwendigkeit gesehen.

Die Landesschlichtungsgesetze enthalten zudem Vorschriften zu ihrem **örtlichen Anwendungsbereich**. Zur Vermeidung großer Kosten, insbesondere Reisekosten, verlangen sie in aller Regel die Durchführung eines Schlichtungsverfahrens nur dann, wenn die Parteien im gleichen Landgerichtsbezirk wohnen bzw. ihren Sitz haben.<sup>17</sup> Solche Erleichterungen tragen dem – auch verfassungsrechtlich gebotenen – Interesse des Ge-

13 Beschluss Nr. 32 der Abteilung Mediation, vgl. Ständige Deputation des Deutschen Juristentages, Verhandlungen des 67. Deutschen Juristentages, Bd. II/1, 2008, O 81; für eine ersatzlose Abschaffung auch *Knodel/Winkler*, ZRP 2008, 183 ff. und jüngst *Thewes*, NJW-aktuell 19/2018, 17.

14 So etwa die Begründung in LT-Drucks Hessen 16/4132, S. 10.

15 Vgl. BGH, Urt. v. 19.2.2016 – V ZR 96/15, NJW-RR 2016, 823 Rn 14.

16 Vgl. etwa Art. 1 BaySchlG, § 1 Abs. 1 BbgSchlG, § 1 Abs. 1 NSchlG.

17 Nach § 2 RhPflSchlG genügt es aber auch, wenn die Parteien in benachbarten Landgerichtsbezirken wohnen bzw. ihren Sitz haben.

schädigten, das Verfahren nach Möglichkeit in der Nähe seines Wohnorts betreiben zu können, Rechnung.<sup>18</sup>

- 16 Nach dem BGH soll diese Einschränkung – wenn es keine entsprechende gesetzliche Klarstellung gibt – nur auf die Parteien, nicht auf die Gütestellen bezogen sein. Es sei daher dem späteren Kläger (der im Streitfall wie der spätere Beklagte seinen Wohnsitz im Landgerichtsbezirk Bonn hatte) nicht verwehrt, eine Gütestelle in einem anderen Landgerichtsbezirk (im Streitfall Hamm) anzurufen. Das in § 55 Abs. 1 S. 2 JustG NRW normierte Recht auf **freie Auswahl der Gütestelle** sei nicht beschränkt.<sup>19</sup> Überwiegend schreiben die landesrechtlichen Ausführungsgesetze allerdings vor, dass die Gütestelle in dem entsprechenden Landgerichtsbezirk liegen muss.<sup>20</sup>
- 17 § 15a Abs. 1 S. 1, Abs. 6 S. 1 EGZPO weist den einzelnen Bundesländern auch die Kompetenz zu, zu regeln, wer **Gütestelle** ist („durch die Landesjustizverwaltung eingerichtete oder anerkannte Gütestelle“). Während die meisten Bundesländer eine Schiedsleutetradition kennen, kann in Bayern etwa jeder Rechtsanwalt, der nicht Parteivertreter ist, und jeder Notar (vgl. Art. 3 Abs. 1 BaySchlG) agieren.
- 18 Zudem finden sich in den verschiedenen landesrechtlichen Ausführungsgesetzen Vorschriften zum **Verfahrensablauf**.<sup>21</sup> Das Schlichtungsverfahren wird auf **Antrag einer Partei** eingeleitet. Der Antrag kann in aller Regel bei der Schiedsperson schriftlich eingereicht oder mündlich zu Protokoll gegeben werden (vgl. etwa § 20 Abs. 1 SchAG NRW). Er muss dabei die Namen und Anschriften der Parteien und ihrer gesetzlichen Vertretung angeben, den Gegenstand des Streits allgemein bezeichnen und von der antragstellenden Partei unterschrieben sein. Einem schriftlichen Antrag sollen die für die Zustellung erforderlichen Abschriften beigelegt werden. Dem Antrag können weitere „Hilfsmittel“ wie Fotos und Lagepläne beigelegt werden.<sup>22</sup> Angaben zum Streitwert sind sinnvoll, wenn das entsprechende Landesschlichtungsgesetz die obligatorische Streitschlichtung nur vor Verfahren vor dem Amtsgericht kennt (Rdn 13, 30, 41).<sup>23</sup>
- 19 Das folgende Muster eines Antrags auf Einleitung eines Schlichtungsverfahrens nach § 15a Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EGZPO i.V.m. § 53 Abs. 1 Nr. 1 JustG NRW<sup>24</sup> ist angelehnt an den Tatbestand von AG Ahrensburg, Urt. v. 2.6.2016 – 42 C 1480/15, BeckRS 2016, 130233 (Vorinstanz von BGH, Urt. v. 8.12.2017 – V ZR 16/17, NJW-RR 2018, 394).

18 BVerfG, Beschl. v. 14.2.2007 – 1 BvR 1351/01, BVerfGK 10, 275, 281 f. = NJW-RR 2007, 1073, 1075.

19 BGH, Urt. v. 8.7.2008 – VI ZR 221/07, NJW-RR 2008, 1662 Rn 16 ff. zu § 12 GüSchlG NRW a.F.

20 Siehe etwa Art. 6 S. 2 BaySchlG („Bestehen in dem Amtsgerichtsbezirk, in dem der Antragsgegner seinen Wohnsitz, seinen Sitz oder seine Niederlassung hat, Gütestellen, so kann die antragstellende Partei nur unter diesen auswählen.“), § 4 S. 1 HSchlG („Das Schlichtungsverfahren ist bei der Gütestelle einzuleiten, in deren Bezirk die Gegenpartei wohnt.“), § 2 S. 1 NSchlG („Für die obligatorische Streitschlichtung ist das Schiedsamt örtlich zuständig, in dessen Bezirk die Antragsgegnerin oder der Antragsgegner eine Wohnung oder ihren oder seinen Sitz oder eine Niederlassung hat.“), § 15 SchStG S-A („Zuständig ist die Schiedsstelle, in deren Bezirk der Antragsgegner oder die Antragsgegnerin wohnen.“).

21 Siehe dazu *Grziwotz/Peter*, MDR 2017, 617, 619 f., die die einzelnen Stadien eines Schlichtungsverfahrens (Ermittlung der Interessen, Aufzeigen von Entscheidungsalternativen, Ausloten der Einigungschancen) näher beschreiben.

22 *Grziwotz/Peter*, MDR 2017, 617, 619.

23 *Grziwotz/Peter*, MDR 2017, 617, 619.

24 Bzw. der entsprechenden landesgesetzlichen Vorschrift.



An das Schiedsamt/Gütestelle [REDACTED]<sup>25</sup>

In dem Rechtsstreit des [REDACTED] [Name und ladungsfähige Anschrift], Antragstellers, gegen den [REDACTED] [Name und ladungsfähige Anschrift], Antragsgegner,

beantrage ich namens und in Vollmacht des Antragstellers die Durchführung eines außergerichtlichen Streitschlichtungsverfahrens.

Der Antragsteller begehrt den Rückschnitt von fünf Hainbuchen auf dem Grundstück des Antragsgegners. Die Parteien sind Nachbarn. Der Antragsteller ist Eigentümer des Grundstücks [REDACTED]. Der Antragsgegner ist Eigentümerin des Grundstücks [REDACTED]. Auf dem Grundstück des Antragsgegners an der Grundstücksgrenze zum Grundstück des Antragstellers befinden sich Bäume und Sträucher, unter anderem fünf Hainbuchen. Die Hainbuchen sind im Herbst 2017 gepflanzt worden und haben eine Höhe von 2,20 m bis 2,50 m. Die Hainbuchen befinden sich auf dem Grundstück des Antragsgegners in einem Abstand von ca. 35–45 cm zur Grundstücksgrenze des Antragstellers. Die erste Pflanze ist ca. 40 cm, die zweite Pflanze ca. 38 cm, die dritte Pflanze ca. 30 cm, die vierte Pflanze ca. 44 cm und die fünfte Pflanze ca. 40 cm von der Grundstücksgrenze entfernt. Die aktuelle Situation ist in den anliegenden Fotos und Skizzen näher dargestellt.

Der Antragsteller begehrt vom Antragsgegner die fünf Hainbuchen, die an der südwestlichen Grenze des Grundstücks [REDACTED] zum Grundstück [REDACTED], dort konkret: seitlich zur Auffahrt, stehen – Standort der Hecke im Auszug aus dem Liegenschaftskataster orangefarbig markiert – bis auf eine Höhe von 1,20 m zurückzuschneiden. Trotz mehrfacher Aufforderungen hat der Antragsgegner mitgeteilt, dass keinerlei Arbeiten zur Einhaltung irgendwelcher Grenzabstände mehr erforderlich seien.

[REDACTED]

Rechtsanwalt



Nach Antragseingang wird der Schlichter zunächst seine Zuständigkeit prüfen. Zudem wird er eine **Abschrift des Antrags dem Antragsgegner zuleiten** (vgl. dazu auch Rdn 74), in aller Regel aber erst nach Zahlung des Kostenvorschusses (vgl. etwa Art. 10 Abs. 1 S. 1 BaySchlG; § 43 Abs. 2 S. 1 SchAG NRW; zur Höhe der Kosten Rdn 81). 20

Die jeweiligen Landesschlichtungsgesetze kennen überwiegend auch Regelungen zu den **Pflichten des Schlichters**, durch die insbesondere die Neutralität, Unabhängigkeit und Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens sichergestellt werden sollen. Hierzu zählt auch die Pflicht zur Verschwiegenheit des Schlichters und ein Zeugnisverweigerungsrecht in einem späteren gerichtlichen Verfahren (vgl. etwa Art. 8 Abs. 2 S. 1 BaySchlG; § 10 SchAG NRW). Auch wenn eine landesrechtliche Regelung keine ausdrückliche gesetzliche Regelung enthält, kann im außergerichtlichen Schlichtungsverfahren die Schiedsamtsperson stets wegen **Besorgnis der Befangenheit** abgelehnt werden. Die aus dem Rechtsstaatsprinzip abzuleitende Rechtsschutzgarantie beinhaltet das Instrument der Richterablehnung.<sup>26</sup> 21

<sup>25</sup> Zur örtlichen Zuständigkeit in Nordrhein-Westfalen siehe etwa § 44 JustG NRW i.V.m. § 14 SchAG NRW.

<sup>26</sup> OLG Oldenburg, Beschl. v. 10.8.2016 – 4 VA 4/16, NJW-RR 2016, 1408.

- 22** Was den Ablauf der Verhandlung angeht, ist der Schlichter weitgehend frei. Die Landeschlichtungsgesetze enthalten insoweit nur rudimentäre Regelungen. Die Schlichtungsverhandlung erfolgt **nichtöffentlich** (vgl. etwa Art. 10 Abs. 2 BaySchlG; § 24 Abs. 1 S. 1 SchAG NRW). In der Regel lädt der Schlichter keine Zeugen und Sachverständigen. Die Parteien haben im Schlichtungstermin in aller Regel **persönlich zu erscheinen** (vgl. nur Art. 11 Abs. 1 BaySchlG; § 21 Abs. 1 SchAG NRW). Allerdings können **Zeugen und Sachverständige**, die freiwillig erscheinen bzw. von den Parteien auf deren Kosten herbeigeschafft werden, angehört werden; auch kann unter Umständen ein **Augenschein** eingenommen werden (siehe insoweit etwa Art. 10 Abs. 3 BaySchlG; § 25 Abs. 1 SchAG NRW).
- 23** In den landesrechtlichen Ausführungsgesetzen können sich auch Regelungen zur **Protokollierung** der Verhandlung finden (vgl. etwa § 26 Abs. 1 SchAG NRW). In jedem Fall ist eine etwaige Vereinbarung, die vor dem Schlichter zur Konfliktbeilegung geschlossen wird, unter Angabe des Tages ihres Zustandekommens schriftlich niederzulegen (vgl. etwa Art. 12 BaySchlG; § 26 Abs. 2 Nr. 4 SchAG NRW). Nach § 15a Abs. 6 S. 2 EGZPO i.V.m. § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO kommt einem vor einer durch die Landesjustizverwaltung eingerichteten oder anerkannten Gütestelle abgeschlossenen Vergleich die Qualität eines **Vollstreckungstitels** zu.<sup>27</sup>
- 24** Scheidet eine Einigung aus, wirkt der Antragsgegner am Schlichtungsverfahren nicht mit oder kann es innerhalb von drei Monaten seit Antragstellung nicht durchgeführt werden, hat der Schlichter eine **Erfolglosigkeitsbescheinigung** auszustellen (Rdn 49 ff.). Manche Schlichtungsgesetze sehen die Ausstellung eines solchen Zeugnisses auch dann vor, wenn der Schlichter den sachlichen oder örtlichen Anwendungsbereich als nicht einschlägig oder er die Angelegenheit für eine Schlichtung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen von vorneherein für ungeeignet erachtet (vgl. etwa Art. 4 Abs. 2 BaySchlG).
- 25** Die nachfolgende tabellarische Übersicht stellt heraus, inwieweit Bundesländer von der Öffnungsklausel des § 15a EGZPO Gebrauch gemacht haben:

Bundesland	Name des Ausführungsgesetzes	Fundstelle	Sachlicher Anwendungsbereich (Abweichungen von § 15a EGZPO)	Räumlicher Anwendungsbereich	Zuständigkeit
Baden-Württemberg	Das frühere Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung (Schlichtungsgesetz – SchlG) vom 28.6.2000 (GBl S. 470) wurde durch Art. 1 des Gesetzes zur Aufhebung des Schlichtungsgesetzes vom 16.4.2013 (GBl S. 53) aufgehoben.				

<sup>27</sup> Zum möglichen Inhalt einer Einigung im Schlichtungsverfahren siehe *Grziwotz/Peter*, MDR 2017, 617, 621.

Bundesland	Name des Ausführungsgesetzes	Fundstelle	Sachlicher Anwendungsbereich (Abweichungen von § 15a EGZPO)	Räumlicher Anwendungsbereich	Zuständigkeit
<b>Bayern</b>	Bayerisches Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung in Zivilsachen (Bayerisches Schlichtungsgesetz – BaySchlG)	vom 25.4.2000 (GVBl. S. 268); zuletzt geändert durch § 2 Abs. 15 des Gesetzes vom 8.4.2013 (GVBl. S. 174)	Art. 1: – keine Streitschlichtung in vermögensrechtlichen Streitigkeiten erforderlich – erfasst sind ausschließlich Streitigkeiten vor den Amtsgerichten	Art. 2: Parteien haben ihren Wohnsitz, ihren Sitz oder ihre Niederlassung in demselben Landgerichtsbezirk (Bezirke der Landgerichte München I und München II gelten insoweit als ein Landgerichtsbezirk)	Art. 5: Jeder Notar, jeder als Gütestelle zugelassene Rechtsanwalt und weitere anerkannte Schlichtungsstellen
<b>Berlin</b>	Kein Ausführungsgesetz				
<b>Brandenburg</b>	Gesetz zur Einführung einer obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung im Land Brandenburg (Brandenburgisches Schlichtungsgesetz – BbgSchlG)	vom 5.10.2000 (GVBl. I S. 134); zuletzt geändert durch Art. 3 Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen Gütestellengesetzes und weiterer Gesetze vom 8.3.2018 (GVBl. I Nr. 4)	§ 1 Abs. 1: – keine Streitschlichtung in vermögensrechtlichen Streitigkeiten erforderlich – keine AGG-Streitigkeiten erfasst – erfasst sind ausschließlich Streitigkeiten vor den Amtsgerichten	§ 2: Parteien haben ihren Wohnsitz, ihren Sitz oder ihre Niederlassung in demselben Landgerichtsbezirk	§ 3: Schiedsstelle i.S.d. des Schiedsstellengesetzes (ehrenamtliche Schiedspersonen) oder Gütestelle nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO

Bundesland	Name des Ausführungsgesetzes	Fundstelle	Sachlicher Anwendungsbereich (Abweichungen von § 15a EGZPO)	Räumlicher Anwendungsbereich	Zuständigkeit
<b>Bremen</b>	Kein Ausführungsgesetz				
<b>Hamburg</b>	Kein Ausführungsgesetz				
<b>Hessen</b>	Gesetz zur Regelung der außergerichtlichen Streit-schlichtung	vom 6.2.2001 (GVBl. I S. 98); zuletzt geändert durch Art. 1 des zwölften Gesetzes zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung befristeter Rechtsvorschriften vom 22.8.2018 (GVBl. S. 362) nach § 16 S. 2 befristet bis zum 31.12.2025	§ 1 Abs. 1: – keine Streit-schlichtung in vermögensrecht-lichen Streitig-keiten erforder-lich – keine AGG-Streitigkeiten erfasst	§ 2: Parteien ha-ben ihren Wohn-sitz, ihren Sitz oder ihre Nieder-lassung in Hes-sen	§ 3: Schiedsamt oder anerkannte Gütestelle
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Schiedsstellen- und Schlich-tungsgesetz – SchStG M-V	vom 13.9.1990 (GBl S. 1527), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zur Än-derung des Lan-desjustizkosten-gesetzes und des Schiedsstellen- und Schlich-tungsgesetzes vom 11.11.2015 (GVOBl. M-V S. 462)	§ 34a Abs. 1: – keine Streit-schlichtung in vermögensrecht-lichen Streitig-keiten erforder-lich – keine AGG-Streitigkeiten erfasst	§ 34a Abs. 2: – Nachbarrechts-verhältnis be-steht auf dem Gebiet des Lan-des Mecklen-burg-Vorpom-mern – bei Ehrverlet-zungsstreitigkei-ten: Parteien ha-ben ihren Wohn-sitz, Sitz oder Niederlassung in Mecklenburg-Vorpommern	§ 34b: Schieds-stelle

Bundesland	Name des Ausführungsgesetzes	Fundstelle	Sachlicher Anwendungsbereich (Abweichungen von § 15a EGZPO)	Räumlicher Anwendungsbereich	Zuständigkeit
<b>Niedersachsen</b>	Niedersächsisches Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streit-schlichtung (Niedersächsisches Schlichtungsgesetz – NSchlG)	vom 17.12.2009 (Nds. GVBl. S. 482), geändert durch Art. 2 des Gesetzes über die Neuordnung von Vorschriften über die Justiz vom 16.12.2014 (Nds. GVBl. S. 436)	§ 1 Abs. 1: – keine Streit-schlichtung in vermögensrechtlichen Streitigkeiten erforderlich – erfasst sind ausschließlich Streitigkeiten vor den Amtsgerichten	§ 1 Abs. 4: Parteien haben ihren Wohnsitz, ihren Sitz oder ihre Niederlassung in demselben Landgerichtsbezirk	§ 1 Abs. 5: Schiedsamt oder anerkannte Gütestelle
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Gesetz über die Justiz im Land Nordrhein-Westfalen (Justizgesetz Nordrhein-Westfalen – JustG NRW)	vom 26.1.2010 (GV. NRW. S. 30), zuletzt geändert durch Art. 7 Entfesselungspaket I vom 22.3.2018 (GV. NRW. S. 172)	§ 53 Abs. 1: keine Streit-schlichtung in vermögensrechtlichen Streitigkeiten erforderlich	§ 54: Parteien haben ihren Wohnsitz, ihren Sitz oder ihre Niederlassung in demselben Landgerichtsbezirk	§ 55 Abs. 1: Schiedsamt oder anerkannte Gütestelle
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Landesgesetz zur Ausführung des § 15a des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung (Landesschlichtungsgesetz – LSchlG)	vom 10.9.2008 (GVBl. S. 204)	§ 1 Abs. 1: – keine Streit-schlichtung in vermögensrechtlichen Streitigkeiten erforderlich – keine AGG-Streitigkeiten erfasst	§ 2: Parteien haben ihren Wohnsitz, ihren Sitz oder ihre Niederlassung in Rheinland-Pfalz in demselben oder in benachbarten Landgerichtsbezirken	§ 3: nach der Schiedsamtordnung (SchO) bestellte Schiedspersonen oder andere Gütestellen